




13. Heft | 6. Juli 1916

HUGO HEINEMANN · ENERGIE GEGEN ENERGIE

 ORGANISATION und Disziplin waren die Waffen, mit denen Sozialdemokratie und Gewerkschaft den politischen Daseinskampf geführt haben und zu einer starken Macht im Staatsleben geworden sind. Daß die Arbeiterschaft gerade diese Eigenschaften auf das feinste ausgebildet und den Disziplinbruch stets als schwerste Gefährdung der proletarischen Interessen angesehen hat, war gewiß kein Zufall. Die Stärke einer verfolgten und verfemten Massenpartei kann nur die Einigkeit sein: Der allerdings hieraus resultierenden Gefahr, daß das, was dem politischen Gegner gegenüber geschlossene, einheitliche Kampffront ist, leicht nach innen zur Erstarrung des geistigen Vorwärtstrebens und Erstötung des lebendigen Fortschritts werden kann, ist auch die Sozialdemokratie nicht entgangen. Agrarfrage, Kolonialpolitik, Wehrprobleme, Revisionismus, Budgetbewilligung usw. wurden in erster Linie nicht auf ihren geistigen Inhalt untersucht, alte Formeln nicht auf ihre historische Bedingtheit, auf ihre politische Richtigkeit geprüft. Dem drängenden Suchen der geistigen Neuerer nach wissenschaftlicher Wahrheit gebot die eisige Antwort Schweigen: Schlage die Parteitagsbeschlüsse nach, und du wirst den wahren Glauben finden. So mußte das eintreten, was wir heute vor uns sehen, und worauf jetzt auch Cunow mit Recht immer wieder hinweist: daß sich heute die theoretische Verflachung unserer Partei in den letzten Jahrzehnten bitter rächt, daß ihr Wissen in die Breite gegangen ist, ohne theoretische Vertiefung.

An Warnern vor dieser Gefahr hat es zu keinem Zeitpunkt gefehlt. Sie wurden nicht gehört, weil die Herrschaft der radikalen Elemente der Partei in dem Festhalten an starren Dogmen und an den die sozialistische Gesinnungstüchtigkeit erst voll erweisenden Schlagworten fest verankert war. Dieser sterile Zustand, der die ewig gleichgestellte Uhr der revolutionären Terminologie mit Politik identifizierte, darf nicht mit Bewahrung der Disziplin verwechselt werden. Den besten Beweis hierfür liefert die Geschichte der deutschen Gewerkschaften, für die gewiß Solidarität und Geschlossenheit das Lebenselement bilden. Aber Weitblick und Elastizität haben hier stets die Anpassung an die wirtschaftliche Entwicklung gewährleistet. Als nun das gewaltige Schicksal des Weltkriegs über uns hereinbrach, der zu hundertfachem Sterben verurteilte Kapitalismus sich lebendiger und kraftvoller als je erwies, die Internationale dagegen zusammen-

brach, K. Kautsky seine Bücher aufschlagen und beim Vergleich seiner Theorien mit dem weltgeschichtlichen Geschehen wie Hans Sachs in den Meistersingern singen konnte »Kein' Regel wollte da passen«, da erkannten Arbeiterschaft und Parteimehrheit diese geistige Öde und forderten mit realpolitischem Sinn, daß wir zur Geschichte gehen, wenn diese nicht zu uns kommt. Die alte Parteimehrheit wurde zur Parteiminderheit. Jetzt auf einmal wurde für diese Disziplin ein leeres Wort und zum alten Plunder degradiert. Nicht umsonst hatte man jeden Tag den Konservativen vorgeworfen, daß sie den König nur dann absolut haben wollen, wenn er ihren Willen tue, um nicht zur gegebenen Stunde selbst das wohlbekannte praktisch bewährte Rezept anzuwenden. K. Kautsky eröffnete den Reigen. Er empfahl die Spaltung der Partei von der sichtbarsten Stelle, der Parlamentstribüne, aus urbi et orbi zu verkünden und zum alten Eisen zu werfen, was er selbst am Anfang des Krieges geschrieben hatte: »Disziplin ist im Kriege nicht bloß für die Armee sondern auch für die Partei das erste Erfordernis. Hinter ihrer Praxis müssen wir alle einmütiger, geschlossener stehen als je. Nicht Kritik, sondern Vertrauen ist jetzt die wichtigste Bedingung unseres Erfolges.«¹⁾ Was dann folgte, wissen wir alle: Schritt für Schritt wurde die Einheit der Fraktion, der Partei zertrümmert. Nun aber gilt es auf den Ruinen neu aufzubauen.

Keine Rücksicht auf die zerbrochene Disziplin, auf die in sich gespaltenen, durch innere Zwietracht zersetzten lokalen Instanzen, auf irgendwelchen Formalismus hindert mehr in den uns bevorstehenden Entscheidungskämpfen um die Zukunft des Sozialismus offen das auszusprechen, was ist. Jetzt steht rein und unverfälscht Sache gegen Sache, Anschauung gegen Anschauung. Je klarer dies erkannt, je schärfer und präziser der Gegensatz herausgearbeitet wird, um so besser. Nur dies kann uns vor nicht wieder heilbarer Desorganisation und die Arbeiterklasse vor nicht wieder gutzumachendem Schaden schützen. Man stelle die wirklich vorhandenen, nicht ausgleichbaren Divergenzen innerhalb der sozialdemokratischen Partei mit aller sachlichen Rückhaltlosigkeit fest. Denn um solche rein sachlichen Gegensätze handelt es sich, nicht um Personen und Motive. Diese auch bei dem Andersdenkenden in allen Ehren. Auch er folgt seiner Überzeugung. Kindisch und irreführend wäre es ihm selbstsüchtige Beweggründe oder bösen Willen vorzuwerfen. Alles das scheidet man aus der Diskussion aus. Ebenso aber auch alle Parteifragen und alle Parteitaktik. Denn keine Partei ist jemals Selbstzweck. Hier handelt es sich um Gegensätze, die ihre Grundlage in den wichtigsten Dingen haben, in der Stellungnahme zur Politik selbst, in der Auffassung der wichtigsten sozialen Grundfragen. Und dies gilt in gleicher Weise für die äußere wie für die innere Politik.

Wir befinden uns inmitten eines Völkerringens, von dessen Ausgang die ganze Zukunft des deutschen Volkes abhängt. Und ich glaube, daß es heute, namentlich auch für den, dessen Richtschnur die Entwicklung zum Sozialismus ist, nur einen Maßstab geben kann: die volle und unbedingte Hingabe an die Sache der Nation, die Rücksicht auf das Staatsganze und die Unterordnung unter den Staatsgedanken als das unter allen Umständen übergeordnete Element und leitende Prinzip. Wir fordern, daß bis zur Erreichung der vollen Sicherung Deutschlands eine Solidarität aller Volks-

¹⁾ Siehe Kautsky Der Krieg. in der Neuen Zeit, 1913-1914, 2. Band, pag. 846.

genossen zu herrschen hat. Wenn uns demgegenüber die Linke entgegenhält, daß wir gegen Windmühlen kämpfen, uns in Illusionen und Selbsttäuschungen wiegen, da längst die Staatsgrenzen gesichert erscheinen und feindlicher Einbruch auf deutschen Boden ausgeschlossen sei, so ist zunächst diese Behauptung als tatsächlich unrichtig zurückzuweisen. Die Sachlage ist vielmehr die, daß wir den immer aufs neue beginnenden Durchbruchversuchen der feindlichen Armeen täglich unsere ganze Kraft entgegenstellen müssen, wollen wir nicht die Sicherheit unserer Grenzen gefährden. Indes, wäre selbst die Behauptung, daß Deutschland und seine Verbündeten gegen jede Invasion der Gegner gefeit seien, absolut wahr, so wäre damit gar nichts bewiesen. Das Schlagwort Verteidigungskrieg ist eben gänzlich irreführend. Hier liegt der entscheidende Gegensatz in den Auffassungen, der unter keinen Umständen bemäntelt oder verwischt werden darf. Es handelt sich um weit mehr als um den Schutz gegen fremde Invasion, um weit mehr als daß während der Dauer des Krieges unser Land nicht von fremden Truppen verwüstet werde: Deutschlands Zukunft steht auf dem Spiel. Hinter dem militärischen Kampf steht der Wirtschaftskampf, der über unser Dasein als Großmacht, über unsere Stellung auf dem Weltmarkt, über unsern Anteil an der Weltproduktion entscheidet. Hierüber, so sollte man denken, müßte die Pariser Wirtschaftskonferenz allen endlich die Augen geöffnet haben. Die freie wirtschaftliche Betätigung ganz Kontinentaleuropas gegenüber englischer Seeherrschaft und englischem Vergewaltigungsstreben ist das Kampfziel. Das ist unter Deutschlands Sicherung zu verstehen. Und hierfür sollten gerade wir Sozialdemokraten volles Verständnis haben. Wir wenden uns gegen Annexionen. Die Losreißung eines Fetzen Landes ist indessen ein Kinderspiel im Vergleich zu der Tatsache, daß ein Staat einem andern sein Bestes nimmt: die Möglichkeit seine geschichtliche Aufgabe zu erfüllen. Das aber tut derjenige Staat, der, um seiner Weltherrschaft willen, anderen Völkern die Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte zu unterbinden strebt. Dieser für Deutschland unerträgliche Zustand wird fort-dauern, solange England über die Machtmittel verfügt sich fast die ganze Welt zu Vasallen zu machen. Nur durch Versperrung der Möglichkeit, daß in Zukunft jemals wieder eine Vereinigung der größten Mächte der Welt unter Englands Führung gegen Deutschland zustande kommt, nur durch Schaffung einer politischen Konstellation, die dies verhindert,²⁾ ist die Selbständigkeit und Entwicklungsmöglichkeit Deutschlands und Europas gewährleistet, ist Deutschlands Sicherung zu erreichen. An dieser Erkenntnis dürfen wir nicht rütteln lassen, auch wenn (was manchem Genossen offenbar ein niederschmetterndes Argument zu sein scheint) bereits die Deutsche Tageszeitung den selben Gedanken ausgesprochen hat. Die deutsche Arbeiterklasse erkennt die Bedeutung des Problems. Sie hat Hindenburgs Wort, daß der Siegespreis für Deutschland sein müsse England gegenüber die Freiheit der Meere behaupten zu können, mit vollstem Verständnis aufgenommen.

Nicht minder scharf tritt der Gegensatz auf innerpolitischem Gebiet in die

²⁾ Die Grundzüge einer solchen Politik sind in den Sozialistischen Monatsheften in einer Reihe von Artikeln (von Bloch, Hausenstein, Kranold, Poetzsch, Quessel, Schippel und anderen) umrissen worden. Ohne daß in diesem Zusammenhang auf Einzelheiten eingegangen werden soll, sei jedenfalls bemerkt, daß nur eine feste Orientierung auf außenpolitischem Gebiet auch für unsere Partei die Voraussetzung jeder Wirksamkeit ist.

Erscheinung. Die Notwendigkeiten des Krieges, die Kriegsarbeit der Generalkommission der Gewerkschaften und der einzelnen Verbände haben erwiesen, daß diese mehr leisten können als die Rechte ihrer Mitglieder schützen, daß sie damit zugleich und gerade deswegen die Interessen des Gewerbes selbst, der Produktion, wahrnehmen. Das braucht in den Sozialistischen Monatsheften nicht erst nochmals bewiesen zu werden; das ist hier in zahlreichen Artikeln von Gewerkschaftsführern eindringlich genug gezeigt worden. Die Wirkung dieser Tatsache läßt sich auf jedem Gebiet der Politik beobachten. Man lese einmal das von Jansson herausgegebene gewerkschaftliche Kriegsbuch; in jeder Einzelheit wird sie dort bestätigt. Wenn die Arbeiter dafür eintreten, daß ihrem Industriezweig reiche Aufträge zufließen, so sichern sie damit ihre eigene Wohlfahrt. Mit Riesenschritten ist die Erkenntnis dieser Zusammenhänge durch den Krieg gefördert worden. Gewiß vollzieht sich die Veränderung solcher grundsätzlichen Stellungnahme in den breitesten Volksmassen nicht von heute auf morgen und nicht ohne schmerzliche Zuckungen. Aber immer stärker bringen die tausendfältigen Erfahrungen des Weltkriegs dem Staat nicht minder wie den Arbeitern zum Bewußtsein, daß Förderung des Gewerbes zu den vornehmsten Zielen der gewerkschaftlichen Betätigung gehört. Bevor der Kampf um den Ertrag der Arbeit beginnen kann, muß die Arbeit selbst gesichert sein. Träger dieser Produktionspolitik ist die Arbeiterschaft nicht minder als jede andere Klasse. Auf der Grundlage des Produktionsinteresses, nicht gegen dieses ist der Klassenkampf zu führen. Sonst würde die Arbeiterschaft den Ast absägen, auf dem sie selber sitzt; sie würde selbst das gewerkschaftliche Wirken lahmlegen und zur Unfruchtbarkeit verurteilen. Nur ein Land, das seiner Volkswirtschaft alle Möglichkeiten erschließt, in dem die industrielle wie die landwirtschaftliche Produktion auf eine immer höhere Stufe gebracht wird, kann Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung, tariflich paritätische Arbeitsvermittlung und ein wirkliches Arbeitsrecht, Arbeitervertretung und Organisationsrecht, das sich zu einer ganz neuen Rechtsquelle entwickelnde Tarifvertragsrecht, kurz eine soziale Arbeiterpolitik schaffen. Die Gemeinschaft aller produzierenden Stände, von denen die Arbeiterschaft wahrlich nicht den unwesentlichsten Teil bildet, muß daher auch unsere Forderung sein. Denn hier liegt eine der Quellen aller gewerkschaftlichen Erfolge.

Von selbst versteht es sich, daß von dieser Auffassung aus keine Brücke zu jenen führt, die den Klassenkampf um seiner selbst willen predigen, die da meinen, Inhalt und Form des Klassenkampfes seien identisch, beides erschöpfe sich in dem Grundsatz, daß das Interesse der Arbeiterschaft nur dann gewahrt werde, wenn die Arbeiterschaft bei jeder Frage, welche es auch immer sei, und unabhängig von allen politischen Situationen und allen geschichtlichen Vorgängen, die anderen Klassen bekämpft und sie so viel wie möglich schädigt. Von diesem Standpunkt aus ist es verständlich, daß der Vorwärts erleichtert aufatmet und einen Jubelhymnus über »Wahrheit und Klarheit« anstimmt, sobald er eine Trennung im deutschen Volk feststellen kann, die seinen parteipolitischen Weizen üppig ins Kraut schießen läßt, während er alle Bestrebungen, wie sie in dem von Thimme herausgegebenen Sammelwerk Vom innern Frieden des deutschen Volkes zutage treten, den Appell an die Solidarität der Volksgenossen, den Versuch unter den ver-

schiedenen Klassen und Parteien vorurteilsfreie Verkehrsformen zu schaffen (die den politischen und sozialen Kampf ja nicht aufheben, ihn nur zivilisieren) als unvereinbar mit der kapitalistischen Gesellschaft abtut.

Folgt die sozialdemokratische Partei auch heute noch solchen intransigenten Anschauungen, dann allerdings (aber auch nur dann) stehen wir vor einer wirklich ernstzunehmenden Spaltung. Denn dann scheiden sich nicht nur Mehrheit und Minderheit der Partei. Es muß dann vielmehr mit Notwendigkeit eine Scheidung der wirtschaftlichen Vertretung der Arbeiterklasse von der politischen eintreten. Heute ist die Zeit gekommen an die Worte zu erinnern, die Paul Umbreit am 30. November 1915 in den Sozialistischen Monatsheften schrieb: »Die Gewerkschaften können nicht gegen ihr eigenes Lebensinteresse handeln und die Grundlagen ihrer Existenz jeder beliebigen revolutionären Experimentalpolitik zuliebe aufs Spiel setzen. Sie werden stets ihr Veto gegen solche Katastrophenwünsche einlegen und alle Versuche nach dieser Richtung verhindern. Sie fühlen aber auch die Kräfte in sich die Arbeiterbewegung selbst gegen den Einfluß der Parteierstörer zusammenzuhalten und deren weitere Praxis im Einvernehmen mit den besten Köpfen der Partei zu bestimmen. Denn wenn es einmal um die Einheit der Arbeiterbewegung geht, dann gibt das unverbrüchliche Einheitsgesetz der Gewerkschaften den Ausschlag; dann sind die Gewerkschaften die Partei, und ihrer Parole wird das Gros der deutschen Arbeiterklasse folgen.«³⁾ Die Gewerkschaften können es nicht dulden, daß wir nach dem Krieg wieder in den alten Sumpf geraten. Sie wollen aus ihm heraus, sie wollen Erfolge sehen. Die Arbeiter leben in der Gegenwart und wünschen in diesem Leben Anteil zu nehmen an den Gütern der menschlichen Kultur. Sie haben wenig Nutzen davon, daß im preußischen Abgeordnetenhaus die sozialdemokratischen Redner selbst (aber außer ihnen sicherlich niemand) das tiefste Glücksgefühl darüber empfinden, wie forsch sie geredet haben, wenn die preußische Wahlreform dabei nicht einen Schritt vorwärtskommt. Was sahen wir vor dem Krieg? Stagnation der Sozialpolitik und drohende Vernichtung des Koalitionsrechts. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wissen, daß sie dies der schablonenhaften Demonstrationspolitik verdanken, die sich in Negation, Scheu vor der Übernahme politischer Verantwortung, Rhetorik und Tatenlosigkeit erschöpfte, und daß die Abkehr von dieser Politik uns schon während des Krieges die Vereinsgesetznovelle gebracht hat, die für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft sehr viel bedeutungsvoller ist als manche Leute wahrhaben wollen. Die Arbeiter wissen, daß nur eine praktisch aufbauende, konsequent durchgeführte Staatspolitik imstande ist die Gunst der Stunde zu nutzen, wie sie nie wiederkehrt. Mögen die Gewerkschafter noch so sehr darauf bedacht sein die häßlichen, meist um persönliche Dinge gehenden Parteiskandale aus ihren Reihen fernzuhalten, ihr Lebensinteresse zwingt sie in realpolitischer Gegenwartsarbeit an dem Ausbau des neuen Reichs mitzuarbeiten. Läßt die politische Partei hierbei die Gewerkschaften im Stich, dann müssen diese mit Notwendigkeit sich selbst zu helfen suchen.

Wie die Dinge aber sich heute zugespitzt haben, gibt es für die sozialdemokratische Partei nur eine Möglichkeit in letzter Stunde diese, wirklich ge-

³⁾ Siehe Umbreit Die Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 3. Band, pag. 1231.

fahrdrohende Spaltung der Arbeiterbewegung zu verhindern: daß die Partei auf dem von ihr am 4. August 1914 beschrittenen Weg geradlinig fortschreitet. Jede Konzession an die intransigente Politik, jedes Schielen nach der Politik der Arbeitsgemeinschaft, jede Furcht sich von ihr im Wettlauf um den Radikalismus nicht übertrumpfen zu lassen, jede Angst auch nicht um Haaresbreite äußerlich von den alten verrosteten Formeln abzuweichen und, wenn dennoch die historischen Verhältnisse dazu zwingen, wenigstens die *hundertfach bewährten* Schlagworte zu konservieren, um nur ja nicht der Arbeitsgemeinschaft neue Mitglieder zuzuführen, würde, weit entfernt dem Radikalismus den Wind aus den Segeln zu nehmen, ihm vielmehr die ganze Partei überantworten. Hätte man in der offiziellen Partei vom ersten Augenblick an, in dem sich gezeigt hat, daß in ihr sachliche Gegensätze vorhanden sind, die mit einander nicht vereinbar sind, dies offen zugegeben, hätte man die hier von Kolb und anderen so oft ausgesprochenen Warnungen beachtet und gegenüber der Negation den festen Standpunkt der positiven Arbeit eingenommen, wir ständen heute nicht am Grab der Parteieinheit.

Noch aber ist es nicht zu spät die Einheit der wirklichen Arbeiterbewegung aufrechtzuerhalten, mögen auch einige minder wichtige äußerliche Begleiterscheinungen verschwinden, aber lediglich unter der einen Voraussetzung, daß die politische Partei die Lebensinteressen der wirtschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse wahrt. Dies tut sie nur, wenn sie unter Vermeidung auch des kleinsten Zugeständnisses und unter Verzicht auf jede agitatorische Wirkung in allen Lebensfragen der Nation, deren beide wesentlichsten in vorstehendem kurz angedeutet sind, ohne Scheu die Konsequenzen aus der veränderten Stellungnahme zieht. Der Energie der Arbeitsgemeinschaft und Spartacusgruppe in der Führung eines vermeintlich radikalen Klassenkampfes hat sie die Energie staatspositiver Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse entgegenzustellen. Ein Rückfall in alte Gewohnheiten, unsicheres Hin- und Herpendeln, Suchen von Vorwänden, um trotz dem 4. August 1914 die alte Taktik rechtfertigen zu können, bedeuten, ob man es nun wollen mag oder nicht, eine Preisgabe der Wirkungen dieses 4. August. »Denn der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gesinnt ist, Der vermehrt das Übel und breitet es weiter und weiter.«

XX
**LUDWIG QUESSEL · ZWEI TRÄGER DES WELT-
 MACHTGEDANKENS**



WER von den beiden Männern, die, wie es heißt, am selben Tag, am 5. Juni, einen von Geheimnissen umhüllten Tod fanden, der eine in den Fluten der Nordsee, der andere in den verschwiegenen Räumen des Kaiserpalastes in Peking, für sein Land und sein Volk größere Bedeutung beanspruchen kann, ist schwer zu sagen. Im Grunde kommt es auch darauf wenig an. Daß beide, der eine für das Angelsachsentum, der andere für das Chinesentum, viel bedeuteten, steht fest. Beide zeigten, obwohl an entgegengesetzten Polen der Menschheit geboren, ein Gemeinsames: sie waren Imperatorennaturen, Feldherren und Staatsmänner zugleich; beide verfügten, als der Tod sie jäh bezwang, über die Macht und das Ansehen, die die Kommandogewalt über ein Reich von 400 Millionen Menschen zu verleihen vermag. Nun sagt man

zwar, daß Macht und Ansehen des an Listen reichen Präsidenten Chinas in schnellem Abstieg begriffen waren, nachdem er vergeblich versucht hatte in seiner Person von neuem das Kaisertum in China aufzurichten, während die Machtfülle Kitcheners mit jedem Tag seines Wirkens als Generalissimus des neuen auf Dienstzwang beruhenden Heeres größer wurde. Ob diese Auffassung richtig ist, mag dahingestellt bleiben. Tatsache bleibt, daß zurzeit weder die Engländer noch die Chinesen über Männer von solcher Autorität verfügen, wie Kitchener und Yüanschikai sie sich durch jahrzehntelanges Wirken im Interesse ihres Volkstums erworben hatten.



ÜANSCHIKAIS Bedeutung für das Chinesentum wird der nicht richtig verstehen, der die Blicke zu sehr auf die inneren Zustände des Riesenreichs richtet. Gewiß haben die Eisenbahnen, die die Europäer und Amerikaner von allen Seiten in das Land hineinführten, nicht unbedeutende Veränderungen in der Struktur der chinesischen Gesellschaft herbeigeführt. Von weit größerer Bedeutung waren aber die Gefahren, mit denen die europäischen Nachbarn die staatliche Unabhängigkeit des Chinesentums bedrohten.

Es ist nicht richtig, daß diese jemals ihren alten Plan China unter Ausschluß von Japan und Deutschland aufzuteilen aufgegeben hätten. Als die Revolution ausbrach, war diese Gefahr größer als jemals. England, das sein Protektorat über die chinesischen Vasallenstaaten Birma, Nepal, Sikkim und Bhutan erstreckt und die 1904 versuchte Annexion Tibets nur aufgeschoben, aber nicht aufgehoben hatte, erhob nachdrücklichen Anspruch auf die politische und wirtschaftliche Vorherrschaft im Yangtsetal, ein Gebiet, das nach der Erklärung Lord Salisburys 9 von den 18 Provinzen Chinas umfaßt. Rußland, von den Japanern aus der südlichen Mandschurei verdrängt, bearbeitete im herzlichen Einvernehmen mit England die Mongolei, während Frankreich in Südwestchina seine *pénétration pacifique* betrieb. Klar und scharf zeichnete sich so vor den Augen der gebildeten Chinesen die Aufteilung ihres Vaterlands in europäische Einflußsphären ab. Kein Wunder, daß die fortschrittlich gesinnten Kreise des Chinesentums die kraftlose Monarchie, die schon so viele Randgebiete des Riesenreichs hatte preisgeben müssen, als unfähig einschätzten das drohende Schicksal der Aufteilung von dem chinesischen Volk abzuwenden. Daß diese Gefahr nicht eingebildet war, zeigten den Chinesen die englischen Karten, in denen die Hälfte der chinesischen Provinzen bereits als Bestandteile des großen britischen Reiches in Asien eingezeichnet waren. Die auswärtige Not war es, die die siegreichen Revolutionäre zwang den ihren Ideen im Grunde abholden Yüanschikai einstimmig zum Präsidenten der Republik auszurufen, weil ihnen der Mann, der eine Reihe von Jahren mit Kraft und Umsicht die gesamte Nordarmee befehligt und sich in schwierigen Lagen als ein an Auskünften reicher Staatsmann erwiesen hatte, allein befähigt schien in dem Orkan entfesselter Leidenschaften das chinesische Staatsschiff vor dem Untergang zu bewahren. Gewiß, diejenigen, die ihm die Macht überlieferten, lebten bald im Exil oder waren mit Dolch oder Gift beseitigt. Die ihm übertragene Aufgabe hat er aber bis zu seinem Lebensende erfüllt, indem er die Japaner gegen die Europäer und diese gegen einander ausspielte.

Darüber hinaus hatte Yüanschikai aber noch eine leitende Idee. Als Kaiser oder republikanischer Diktator wollte er mit Hilfe der Japaner den politi-

schen Einfluß der Europäer aus China verdrängen. In Anlehnung an Japan sollte China militärisch stark und wahrhaft unabhängig von Europa werden. Und wie dachte er über Japan? Niemand weiß es genau. Wahrscheinlich sah er mit dem Stolz des alten Chinesen in Japan den Parvenu; wahrscheinlich hoffte er, daß schließlich das Schwergewicht der 400 Millionen sich als stärker erweisen werde als der japanische Militarismus und Marinismus, so daß er am Ende des Entwicklungsprozesses, den er mit starker Hand einleitete, im Geist schon Japan als Dependence seines mit japanischer Hilfe regenerierten Vaterlands sah. So war er kein Feind der Japaner, aber auch nicht ihr Freund. Die Japaner bezeichneten ihn als den listigsten und unzuverlässigsten aller Chinesen und verfolgten ihn in seinen letzten Tagen mit der Kraft des Hasses. Die Ursache liegt wohl darin, daß er sich ihrer und sie sich seiner bedienen wollten, und beide an List und Tatkraft einander ebenbürtig waren.



KITCHENER war <mittelbar> auch der Gegenspieler Yüanschikais, dessen konstruktive Politik den Weg gegen das großbritische Machtstreben führen mußte. In beiden war der Reichsgedanke bis zur Leidenschaft lebendig; er war allen ichsüchtigen Regungen ihres stark entwickelten Ehrgeizes zum Trotz die leitende Idee, der Polarstern ihres öffentlichen Wirkens. Am nächsten stand Kitchener der Aufgabe die afrikanischen Besitzungen Englands zu einem großen Reich zusammenzufassen. In diesem Ziel hatte er sich seinerzeit mit Cecil Rhodes, dem großen Träger des englischen Weltmachtgedankens in Afrika, getroffen. Die Wiedereroberung des Sudan, die Zurückdrängung der Franzosen unter Marchand vom obern Nil und die Niederringung der Buren waren für ihn die wichtigsten Etappen auf dem Weg zu diesem Ziel. Die Annexion der deutschen Kolonien in Afrika sollte die britische Expansion im schwarzen Erdteil vollenden und krönen. Ein einheitliches Reich in Afrika zu schaffen, vom Kap der guten Hoffnung bis zur Mündung des Nils, erachtete er als dringende Aufgabe. Jedesmal, wenn Grey den Weltkrieg zu entfesseln suchte, finden wir Kitchener in Afrika. So 1911 bei der zweiten Marokkokrise als Feldmarschall auf der Visitation des Sudan, so 1914 als diplomatischer Agent Großbritanniens in Ägypten. Über Afrika hinaus erstreckten sich Kitcheners Eroberungspläne auf Kleinasien und China. Er wußte, daß, wenn sich das britische Weltreich vom Suezkanal aus weiter, ohne territoriale Unterbrechung, über Kleinasien, Persien, Indien und das Yangtsegebiet erstrecken würde, es zu einer Machtsteigerung gelangen müßte, die selbst für Rußland eine selbständige Politik nicht mehr übriglassen könnte.

Erfüllt von diesen großen Welteroberungsgedanken, als echter Brite gewöhnt in *Kontinenten zu denken*, mußte Kitchener auf die territorialen Streitigkeiten der Kontinentalstaaten mit dem selben Gefühl der Geringschätzung herablicken wie einst die Könige von Frankreich auf die querelles d'Allemand der Rheinstaaten. Gewaltig war das Kriegsziel Kitcheners. Drei Reiche alter Kultur, die Türkei, Persien und China, sowie die zukunftsreichen Kolonien Deutschlands, durch deren Besitz der Indische Ozean zu einem britischen Binnenmeer gemacht werden sollte, waren der Siegespreis, den Kitchener in diesem Krieg erringen wollte. Kitchener war aber auch Staatsmann genug, um zu begreifen, daß die Beherrschung dreier

Weltteile mit der Verfügungsgewalt über die Rohstoff- und Lebensmittelproduktion von einer Milliarde farbiger Menschen nur am Ende eines furchtbaren Krieges zu erringen war, der Europas wertvollsten Besitz in Schutt und Trümmer legte. Darum wurde er nicht müde seinem Volk zu verkünden, daß das britische Kriegsziel nur durch einen langen Krieg erreicht werden könnte. Über 3 Jahre, so sagte er im ersten Kriegsmonat, werde er sich ausdehnen; die Jahre 1914, 1915 und 1916 würden bestimmt Kriegsjahre sein, vielleicht auch noch 1917 und 1918. In dieser Zeit werde er ein britisches Dreimillionenheer aufstellen, so daß Großbritannien vermöge seiner Land- und Seegewalt Europa den Frieden werde diktieren können. In Deutschland, wo nur wenige die Kriegsziele Kitcheners, die so wenig mit dem europäischen Hader gemein hatten, überhaupt begreifen konnten, nahm man seine Reden, womit er die britische Nation zu der Höhe der ihr von ihm gestellten weltgeschichtlichen Aufgabe emporreißen wollte, für eitle Großsprechereien. Man sprach ihm alle staatsmännischen und kriegerischen Qualitäten ab, weil er den Kriegsschauplätzen in Afrika und Asien mehr Bedeutung beimaß als denen in Europa. Aber ihm, als dem Feldherrn eines Reichs, dessen Schwerpunkt in Asien und Afrika liegt, war das Schicksal Europas im Grunde gleichgültig. Wichtig an dem Krieg in Europa schien ihm nur ihn so lange hinauszuziehen, daß Deutschland und Rußland, die beiden Gegner britischer Weltherrschaftspläne in Asien und Afrika, für die nächsten Jahrzehnte bis zur Ohnmacht geschwächt aus ihm hervorgingen.

Man hat Kitchener, bei dem der Reichsgedanke zur Leidenschaft des Herzens wurde, einen rohen und gefühllosen Gewaltmenschen genannt. Gewiß, im Krieg war Kitchener ganz und gar allen Gefühlsregungen unzugänglich. Wenn unsere Parteipresse von ihm sagte, daß »die Spuren, die dieser Gewaltmensch wandelte, gezeichnet waren durch das Blut Tausender, die er grausam hinschlachten ließ«, so ist in diesen Worten Kitchener als Soldat und Feldherr wohl richtig charakterisiert. Daneben gibt es aber noch einen Staatsmann Kitchener, bei dem das Bild gar nicht stimmen will. So sehr Kitchener davon überzeugt war, daß Weltreiche sich nur durch Gewalt aufrichten lassen, so entschieden lehnte er den Gedanken ab, daß man sie auch lediglich mit Gewalt aufrechterhalten könne. Der *Schlächter von Omdurman* war gleichzeitig der *Vater der Fellahs*, über deren materielles und geistiges Wohlergehen er wachte. In dem letzten Bericht über die Lage des Nillandes, den Kitchener 1913 an Grey richtete, heißt es:

»Die zukünftige Entwicklung der großen Masse der ägyptischen Bevölkerung hängt von verbesserten Bedingungen der Landwirtschaft ab, die, in Verbindung mit Fortschritten auf dem Gebiet der Erziehung, die wichtigste Voraussetzung für die materielle und moralische Förderung der Bevölkerung sind. Die neuerdings errichtete landwirtschaftliche Abteilung der Regierung tut ihr Bestes, indem sie, durch Erfahrung belehrt, den Bauern Unterricht und Rat erteilt und selber Versuchsfarmen errichtet, die durch das ganze Land zerstreut sind, um so den augenfälligen Beweis für die Richtigkeit ihrer Methoden zu liefern. Der Fellah bleibt der selbe, der er immer war: einer der besten und arbeitskräftigsten Menschen, wenn auch ein wenig konservativ, wie die meisten Bauern, und spröde in der Anpassung an die Veränderungen, die in seiner Umwelt eingetreten sind. Es ist schwer für ein Volk, das mehrere Generationen hindurch allezeit nach mehr Wasser für den Bodenbau verlangte, einzusehen, daß allzuviel des Guten schädlich werden kann. Es ist aber eine unbestreitbare Tatsache, daß ein erheblicher Teil der jetzt gelieferten künstlichen Bewässerung nicht nur verschwendet ist sondern der Feldfrucht unmittelbar schadet. Das gewaltige Werk der Assuandammvergrößerung wird im nächsten Mai vollendet sein, und die ungeheuren Vorteile, die aus der zu-

nehmenden künstlichen Bewässerung des Landes erwachsen, werden die Kosten um ein Vielfaches bezahlt machen. Andere schon durchgeführte Verbesserungen sind: Gewährung von Sommerwasser für Oberägypten und die Abschaffung des Bassin-systems, das so lange die volle Ertragsfähigkeit des Landes unterband. Jetzt, nachdem künstliches Bewässerungswasser in reichem Maß gesichert ist, sollte keine Anstrengung gespart werden, um es der Bevölkerung Ägyptens zu ermöglichen den höchsten Ertrag aus ihrem herrlichen Boden und Klima zu gewinnen... Eine Zunahme zeigt die Einfuhr von Getreide, Blumen, Zucker, Leuchtöl, Kohle (letztere infolge der größeren Dampferfrequenz am Kanal bei Port Said), von Baumaterial aller Art, chemischem Dünger. Die bemerkenswerteste Zunahme aber zeigt sich bei der Einfuhr von Webstoffen aller Art (8 209 000 Pfund gegen 6 625 000 Pfund im Vorjahr), worin ein Zeichen des zunehmenden Wohlstands unter den Fellachen zu erblicken ist.«

Die Teilnahme, die Kitchener im obigen Bericht für die Fellachen bekundet, ist keineswegs geheuchelt. Sie ist vielmehr aus der Überzeugung hervorgegangen, daß Englands Herrschaft in allen Zonen erst dann als fest verankert gelten kann, wenn die arbeitenden Klassen den Dienst der englischen Verwaltung für ihr leibliches Wohl als unentbehrlich erachten. Es war dieser leitende Gedanke, der Kitchener zu einem der größten und erfolgreichsten Kolonisatoren machte. Daß 2 Jahre Krieg die Grundlagen der britischen Herrschaft in Ägypten und Indien nicht haben erschüttern können, ist wohl nicht zum wenigsten dem Umstand zu danken, daß Kitchener die englische Verwaltung in allen Kolonien mit seinem Geist zu erfüllen wußte. Und es wird wohl der höchste Triumph seines Lebens gewesen sein, als er erfuhr, daß die Buren, die er in blutigem, erbarmungslosem Kampf niedergeworfen hatte, ein Heer zur Eroberung Deutsch Ostafrikas aussandten.

Die Geschichte hat gezeigt, daß es noch immer der größte Fehler der Staatsmänner und Feldherren war den Feind zu unterschätzen. Kein Zweifel, daß in diesem Krieg auf diesem Gebiet viel gesündigt worden ist. Unsere Einschätzung der zielklaren Reden und Handlungen Kitcheners ist ein Schulbeispiel dafür. Gewiß hat der Krieg England große und schwere Enttäuschungen gebracht. Was aber die Dauer und Größe des Krieges betrifft, so hat sich gezeigt, daß die Anschauungen, die darüber von den leitenden Persönlichkeiten in England geäußert wurden, von einem guten, durch Selbsttäuschung wenig getrübbten, nüchternen Blick zeugten. Das sollte man bei uns klar erkennen. Die Größe der Gefahr, die der Auswirkung unserer Produktivkräfte von dem unbeirrten weltumfassenden Streben Englands droht, muß uns das politische und wirtschaftliche Ziel zeigen, dem wir zuzustreben haben, wenn wir unsere größere Zukunft uns und Europa sichern wollen. Wie Japan den Osten der Alten Welt gegen den Machtwillen des Angelsachsentums zu behaupten sich anschickt, so haben wir die gleiche Aufgabe für den Westen zu erfüllen.

XX
**HEINRICH STÜHMER · DIE BEDEUTUNG DER
 ARBEITSGEMEINSCHAFTEN**



LS im August 1914 der Krieg ausbrach, trat im deutschen Wirtschaftsleben eine so starke Stockung ein, daß manche Gewerbe und Industrien fast vollständig lahmgelegt waren. Für eine gewaltige Schar von Arbeitern, die nicht zum Heeresdienst eingezogen wurden, war Arbeitslosigkeit die Folge. Im ersten Augenblick hatte es den Anschein, oder es bestand wenigstens die Befürchtung,

daß auch sehr vieles wieder verloren gehen würde, was die Gewerkschaften an Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen errungen hatten. Deshalb forderten verschiedene Verbandsvorstände der Arbeiterorganisationen, die mit den Arbeitgeberverbänden ihrer Berufe im Tarifverhältnis standen, deren Hauptvorstände auf mit ihnen gemeinsam an die beiderseitigen Mitglieder einen Aufruf zur Erhaltung und Sicherung der bestehenden Tarifverträge zu richten. Diese Anregung (die übrigens nicht nur von den Gewerkschaften sondern auch von Unternehmerorganisationen, Berufsvertretungen usw. ausging) fand meines Wissens überall günstige Aufnahme. Darüber hinaus versuchte man aber erfreulicherweise gemeinsam mehr Arbeitsgelegenheit zu schaffen sowie ferner durch Beschränkung der Arbeitszeit, Einführung von Wechselschichten und andere vorbeugende Maßnahmen der starken Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, die bereits eingetreten war, und deren Folgen für die Arbeiter abzuschwächen.¹⁾

So erließ das Tarifamt der deutschen Buchdrucker bereits am 13. August 1914 einen Aufruf an die Prinzipals- und Gehilfenmitglieder der Tarifgemeinschaft, in dem es unter anderm heißt:

»Die Tarifgemeinschaft soll auch in dieser schweren Zeit, die Prinzipalen und Gehilfen harte Opfer und Entbehrungen auferlegt, der Prüfstein dafür sein, daß Prinzipale und Gehilfen sich als auf einander angewiesen betrachten, und daß sie gegenseitig bemüht sind einander auch die Lasten eines so schweren Kampfes tragen zu helfen.«

Es wird vom Tarifamt anheimgestellt die Arbeitszeit zu verkürzen, Wechselschichten einzuführen, so daß das Personal vielleicht halbwöchentlich wechselt, also tageweise mit der Arbeit aussetzt. Es sollte im gegenseitigen Interesse eben alles versucht und getan werden, um einer weitem Beschäftigungslosigkeit zu steuern und eine weitere völlige Stilllegung von Betrieben zu verhüten. Zum Schluß heißt es:

»Wir werden alles tun und nichts unterlassen, was im Interesse unseres Gewerbes und der Tarifgemeinschaft in dieser außerordentlich schweren Zeit geboten ist.

Ein weiterer Aufruf verlangt, daß nicht früher Lehrlinge eingestellt werden sollen als die Zahl der wiederbeschäftigten Gehilfen dies entsprechend der Vorschrift des § 13 des Tarifs gestattet. Ferner heißt es da:

»Wir betrachten es auch als einen Ausdruck der gegenseitigen Beziehungen, die sich zwischen Prinzipalen und Gehilfen aus deren Zugehörigkeit zur Tarifgemeinschaft ergeben, daß ein ansehnlicher Teil der tariftreuen Prinzipale, aus freier Entschliebung und soweit sie hierzu in der Lage sind, sich bereit gefunden haben besondere Unterstützungen zu zahlen. Das Tarifamt erkennt solche Zuwendungen mit besonderm Danke an, sind dieselben doch geeignet das Zusammengehörigkeitsgefühl zu fördern, und auch das wünschen wir über die Not des Krieges hinaus wach zu erhalten, im Interesse des Gewerbes und zur Förderung des sozialen Friedens.«

Im Juli 1915 erließ das Tarifamt eine Aufforderung den berufszugehörigen Kriegssi. validen den Wiedereintritt in den Beruf zu ermöglichen, ihnen in allem, was zur Erreichung einer möglichst vollkommenen Arbeitsfähigkeit dienlich sein könnte, helfend zur Seite zu stehen und sie als treue Mitarbeiter bei gemeinsamer Arbeit zu unterstützen.

Durch die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe einschließlich der von diesem abhängigen, mit der Gewinnung, Herstellung und dem Transport der Baustoffe beschäftigten Betriebe geriet nahezu 1 Million Arbeiter und

¹⁾ Siehe Severing *Arbeitsgemeinschaften im Krieg und im Frieden*, in den Sozialistischen Monatsheften. 1915, 1. Band, pag. 402 ff.

Angestellte in bitterste Not. Der Reichstagsabgeordnete Genosse Silberschmidt führte dazu folgendes aus:

»Für diese Massen Beschäftigung zu schaffen war ein Problem, das über die Kreise der Beteiligten hinaus die Gesamtinteressen des Volkes berührte. Es lag nahe, daß sich die Vorstände der Gewerkschaften damit beschäftigen mußten, ob eine Milderung der Arbeitslosigkeit durch Beschaffung von Arbeit im Bereich der Möglichkeit liege. Als praktisch erreichbar erschien die Wiederaufnahme der stillgelegten Bauten und die Inangriffnahme der projektierten öffentlichen Bauten im Reich, in den Bundesstaaten und in den Gemeinden und die Einwirkung auf diese Stellen möglichst weitere Bauprojekte zu fördern, sowie die Wiederbelebung der privaten Bautätigkeit. Zur Verwirklichung dieser Idee reichte aber der Einfluß der Arbeiterverbände nicht aus. Solltten die großen und vielgestaltigen Hemmnisse beseitigt werden, so war der Versuch zu unternehmen auch die großen Arbeitgeberverbände für dieses Ziel zu gewinnen. An der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit waren beide Teile, Arbeiter wie Unternehmer, interessiert, und hier nötigte die allgemeine Notlage und das gesamte Volksinteresse zu einem gemeinsamen Zusammenwirken, unbeschadet der sonstigen Interessengegensätze. Man sagte sich, daß durch ein gemeinsames Vorgehen der Gewerkschafts- und der Unternehmerverbände ein nachhaltigerer und stärkerer Einfluß auf die Behörden, dergleichen auf das private Publikum und die das Baugewerbe finanzierenden Institute ausgeübt werden könnte. Die Reichs- und Staatsbehörden hatten zwar bereits eine Reihe Vorschläge veröffentlicht und Maßnahmen zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit ergriffen. Es galt aber diese Vorschläge und Maßnahmen in die Praxis umzusetzen und auf das Baugewerbe zu übertragen, deren Durchführung zu kontrollieren beziehungsweise die Behörden bei dieser Aufgabe zu unterstützen. Denn es konnte nicht erwartet werden, daß die Behörden die Initiative zur Durchführung dieser Maßnahme ergreifen; deren Aufgaben waren zu dieser Zeit zu vielgestaltig und umfangreich. Solltten die Interessen des Baugewerbes dauernd gefördert werden, so mußten die zur Vertretung berufenen Organisationen selbst die Initiative ergreifen und fortdauernd die erforderlichen Anregungen geben und neue, aus der täglichen Praxis sich ergebende Vorschläge unterbreiten sowie auf deren Durchführung drängen. Als weitere Aufgabe wurde erachtet die Angehörigen des Baugewerbes wieder aufzurichten, soweit die Kriegereignisse sie niedergedrückt hatten, das Vertrauen zum Bestand des Wirtschaftslebens zu stärken und ihren Mut und ihre Tatkraft zu heben. Es wurde ganz richtig vorausgesetzt, daß dies durch gemeinsames Vorgehen viel eher und besser möglich sein würde. Der Nutzen aus der gesamten Tätigkeit würde der ganzen Volkswirtschaft zugute kommen, wenn die Produktion wieder aufgenommen und damit die Konsumfähigkeit der im Baugewerbe tätigen Bevölkerung erhalten blieb.«²⁾

Besser als hier läßt sich der Zweck der in der größten Not geschaffenen Arbeitsgemeinschaft gar nicht erläutern. Es sind von ihr dann gemeinsame Eingaben an verschiedene Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden gerichtet worden, die den Zweck hatten die Bautätigkeit wieder anzufachen, und die auch Erfolge erzielten. Dem Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände gehörten 60 000 Arbeitgeber an, den beteiligten Gewerkschaften rund 1 Million Arbeiter. Unter den zahlreichen Antworten, die auf die Eingaben eingingen, lautete die des bayrischen Staatsministeriums des Innern am günstigsten.

Der Holzarbeiterverband zählte am 15. August 1914 unter seinen nicht einberufenen Mitgliedern mehr als 52 000 Arbeitslose, darunter mehr als 13 000 aus der Berliner Möbelindustrie. Die Sachlage, die sich daraus ergab, wird von A. Neumann (Berlin) wie folgt geschildert:

»Es bedurfte keiner besondern Sehergabe, um die Gefahren zu erkennen, die den Mitgliedern wie der Organisation aus diesen Ereignissen drohten. Nicht nur daß alle in den vorausgegangenen Jahren erkämpften Errungenschaften in bezug auf Regelung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen wie mit einem Schläge ver-

²⁾ Siehe Silberschmidt Die Kriegsarbeitgemeinschaft im Baugewerbe, im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 21. August 1915.

nichtet schienen, auch die nackte Existenz der vielen tausend Arbeiter und Arbeiterinnen war wie ein schwankendes Rohr den gerade beliebigen Maßnahmen der Unternehmer untergeordnet, die Arbeiterschaft war im schlimmsten Sinne des Wortes nichts weiter als Objekt und konnte zunächst auf die für sie selbst so schwerwiegenden Entschlüsse der Unternehmer bei der Stillsetzung oder Beschränkung der Produktion keinen nennenswerten Einfluß ausüben, obwohl ihr eigenes Sein oder Nichtsein in hohem Maße davon abhängig war. Ein solcher Zustand bedurfte im Interesse der Arbeiterschaft dringend der Abhilfe. Nicht nur die Arbeiter, sondern auch das Volksganze waren wesentlich daran interessiert, daß die eingetretene Stockung des Wirtschaftslebens schnellstens behoben, der Arbeitslosigkeit Einhalt geboten und die gewerkschaftlichen Errungenschaften, insbesondere die Tarifverträge sichergestellt wurden. Der einzig mögliche und erfolgversprechende Weg zu diesem Ziel war das gemeinsame Zusammenwirken der Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter, die unter Zugrundelegung und Beobachtung der gesamten Wirtschaftslage über die Interessen des einzelnen Betriebes hinaus Grundsätze und Anregungen über die Instandhaltung der Betriebe und deren innere Einrichtungen sowie ihre gegenseitige Unterstützung vereinbaren und zu deren praktischer Durchführung nach Möglichkeit mit beitragen mußten.⁸⁾

Im Holzgewerbe fehlte es jedoch an einer einheitlichen Organisation der Unternehmer, und so begnügten sich die beiderseitigen Organisationszentralen zunächst damit zur örtlichen Bildung der Arbeitsgemeinschaften die Unternehmer und Arbeiter zusammenzuführen, zur Erringung des Hauptziels: der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, die Kräfte zu vereinigen. Als sich dann die Arbeitsgemeinschaft für die baugewerblichen Berufe gebildet hatte, an der auch das Holzgewerbe beteiligt war, entsandte es seine Vertreter in alle Körperschaften dieser neugeschaffenen Organisation. Das Ergebnis war, daß die Arbeitslosigkeit nach und nach auf ein Minimum reduziert und die Tarifverträge hochgehalten wurden.

Der Vorstand des Malerverbands war ebenfalls schon Mitte August 1914 mit den am Reichstarifvertrag für das Malergewerbe beteiligten Verbänden in Verbindung getreten, um ein gemeinsames Vorgehen zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit durch gemeinsame Eingaben, Sicherung der tariflichen Bedingungen, Verkürzung der Arbeitszeit, Verbot der Überstunden- und Sonntagsarbeit und anderes mehr anzuregen. Nach einer Aussprache der Organisationsvorsitzenden am 28. August erließ der Arbeitgeberverband sofort einen Aufruf an die Malermeister, in dem sie davor gewarnt wurden an dem bestehenden Reichstarifvertrag zu rütteln, da der Krieg diesen Vertrag nicht aufgehoben habe, er vielmehr wie alle Verträge weiter zu Recht bestehe. Die Lösung der übrigen genannten Aufgaben überwies man meist den örtlichen Organisationsvertretern.

Im Oktober 1914 traten auch die Vorstände des Bundes deutscher Tapeziererinnungen und des Verbandes der Tapezierer mit einer gemeinsamen Kundgebung zur Beschaffung von Arbeit und zur Linderung der Notlage hervor. Behörden wie auch das Privatpublikum sollten veranlaßt werden dem Tapezierergewerbe Aufträge zukommen zu lassen. Die örtlichen Vorstände sollten unter anderm in der Tagespresse Aufrufe erlassen. Punkt 9 der empfohlenen Maßnahmen lautet:

»Die bestehenden Tarifverträge sind in allen Fällen aufrechtzuerhalten. Die Tarifverträge müssen ihre Gültigkeit behalten, damit nach dem Einsetzen bessern Geschäftsganges geordnete Arbeits- und Lohnverhältnisse vorhanden sind.«

⁸⁾ Siehe Neumann Die Kriegsarbeitsgemeinschaften im Holzgewerbe, im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 28. August 1915.

In einer ganzen Anzahl anderer Gewerbe und Industrien wurden zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ähnliche Vereinbarungen getroffen.

Später traten dann noch andere Aufgaben an die Verbände heran, unter denen als eine der wichtigsten die Wiedereinstellung der Kriegsinvaliden genannt sein möge. Diese sollen, soweit dies nur irgend angängig ist, wieder in ihrem frühern Beruf untergebracht werden, man soll sie mit Rat und Tat unterstützen, um ihnen in ihrem weitem Fortkommen beizustehen. Sie sollen aber nicht als Lohndrücker verwendet, sondern unbeschadet ihrer Rente unter strenger Beachtung der tariflichen Vereinbarungen nach ihren Leistungen entlohnt werden.

Selbst der Verband Berliner Metallindustrieller konnte sich den Wirkungen des Vorgehens der anderen Verbände nicht vollständig entziehen. Unter der Mitwirkung der Feldzeugmeisterei wurde für die Metallbetriebe Groß Berlins ein Kriegsausschuß aus je 3 Arbeitgeber- und 3 Arbeitnehmervertretern gebildet, der alle durch Verweigerung des Abgangs-scheins entstehenden Streitigkeiten, insbesondere Lohndifferenzen, schlichten sollte. Nach wiederholten Verhandlungen mit dem Verband der Berliner Metallindustriellen ist es gelungen diesen Kriegsausschuß auch mit der Durchführung der Maßnahmen zu betrauen, die für die Wiedereinstellung der Kriegsinvaliden erforderlich sind. Im allgemeinen stehen freilich die Großindustriellen in diesem Gewerbe immer noch auf ihrem alten Standpunkt die Gewerkschaften nicht als die Vertreter der Arbeiter anzuerkennen, mit ihnen deshalb auch keine Verträge über Lohn- und Arbeitsbedingungen der in ihren Betrieben angestellten Arbeiter abzuschließen.

An diese Darlegungen möchte ich einige Worte über die Wiederaufnahme der Arbeit und den Wiederaufbau unserer Industrie nach dem Friedensschluß knüpfen. Ist der Krieg beendet, so müssen nicht allein die Kriegsverletzten sondern auch die große Masse der aus dem Heeresdienst Entlassenen wieder untergebracht werden. Wie optimistisch man auch über die zu erwartenden Arbeitsmöglichkeiten wie über die Gestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse denken mag, jedenfalls werden wir voraussichtlich nach Beendigung des Krieges manche Rohstoffe aus dem Ausland nicht so rasch erhalten können wie dies für die volle Wiederaufnahme der Arbeit in Gewerbe, Handel und Industrie notwendig wäre. Wir müssen deshalb auch für diese Zeit mit der Möglichkeit einer umfangreichern, wenn auch vielleicht nur vorübergehenden Arbeitslosigkeit rechnen. Dann wird man sich hoffentlich der Arbeitsgemeinschaften erinnern, die in der Zeit der Not ins Leben traten, um mit ihrer Hilfe das Wirtschaftsgetriebe wieder in Gang zu bringen, zumal die Erfahrungen lehrten, daß diese gemeinsame Arbeit dem wirtschaftlichen Klassenkampf keinen Abbruch tat. Dann wird sich zeigen, wie wichtig es war, daß die zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen abgeschlossenen Tarifverträge während der Dauer des Krieges erhalten blieben und zum Teil verlängert oder erneuert wurden. Soweit nicht die Löhne gestiegen sind oder Teuerungszulagen gewährt wurden, entsprechen sie allerdings nicht mehr den augenblicklichen Preisen für die notwendigsten Lebensbedürfnisse. Der Kampf um Erhöhung des Arbeitslohns wie um Verbesserung der Arbeitsbedingungen wird also später ganz von selber wieder beginnen; er hat jedoch nur Aus-

sicht auf Erfolg, wenn das Wirtschaftsleben wieder in geordnete Bahnen gelenkt und die Arbeitslosigkeit auf ein geringes Maß reduziert ist.

Die Arbeitsgemeinschaften, mit denen man 1914 begonnen hat, sollte man also im wohlverstandenen Interesse beider Teile nicht wieder untergehen lassen, vielmehr müßten alle an ihnen Interessierten sie zu fördern und weiterauszubauen suchen. Ebenso wäre es die Aufgabe der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden diese Bestrebungen zu gemeinsamer Tätigkeit in weitestgehendem Maß zu unterstützen. Sie sollten die Großindustrie auf das Beispiel hinweisen, das jetzt im Krieg die Bauunternehmer und andere gewerbliche Unternehmungen gaben, und so dazu beitragen, daß ein neuer Geist in unsere Industrie einzieht, daß die Vorurteile gegen die Arbeiterklasse, die im Krieg schwanden, für immer beseitigt sind. Dann haben die Arbeitsgemeinschaften, mögen sie nun bestehen bleiben oder aufgehoben werden und von Zeit zu Zeit wiederkommen, eine große soziale Bedeutung gehabt und in wahrhaft nationalem Sinn gewirkt, da sie die Einheit des deutschen Volkes sichern halfen.

XX · · ·
**HERMANN MATTUTAT · DIE NOTWENDIGKEIT
 EINER GESETZLICHEN ARBEITERVERTRETUNG**

IN einer Reihe von sozialpolitischen Fragen, die nach Ausbruch des Krieges eine besondere, noch über das gewöhnliche Maß hinausgehende Bedeutung erhielten: in den Fragen der Arbeitsvermittlung, der Arbeitslosenunterstützung, der partiellen Aufhebung des Arbeiterinnen- und Jugendschutzes, ferner auch der Unterstützung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer, der Kriegsinvalidenfürsorge, auch der Lebensmittelversorgung mit allen ihren Begleiterscheinungen, machte sich das Fehlen einer gesetzlichen Vertretung der Arbeiterklasse sehr bemerkbar. Andere Berufsstände besitzen sie längst: wir haben Handelskammern, Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern. Es ist keine Frage, daß die in ihnen vertretenen Schichten durch jene Organe ihren Wünschen in ganz anderer Weise Nachdruck geben können, aber auch allgemein im Volksganzen eine ganz andere Wirkungsmöglichkeit haben als die Arbeiterklasse, die solcher Institutionen noch ermangelt. Nicht zuletzt mit Hilfe dieser Einrichtung gelang es den Industriellen so überraschend schnell jene Neuordnung der Produktion und des Absatzes zu bewerkstelligen, die im weiteren Verlauf des Krieges ihnen und dem Wirtschaftsleben der Nation überhaupt so gewaltige Vorteile brachte. Diese Einrichtungen haben so eine allgemein nationale Funktion ausgeübt. Sie haben aber darum natürlich nicht aufgehört auch im Interesse der betreffenden Klasse zu wirken. Und in dieser Hinsicht ist eine Parität zwischen Unternehmern und Arbeitern heute noch nicht vorhanden. Noch besteht keine gesetzliche Berufsvertretung der Arbeiterschaft.

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß die Arbeiter bis jetzt ohne Vertretung ihrer Interessen geblieben sind. Stellt doch die Gewerkschaftsbewegung ihre wirtschaftliche Klassenvertretung dar. Über die Bedeutung der Gewerkschaften braucht in den Sozialistischen Monatsheften wohl kaum noch etwas gesagt zu werden: ist sie doch hier in zahlreichen Arbeiten nach

allen Seiten dargelegt worden; jedes Blatt der Geschichte der Arbeiterbewegung legt Zeugnis von ihr ab. Wie die Gewerkschaften insbesondere während des Krieges gewirkt haben, das wurde hier bereits von Gewerkschaftern zur Genüge auseinandergesetzt.¹⁾ Es wird wohl von keiner Seite bestritten werden, daß sie ihre volle Schuldigkeit getan haben. Sie sind auch, das muß offen ausgesprochen werden, von der Reichsregierung und den sonst maßgebenden Stellen in weitem Maß gehört, zu Rate gezogen und mit ihren Wünschen berücksichtigt worden. Die Abneigung, die früher gegen die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter bestand, hat man fallen gelassen, und man war einsichtig genug ihre Mitwirkung für die Sicherung unseres Wirtschaftslebens in Anspruch zu nehmen. Die Regierung selbst hat anerkannt, wie vorteilhaft diese Mitwirkung der Gewerkschaften für sie gewesen sei. Dadurch wird aber nichts an der Tatsache geändert, daß die Mitarbeit der Gewerkschaften an den wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben der Zeit nur durch die besonderen Umstände bewirkt und nur als Notbehelf oder Provisorium anzusehen ist, durch sie also eine ständige und gesetzlich fundierte Interessenvertretung der Arbeiter nicht ersetzt werden kann. Der Organisationsapparat der Gewerkschaften ist vorwiegend auf andere Zwecke eingestellt. Ihre Tätigkeit richtet sich zunächst auf die Agitation unter den Arbeitern und die Heranziehung der noch der gewerkschaftlichen Bewegung Fernstehenden zur Organisation. Sie haben hier noch ein ungeheures Arbeitsfeld vor sich; ist doch der weitaus größere Teil der organisationsfähigen Arbeiter noch nicht organisiert. Dann freilich befassen sich die gewerkschaftlichen Organisationen mit sozialpolitischen Fragen. Durch den Ausbau und die Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Zentralisation haben sie auf sozialpolitischem Gebiet wichtige Erfolge erzielt, die einigermaßen über den Mangel einer besondern gesetzlichen Interessenvertretung hinweghelfen. Die Ausgestaltung und Vervollkommnung der Arbeiterversicherung, der Arbeiterschutzgesetzgebung, des Vereinsrechts usw. ist in sehr wesentlichem Maß auf ihre Initiative zurückzuführen. Das hat selbst hie und da in gewerkschaftlichen Kreisen die Meinung geweckt, die Arbeiter bedürften bei ihrer Organisation keiner besondern gesetzlichen Vertretung mehr. Diese Auffassung hat unleugbar viel für sich, ist aber meines Erachtens doch nicht stichhaltig. Den besten Beweis hierfür liefern die Unternehmer, deren wirtschaftliche Organisationen es an Ausbau und Leistungsfähigkeit ohne Zweifel nach jeder Richtung mit denen der Arbeiter aufnehmen können, die aber dennoch nicht daran denken die ihnen vom Gesetz zugestandenen Ständes- und Berufsvertretungen aufzugeben. Sie sind im Gegenteil jederzeit eifrig bestrebt ihre Leistungsfähigkeit noch zu steigern und sie mit weiteren Rechten auszustatten. Erwachsen ihnen aus diesen Einrichtungen keine Vorteile, so würden sie auch nicht so unbedingt an ihnen festhalten.

Auch in den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter tritt deshalb in letzter Zeit die Forderung wieder stärker hervor mit den Unternehmern auch in dieser Richtung gleichgestellt zu werden und wie diese eine ständige gesetzliche Interessenvertretung zu erhalten. Sie können sich bei

¹⁾ Siehe unter anderm Legien Die Gewerkschaften als Organe des nationalen Wirtschaftslebens, Kloth Die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiterklasse im heutigen Staat, Heine mann Die Kriegsarbeit der Generalkommission, Umbreit Die deutschen Gewerkschaften im Weltkrieg, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 1. Band, pag. 165 ff., 3. Band, pag. 990 ff. und 1165 ff., 1916, 1. Band, pag. 77 ff.

dieser Forderung darauf stützen, daß in anderen Ländern derartige Einrichtungen schon seit langem bestehen und sich mehr oder weniger bewährt haben. So existieren in Belgien Arbeitskammern bereits seit 1887. Vor dem Krieg bestanden 80 Kammern (Conseils) mit etwa 300 Sektionen in den größeren belgischen Gemeinden. Als Aufgabe ist den paritätisch organisierten belgischen Arbeitskammern zugewiesen: die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen von Arbeitgebern und Arbeitern, die Erstattung von Gutachten an Behörden, Bestätigung von Tarifverträgen, Begutachtung von Gesetzentwürfen sowie statistische Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse. Die Hoffnungen, die man auf die belgischen Arbeitskammern gesetzt hat, haben sich nicht ganz erfüllt. Auch die holländischen Arbeitskammern (Kamers van Arbeid) enttäuschten nach verschiedenen Richtungen. Sie sind 1897 ins Leben getreten. Ihre Aufgabe ist: die Interessen von Arbeitgebern und Arbeitern in gemeinschaftlichem Wirken zu fördern, und zwar durch Sammlung von Informationen über Arbeiterangelegenheiten, Erstattung von Gutachten über alle die Interessen der Arbeit angehenden Fragen an die Leiter der Ministerien, Provinzen und Gemeinden entweder auf Anfrage oder aus eigener Initiative; Erstattung von Gutachten, Stellung von Anträgen usw. auf Wunsch der Interessenten, Verhütung und Beilegung von Streitigkeiten über Arbeitsangelegenheiten, sofern es sich als nötig erweist, durch Herbeiführung einer schiedsgerichtlichen Aussprache zwischen den Parteien. Es sind 85 Kammern vorhanden. Die französischen Arbeitskammern (Conseils du travail) wurden im Jahr 1905 durch ministerielle Verordnung ins Leben gerufen. Ihre Aufgaben bestehen in Auskunftserteilung über alle Arbeitsangelegenheiten, Mitwirkung bei sozialpolitischen Untersuchungen, Umfragen über Arbeitszeit und Arbeitslöhne, Untersuchungen über Maßnahmen zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit, Beratung über Unterstützungen, die für Unternehmer- und Arbeitereinrichtungen zu bewilligen sind, und Berichterstattung und Vorschläge zur Arbeiterschutzgesetzgebung. Ansätze zu ähnlichen Einrichtungen sind in der Schweiz und in Italien vorhanden; sie sind aber wegen ihres rein lokalen Charakters und wegen der Beschränktheit ihrer Aufgaben dort bedeutungslos. In Österreich war vor dem Krieg ebenfalls die Einführung von Arbeitskammern geplant; sie ist aber nicht zustande gekommen.

In Deutschland handelt es sich bei der Frage der Arbeits- oder Arbeiterkammern um eine schon ziemlich alte Forderung der Arbeiter. Bereits im Jahr 1877 wurde von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag eine gesetzliche Interessenvertretung der Arbeiter in Form von auf paritätischer Grundlage zu errichtenden Gewerbekammern verlangt. Später, im Jahr 1884, forderte die Fraktion reine Arbeiterkammern. Ein Jahr darauf brachte sie einen Antrag ein, der eine großzügige Organisation vorsah, die in einem Reichsarbeitsamt nebst Bezirks- sowie lokalen Arbeitsämtern auf paritätischer Grundlage gipfelte. Auf der gleichen Basis ruhten verschiedene Anträge, die in den folgenden Jahren gestellt wurden. Im Verlauf der gewerblichen und industriellen Entwicklung in Deutschland kam man von der Forderung paritätischer Arbeitskammern wieder zu den reinen Arbeiterkammern zurück. Auch der Gewerkschaftskongreß in Köln /1905/ sprach sich für die Schaffung reiner Arbeiterkammern aus. Diesen Standpunkt nehmen die Gewerkschaften auch heute noch ein.

Daß die Arbeiter berechtigt sind diese Forderung zu stellen, kann nicht bestritten werden. Durchaus zutreffend bemerkt Professor Bernhard Harms: »Wer den Arbeitnehmer nicht bloß als Objekt sondern auch als Subjekt der Gesetzgebung anspricht, muß ihm auch das Recht einräumen ganz in der selben Weise, wie dies den Arbeitgebern ermöglicht ist, die staatlichen sozialpolitischen Maßnahmen zu beeinflussen. Wer dies nicht tut, ignoriert die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Arbeitnehmer.«²⁾

Hieran ändert auch nichts, daß die Auffassung darüber, ob Arbeits- oder Arbeiterkammern zur Vertretung der Arbeiter geeigneter sind, gewechselt hat. Dieser Anschauungswechsel fand nicht nur bei den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern und den Sozialdemokraten statt sondern auch bei anderen Parteien. So hielt das Zentrum noch im Jahr 1894 reine Arbeiterkammern für die zweckmäßigste Vertretungsform, und ein Antrag Hitze und Genossen forderte ihre Einführung. Später änderte das Zentrum seine Ansicht, und heute tritt es für Arbeitskammern ein. Ähnlich die Liberalen. Sie forderten im Jahr 1904 in der württembergischen Kammer in einem Antrag Hieber und Genossen die Einführung von Arbeiterkammern und ersuchten die württembergische Regierung im Bundesrat für deren reichsgesetzliche Einführung einzutreten. Aber auch auf dieser Seite bekehrte man sich schließlich aus leicht begreiflichen Gründen zu der Forderung paritätisch zusammengesetzter Arbeitskammern, um auch bei dieser Institution den Einfluß der Unternehmer sicherzustellen.

Die Reichsregierung hat sich sehr lange besonnen, ehe sie zu der Frage der gesetzlichen Arbeitervertretung Stellung nahm. Zwar stellten schon im Jahr 1890 die damaligen Kaiserlichen Erlasse eine solche mit den folgenden Worten in Aussicht:

»Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht genommen, in denen die Arbeiter, durch Vertreter, die ihr Vertrauen besitzen, an der Lösung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt sind und zur Wahrung ihrer Interessen bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren Fühlung zu behalten.«

Die Erfüllung dieser Versprechungen wollte jedoch nicht kommen. Erst im Jahr 1907 trat die Reichsregierung an den Reichstag mit einem Entwurf heran, der die Einlösung dieser Versprechungen bringen sollte, die Arbeiter aber nicht befriedigen konnte. Der Entwurf sah die Errichtung paritätischer Arbeitskammern vor, jedoch nur für die industriellen Arbeiter, während er die in Handel und Verkehr, in der Fischerei und Schiffferei, in den Eisenbahn- und Heeresbetrieben, im Handwerk und in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter von der Vertretung durch die Arbeitskammern ausgeschlossen wissen wollte. Als Aufgaben der Arbeitskammern stellte der Entwurf auf: die Pflege des gewerblichen Friedens; die Wahrung der gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeiter der betreffenden Gewerbebezüge sowie die Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeiter; die Unterstützung der Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung der gemeinsamen Interessen von Arbeitgeber und Arbeiter sowie die Veranstaltung

²⁾ Siehe Harms Arbeitskammer, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 1. Band, 3. Auflage /Jena 1909/, pag. 1059.

von Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbebezüge. Ferner sollten sie auf Ansuchen der Staats- und Gemeindebehörden Gutachten erstatten über Ausnahmegestimmungen für Sonn- und Feiertagsruhe, Festsetzung der Arbeitszeit und Ausnahmen, Arbeiter- und Arbeiterinnenschutz, Arbeiterinnen- und Kinderbeschäftigung, Ausdehnung der Bestimmungen über Arbeitszeit auf die Hausindustrie und Auslegung der zwischen Arbeitgeber und Arbeiter bestehenden Verträge. Außerdem sollten die Arbeitskammern die Staats- und Gemeindebehörden bei Wünschen und Anträgen beraten, die die gemeinsamen Interessen von Arbeitgebern und Arbeitern der betreffenden Berufe berühren, desgleichen sollten sie berechtigt sein Veranstaltungen zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter anzuregen und bei der Verwaltung derartiger Einrichtungen mitzuwirken. Schließlich wurde ihnen noch das Recht zugestanden bei Behörden, Vertretungen von Kommunalverbänden und gesetzgebenden Körperschaften Anträge zu stellen sowie bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern auf Aufforderung eine einigungsamtliche Tätigkeit auszuüben. Zu einem selbständigen Vorgehen waren also die Arbeitskammern nach keiner Richtung befugt; sie hatten nicht einmal das Recht von sich aus Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der von ihnen vertretenen Gewerbebezüge innerhalb ihres Bezirks vorzunehmen. Auch über Gesetzgebungsfragen sollten sie nichts zu sagen haben. So wären die Arbeiter außerstande gewesen in oder durch die Arbeitskammern ihre speziellen Interessen wahrzunehmen und zur Geltung zu bringen. Zu diesen Mängeln gesellten sich noch andere: eine für die Arbeiter unannehmbare Zusammensetzung der Arbeitskammern sowie ein Wahlmodus, der die Zuziehung unabhängiger und sachverständiger Arbeitervertreter, wie Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsfunktionäre, völlig ausschloß, ferner die Befugnis, die dem Vorsitzenden der Arbeitskammer gegeben war, deren Beschlüsse mit aufschiebender Wirkung zu beanstanden wie das Recht, das den Aufsichtsbehörden zustehen sollte, jederzeit die Kammern aufzulösen und Neuwahlen vorzunehmen, sobald die Beschlüsse ihren Wünschen nicht entsprachen.

Auf eine solche Lösung der Arbeitskammerfrage konnten sich die Arbeiter nicht einlassen, sie mußten sich dagegen erklären. Aber auch von anderer Seite, insbesondere von den Arbeitgebern, wurde der Entwurf heftig angegriffen und abgelehnt. Es kam zu keiner Entscheidung; wegen Schluß des Reichstags blieb der Entwurf unerledigt. Nach Zusammentritt des neuen Reichstags im Jahr 1908 legte ihn deshalb die Regierung von neuem vor. Doch auch jetzt blühte ihm kein günstigeres Schicksal. Bevor er in die 3. Lesung gelangte, wurde im Jahr 1911 der Reichstag aufgelöst, und der Entwurf fiel damit unter den Tisch. Seitdem sind neue Versuche zur Errichtung von Arbeits- oder Arbeiterkammern nicht mehr unternommen worden, die Arbeiter blieben noch immer ohne gesetzliche Interessenvertretung.

Dieser Zustand kann nicht befriedigen. Nach Lage der Verhältnisse ist zu erwarten, daß nach dem Krieg die Notwendigkeit einer solchen Vertretung in noch stärkerem Maß hervortreten wird als bisher. Mit Beendigung des Krieges werden die gewerkschaftlichen Organisationen auf lange Zeit hinaus in solchem Umfang mit der für ihre Wiederaufrichtung und Stärkung notwendigen Organisations- und Agitationsarbeit, der Anpassung der Lohn-

und Arbeitsbedingungen an die Zeitverhältnisse usw. in Anspruch genommen sein, daß sie für weitere Aufgaben wirtschaftlicher und sozialer Natur weder die Zeit noch die genügenden Kräfte zur Verfügung haben werden. Solche Aufgaben werden aber auf dem Gebiet des Arbeiterrechts, des Tarifwesens usw. in reicher Fülle erwachsen. Ihre Vernachlässigung wäre für die Arbeiter von unberechenbarem Nachteil. Um diesen zu verhüten und weitere Fortschritte auf allen diesen für die Arbeiter so wichtigen Gebieten anzubahnen, ist es daher eine zwingende Notwendigkeit eine gesetzliche Arbeitervertretung auf der Grundlage von Arbeiterkammern zu schaffen. Wünschenswert ist freilich, daß sich ein neuer Entwurf von der Engherzigkeit freihält, die bei der frühern Vorlage eines Arbeitskammergesetzes so unangenehm auffiel. Der Krieg hat gezeigt, daß die Arbeiter keine unmündigen Kinder sind, die nach jeder Richtung gegängelt und geleitet werden müssen. Sie haben Anspruch darauf, daß man ihnen die gleiche Selbständigkeit einräumt, wie sie den Unternehmern ohne weiteres zugestanden wird.

Die Durchführung der Gleichberechtigung auch auf diesem Gebiet kann dem Gesamtinteresse der Nation nur förderlich sein. Die gemeinschaftliche Förderung des Gewerbes durch Arbeitgeber und Arbeiter, wie sie während des Krieges sichtbar in die Erscheinung getreten ist, zeigt, daß die Gleichstellung in der Interessenvertretung die beste Sicherung des Gesamtwohls ist. Der Wiederaufbau der nationalen Wirtschaft nach dem Krieg ist Sache aller produktiven Schichten, in erster Linie auch der Arbeiter. Sie werden ihre Aufgabe um so vollkommener erfüllen, wenn sie durch gesetzliche Vertretungen einen legitimen Einfluß üben und dadurch auch das Gefühl der Selbstverantwortung gegenüber dem gesamten Volk kräftigen können.

XX
ERICH AUGUST GREEVEN · DREI GEDICHTE
EINSAMKEIT



S ist still um mich her,
 Und nichts redet zu mir;
 Ich kratze an steinernen Türen
 Wie ein herrenlos winselndes Tier.

Niemand gibt Antwort,
 Nur der Einsamkeit Sausen.
 Kühle durchstreicht den Raum:
 Alles rings wird ein Grausen.

ABENDS



ENN abends die Laternen stehn
 Wie Dolche in der Nacht:
 Dann heißen mich meine Füße gehn
 Und oftmals querwärts irgehn,
 Von Sorgen bin ich überdacht.

Wenn abends die Laternen stehn
 In Reih und Glied,
 Weben mir Ängste das Laken der Nacht,

Gaukelt der Hunger mir Träume der Macht:
 Paria bin ich und wirrer Denker,
 Radscha bin ich und Perlenschenker.
 Und ein Duft ferner Heimat zieht.

AUSKLANG



IE Wälder sterben blutigrot: Vergiß dies Jahr,
 Von unerhörten Wundern mir erfüllt.
 Geh, in ein buntdurchwirktes Kleid gehüllt,
 Aus meinem Leben, das dir Heimat war.

Vergiß dies Jahr, streich in dir Tag und Nacht,
 Lösch aus, was noch Erinnerung ist;
 Der kurze Weg, den unser Aug' ermißt,
 Ist hier zu Ende, und die Zeit vollbracht.

Geh: Worte sterben, Augen werden blind.
 Streu aus dein Herz und laß es unverwahrt,
 Sei Saat und Ernte, beides: Weib und Kind;
 Der breite Strom fährt seltsam schnelle Fahrt,
 Drin du und ich nur kleine Wellen sind.

XX

WILHELM KOLB · ZUR EINHEIT DES DEUTSCHEN VERKEHRS



BER die strategische Bedeutung der Eisenbahnen herrscht nach den Erfahrungen dieses Krieges nur eine Meinung. Ein weitverzweigtes, gutangelegtes Eisenbahnnetz ist von größter Wichtigkeit für den schnellen Aufmarsch der großen Armeen wie für die im Lauf des Krieges notwendig werdenden Umgruppierungen, zumal bei weit auseinanderliegenden Operationsfeldern. Wären, wie es geplant war, die russischen Bahnen beim Ausbruch des Krieges schon fertiggestellt gewesen, wer weiß, ob selbst die Strategie eines Hindenburg und die Tapferkeit unserer Truppen es so leicht vermocht hätten die russische Dampfwalze zum Stehen zu bringen? Und hätten wir in Deutschland umgekehrt auf den Hauptstrecken statt der 2gleisigen 4gleisige Bahnen gehabt, so hätten wir uns der Feinde vielleicht noch bedeutend schneller erwehren können. Ganz abgesehen von all den anderen Vorteilen. Denn die allgemein volkswirtschaftliche Bedeutung der Eisenbahnen im Frieden steht ihrer strategischen Bedeutung im Krieg nicht nach. Diese Tatsache und die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, werden indessen noch nicht in der wünschenswerten Klarheit erkannt.

Die Bahnen sind sozusagen das Herz unserer Wirtschaft. Von der Art, wie in Zukunft das Eisenbahnwesen verwaltet und geleitet wird, hängt es mit in erster Linie ab, ob und wie rasch die Wunden geheilt werden können, die der Krieg uns geschlagen hat. Das Eisenbahnproblem ist eines der wichtigsten volkswirtschaftlichen Probleme überhaupt. Seit Jahren spielt in der Öffentlichkeit die Frage eine Rolle, wie man unsern zersplitterten deutschen Eisen-

bahnbetrieb mehr vereinheitlichen könnte. Dabei hängt die Frage der Reorganisation der Verwaltung mit der der Reorganisation des Betriebs aufs engste zusammen. Auf keinem Gebiet der innern Verwaltung herrscht die Bureaukratie so unumschränkt wie auf dem des Eisenbahnverkehrs. Die sogenannten Eisenbahnräte spielen in der Autokratie der Verkehrsverwaltungen nur eine dekorative Rolle. Die Parlamente haben bisher auf ein Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Eisenbahntarife verzichtet, obwohl der Etat der Eisenbahnverwaltungen an finanzieller und volkswirtschaftlicher Bedeutung alle anderen Etats bedeutend übertrifft und sich seine Wichtigkeit fortgesetzt erhöht. Das ist für die Dauer ein unhaltbarer Zustand. Es gibt in der Tat auch nur wenige Parlamentarier, die sich eingehend mit der Eisenbahnfrage beschäftigt haben. Nur so ist es zu erklären, daß dies ganze wichtige Verwaltungsgebiet bis auf den heutigen Tag der parlamentarischen Mitbestimmung entzogen blieb. Das volkswirtschaftliche Verständnis für die Eisenbahnen ist eben selbst bei kenntnisreichen Parlamentariern recht gering. Bis zum heutigen Tag hat die verkehrspolitische Binsenwahrheit, daß die indirekten Einnahmen aus dem Verkehr, insbesondere dem Eisenbahnverkehr, wichtiger sind als die direkten, gerade in den Kreisen derer am wenigsten Verständnis gefunden, die sich mit Vorliebe als die Sachverständigen in Verkehrsfragen aufspielen. Daher die Vorherrschaft des fiskalischen Prinzips im Eisenbahnverkehr und der entschiedene Widerstand gegen die einfachsten Reformen.

Unter der fiskalischen Voreingenommenheit leidet nicht nur die Verwaltung sondern ebenso sehr der Betrieb der deutschen Eisenbahnen. Man hat ein förmliches System ersonnen, um den Personenverkehr nach Möglichkeit zu erschweren. Wie lange ist es her, daß man in bestimmten Zügen außer der Fahrkarte und dem Schnellzugszuschlag noch eine Platzkarte zu lösen hatte? Noch heute herrscht im Personenverkehr der rohe Entfernungstarif. Ob jemand 5 oder 500 Kilometer weit fährt, es muß für jeden Kilometer der zurückgelegten Strecke der selbe Tarifsatz bezahlt werden. Man denke sich dieses Tarifprinzip auf den Güterverkehr angewendet, und man wird seine Rückständigkeit ohne weiteres begreifen. Unsere Volkswirtschaft würde heute noch in den Kinderschuhen stecken, wenn man beim Güterverkehr den rohen Kilometertarif beibehalten hätte. Es galt aber den Sachverständigen als ganz selbstverständlich, daß der Mensch tariflich prinzipiell anders zu behandeln sei als beispielsweise das Vieh, obwohl dessen Transport der Eisenbahnverwaltung ungleich mehr Schwierigkeiten macht als der des Menschen. Noch immer hält man bei der Personenbeförderung an dem Drei- respektive Vierklassensystem fest, mag auch längst festgestellt sein, daß dieses System den Betrieb kompliziert und verteuert. 2 Klassen würden vollauf genügen; je mehr Klassen, desto mehr unbesetzte Plätze bleiben im Zug, desto größer ist der Personalaufwand. Die Sachverständigen aber rechnen für die Einführung des Zweiklassensystems bedeutende Verluste heraus, während jede Eisenbahnstatistik zeigt, daß die 1. Klasse einen verschwindend geringen Anteil an der Einnahme hat. Zöge man von dieser Einnahme noch die Summen ab, die der Staat selbst für Plätze 1. Klasse bezahlt (sie werden ja in der Hauptsache nur von den Diätaren benutzt), so bliebe nur ein kleiner Rest, der im Verhältnis zu den übrigen Einnahmen aus dem Personenverkehr gar nicht ins Gewicht fällt. Noch immer muß man für die

Benutzung des Schnellzugs einen besondern Zuschlag zahlen, obgleich der Schnellzug für die Eisenbahnverwaltung der billigere ist. Zeit ist Geld, und die auf der Eisenbahn unnötigerweise verbummelte Zeit stellt in Geld umgerechnet einen ungeheuren Verlust für die Volkswirtschaft dar. Für solche mit Händen zu greifende Wahrheiten sind die Sachverständigen auf beiden Ohren taub. Der Schnellzugszuschlag ist für sie so unentbehrlich wie die 1. Wagenklasse. Die gleiche Abweisung findet die Forderung der grundsätzlichen Trennung des Nah- und Fernverkehrs. Die Bummelzüge laufen Hunderte von Kilometern weit durchs Land und hindern einen rationellen Fernverkehr. Alle diese Erschwernisse richten sich in erster Linie gegen die sozial Schwächeren.

Das sind nur einige Proben aus der reichen Liste bürokratischer Rückständigkeiten im Eisenbahnwesen. Sie können mit Leichtigkeit um einige Dutzend vermehrt werden. Ist es da verwunderlich, wenn die Idee der Reichseisenbahnen auf fast unüberwindliche Hindernisse stößt? Wohl haben die deutschen Eisenbahnverwaltungen in den letzten Jahren mancherlei Abmachungen zur Vereinheitlichung des Verkehrs getroffen. So hat man die Güterwagengemeinschaft eingeführt, die zweifellos große Fortschritte brachte und wesentliche finanzielle Ersparnisse eintrug. Aber ist es nicht bezeichnend für die Eisenbahnbürokratie, daß eine relativ so einfache, ja geradezu selbstverständliche Reform mehrere Jahrzehnte zu ihrer Verwirklichung brauchte? Auch für den Personenverkehr sind Vereinbarungen getroffen worden. Die Tarife wurden vereinheitlicht. Nur Baden macht noch eine Ausnahme; es lehnte die Einführung der 4. Wagenklasse ab und führte den Zweipfennigtarif für die 3. Klasse ein. In Baden konnte man jedoch bis vor wenigen Jahren für 2½ Pfennig pro Kilometer den Schnellzug benutzen, und der badische Staat machte dabei finanziell glänzende Geschäfte. Nach Ansicht der Sachverständigen hatte das Kilometerheft nur den Nachteil, daß (man höre!) die Schnellzüge überfüllt waren. Diesem Übelstand mußte abgeholfen werden; man beseitigte also das Kilometerheft wieder. Fast jede Familie hatte früher in Baden ihr Kilometerheft; es gehörte sozusagen zum Inventar. Die preußische Eisenbahnverwaltung sah aber in dem badischen Kilometerheft eine Diskreditierung ihrer 4. Wagenklasse. Sie veranlaßte daher Baden das Kilometerheft abzuschaffen. Durch die Konkurrenz, die Preußen durch die Verbesserung des linksrheinischen Verkehrs Baden machte, konnte es seinem Willen Nachdruck verleihen. Solche Konkurrenz unter den deutschen Eisenbahnverwaltungen hat jahrzehntelang bestanden. Jetzt ist es besser geworden. Aber noch immer haben wir keine wirkliche Einheitlichkeit des Verkehrs auf den Eisenbahnen. Die gegenseitigen Abrechnungen erfordern ein großes Heer von Beamten, deren Besoldung viele Millionen verschlingt.

Nachgerade fängt man an zu begreifen, daß es so nicht immer weiter gehen kann. Die finanziellen Bedürfnisse des Reichs und der Bundesstaaten zwingen zur Sparsamkeit. Nun könnten durch eine Vereinfachung des Betriebs zweifellos große Summen gespart werden. Eine wirklich durchgreifende Vereinfachung ist aber nur auf dem Weg der Überführung der Eisenbahnen in den Besitz des Reichs möglich. Nur dadurch kann auch das Verwaltungspersonal reduziert werden. Wer praktischen Einblick in den Verwaltungsapparat der Bahnen hat, kennt dessen überflüssige Kompliziertheit.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Max Quarck

Bevölkerungs-
politik Vor seinem Auseinander-

gehen hat der deutsche Reichstag Anfang Juni eine Kommission für Bevölkerungspolitik von 28 Mitgliedern eingesetzt, der er alle Anträge überwies, die zu diesem Gegenstand eingelaufen sind. Aber da er sich das Recht des Tagens außerhalb der Session für diese Kommission vor der Vertagung des Plenums nicht sicherte, so muß diese bis zum Wiederzusammentritt des Parlaments am 26. September untätig feiern. Man sagt, daß die Pause von großen Parteien des Hauses gewollt sei. Der außerordentlichen Wichtigkeit des Gegenstands gerade im gegenwärtigen Augenblick entspricht aber diese Vertagungs-politik nicht. Während der Krieg gewaltige Opfer an Lebenskraft bei Männern und Frauen erfordert, müßte es mit die erste Sorge des Reichstags sein zeitig Maßnahmen vorbereiten zu helfen, die die ungeheuren Lücken in unserer Bevölkerung für die Zeit nach dem Krieg wirksamer ausfüllen helfen. Vorberatungen darüber während der Reichstagsferien wären deshalb sehr nützlich gewesen, weil sie für die Beschlußfassung des Plenums zeitig sachgemäße Grundlagen hätten schaffen können, indem sie die Meinungsverschiedenheiten der Parteien zunächst im engern Kreis ausgeglichen und beseitigt hätten.

Nunmehr ist der Reichstag außerstande, mindestens während dieser 3 Monate, sowohl die zahlreichen Anregungen zu diskutieren, die bei ihm von den Parteien und sozialen Körperschaften eingelaufen sind, als auch die Maßnahmen, die inzwischen von militärischer und behördlicher Seite zur Bekämpfung der Übel getroffen wurden, die der Krieg für die Bevölkerungsvermehrung zur Folge hat. Um dies vorwegzunehmen: Das Kriegsministerium und der Chef des Feldsanitätswesens wie auch kommunale Behörden versuchen bereits seit länger als Jahresfrist der Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten im Heer entgegenzuwirken, die den Bevölkerungszuwachs nach dem Krieg erheblich bedrohen kann (siehe auch die Rundschau Rechtswissenschaft, 1915, 3. Band, pag. 1265, Kommunalsozialismus,

1916, 1. Band, pag. 121 f., und Hygiene, in diesem Band, pag. 607 ff.). Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die Zahl der Geschlechtskranken im Besatzungsheer verhältnismäßig beträchtlich größer ist als im Feldheer, und daß ein erheblicher Teil der Geschlechtskranken des Feldheers die Krankheit in der Heimat erworben hat. Man hat deshalb im Heer Merkblätter und Warnungen verteilt und mindestens alle 14 Tage, von Zeit zu Zeit auch unvermutet, ärztliche Untersuchungen vorgenommen. Jede Erkrankung ist sofort dem Truppenarzt zu melden; jeder Mann, der geschlechtskrank befunden wird, ohne sich krank gemeldet zu haben, wird bestraft. Alle Erkrankten sollen gründlich behandelt werden und Selbstbehandlung soll verboten sein. Alle Ersatzmannschaften sowie die wiederhergestellten Verwundeten und Kranken werden unmittelbar vor der Abreise auf Urlaub oder zum Feldheer und alle vom Urlaub oder vom Feldheer Zurückkehrenden beim Eintreffen im Standort auf Geschlechtskrankheit untersucht. Das selbe soll mit allen aus dem Heer Ausscheidenden geschehen. Solange noch die Gefahr einer Übertragung besteht, sollen sie in Behandlung bleiben.

Die wichtigste Maßnahme wird neuerdings vorbereitet und soll dem Reichstag in seiner Herbstsession vorgelegt werden. Durch Gesetz soll der Heeresleitung das Recht gegeben werden bei der Demobilisation alle geschlechtskranken Mannschaften, die sich noch in der Zeit der Ansteckungsfähigkeit befinden, bis zu deren Erlöschen in den Lazaretten zurückzuhalten. Daß der Reichstag diesem Vorschlag zustimmen wird, steht außer Zweifel. Er wird seine sorgfältige, unterschiedslose Durchführung zu sichern und dafür zu sorgen haben, daß Offiziere wie Mannschaften zur Behandlung ihrer Erkrankungen gehalten werden. Der Reichstagskommission sollten auch eingehende Nachweise darüber vorgelegt werden, in welchem Umfang die Bestimmung wirklich durchgeführt ist, daß Kriegsteilnehmer, die auf Urlaub gehen oder vom Urlaub kommen, bis zur wirklichen Beseitigung der Ansteckungsgefahr behandelt werden. In den Friedenszustand soll ferner bereits eine Reihe von Maßregeln hinüberleiten, die für solche Kriegsteilnehmer geplant sind, die aus der Hee-

resbehandlung entlassen und früher krank gewesen sind. Diese sollen den Landesversicherungsanstalten daheim namhaft gemacht werden, damit die Gefahr der Wiedererkrankung gründlich beseitigt und deren Folgen nötigenfalls vorgebeugt werden kann. Dies kann freilich bis jetzt nur mit ihrer Einwilligung geschehen. Diese Einwilligung zu erlangen soll mit ganz besonderem Nachdruck im Einzelfall versucht werden. Aber auch hier entsteht die dringliche Frage, ob nicht einfach in jedem Fall die ärztliche Meldung an die Gesundheitsstelle in der Heimat gesetzlich festgelegt werden muß, weil man so lange nur zu Halbheiten kommt als es sich um fakultative Einrichtungen dreht. Hier hat die Reichstagskommission wichtige Aufgaben zu erfüllen, indem sie die gebieterischen Rücksichten öffentlicher Gesundheitspflege gegen allzu ängstliche Bedenken von oben und unten geltend macht. Ihre Sorge wird auch sein müssen die Organisation des Gesundheitswesens zu Hause jenen Bedürfnissen besser anzupassen. Als Stellen, bei denen jene Kriegsteilnehmer nach ihrer Entlassung gemeldet werden sollen, richten die Landesversicherungsanstalten örtliche Beratungsstellen nach Benehmen mit der zuständigen ärztlichen Ständevertretung ein und tragen deren Kosten. Das wird meist in Zusammenhang mit den Krankenkassen und ihren Einrichtungen geschehen. Das Reichsversicherungsamt, die zuständigen Regierungsbehörden und die Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten haben sich den Ausbau dieser Beratungsstellen in Konferenzen mit den Berufs- und Krankenkassenorganisationen des Reichs sowie mit Vertreterinnen der deutschen Frauenbewegung angelegen sein lassen. Einzelne Stadtverwaltungen, wie Schöneberg, haben die Beratungsstelle willkommenerweise der städtischen Verwaltung unterstellt und damit Gelegenheit und Mittel zu ihrem Ausbau vermehrt. Die Schöneberger Beratungsstelle beschränkt sich auch nicht allein auf die Kriegsteilnehmer sondern ist dem allgemeinen Publikum zugänglich. Das ist eine grundsätzlich sehr richtige Erweiterung, weil sie der Tatsache Rechnung trägt, daß die Zivilbevölkerung mindestens der selben Fürsorge bedarf wie die entlassenen Kriegsteilnehmer. Damit taucht dann von selbst die Frage der ärztlichen Meldepflicht für Geschlechtskranke auch der Zivilbevölke-

rung auf. Es ist kaum denkbar, daß gründliche Arbeit geleistet werden kann, wenn die Zivilärzte nicht ebenso wie die Militärärzte jeden Geschlechtskranken der Beratungsstelle als Gesundheitsbehörde melden müssen. Es versteht sich von selbst, daß diese Meldung nicht öffentlich sein, daß sie durch das Amtsgeheimnis gedeckt bleiben müßte. Ebenso dürfte von keinem Behandlungszwang dort die Rede sein, wo der Erkrankte fachgemäße ärztliche Privatbehandlung nachweist. Erst, wenn diese Ausgestaltung der Beratungsstellen erreicht wäre, würde es auch möglich sein an die vom Gouverneur von Bissing im preußischen Herrenhaus beantragte Ergänzung des Strafgesetzbuchs zu gehen, nach der jede Person bestraft werden soll, die geschlechtlich verkehrt, obgleich sie weiß oder wissen muß, daß sie geschlechtskrank ist. Kommandierende Generäle haben der Reichsgesetzgebung bereits vorgegriffen. Der Kommandierende des 14. badischen Armeekorps hat für solche Delikte, auch wenn sie von der Zivilbevölkerung begangen werden, Gefängnis bis zu 1 Jahr oder 1500 Mark Geldstrafe angedroht.

Man sieht, daß der Reichstag bereits stark ins Hintertreffen geraten ist. Militärische Behörden, soziale Versicherungskörper und Landesparlamente beschäftigen sich zum Teil recht einschneidend mit dieser Seite der Bevölkerungspolitik, während das zentrale Parlament untätig verharrt. Dabei fehlt es ihm seit langem nicht am Material zu solcher Tätigkeit. Die Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat durch eine Petition vom 10. Februar 1916 eine Änderung des Kuppeleiparagraphen und der Rechtsprechung bei antikonzepzionellen Schutzmitteln sowie die Einfügung des Gefährdungsparagraphen in das Strafgesetzbuch angeregt. Der Bund deutscher Frauenvereine petitioniert unter dem 28. Mai 1916 bei dem Reichstag nicht bloß dafür, daß geschlechtskranke Soldaten bei der Demobilisierung bis zur Beseitigung der Ansteckungsgefahr zurückgehalten werden, sondern auch dafür, daß die Heeresverwaltung alle ehemals erkrankten Kriegsteilnehmer ohne ihre Einwilligung den Beratungsstellen der Landesversicherung anmeldet. Diese Eingabe aus Frauenkreisen, unter der auch die kirchlich sozialen Gruppen stehen, heißt also von vornherein den obenerwähnten Gesetzentwurf der Regierung will-

kommen. Für andere Gebiete der Bevölkerungspolitik kommt die Petition in Betracht, die sämtliche soziale Fürsorgestellen der Stadt Frankfurt am Main wegen Einführung einer reichsrechtlichen Mutterschaftsversicherung nach dem Krieg mit sachkundiger Begründung an das Reichsparlament richten. Weitere Eingaben des Deutschen Bundes für Mutterschutz, des Deutschen Zweigs der Internationalen abolitionistischen Föderation und des Katholischen Frauenbundes, die bereits aus dem Jahr 1915 stammen, behandeln die Versorgung unehelicher Kinder während des Krieges und nach dem Krieg. Hierher gehören auch, um nur noch ein Beispiel zu nennen, die Parteianträge wegen Arbeiterinnenschutz.

Wie man hört, hat die Reichstagskommission ihre beiden Vorsitzenden Bassermann und Hitze beauftragt während der langen Pause von 3 Monaten einen Arbeitsplan aufzustellen. Vielleicht gelingt es ihr mit Hilfe freier Zusammenkünfte der Mitglieder nicht bloß diesen vorbereitenden Arbeitsplan zeitig festzustellen sondern auch sich über einige materielle Hauptpunkte der Bevölkerungspolitik noch vor Zusammentritt des vertagten Reichstags zu einigen, damit das Plenum mit seiner Beschlußfassung in der wirklich dringlichen Sache alsbald beginnen kann.

× Geburtenrückgang ×
 Wie um die Dringlichkeit der im vorhergehenden Abschnitt behandelten Arbeit auf dem Gebiet der Bevölkerungspolitik zu illustrieren, hat die deutsche Reichshauptstadt die genauen Daten über den Geburtenrückgang innerhalb ihres Gebiets in dem mit April 1916 endenden Jahr 1915-1916 veröffentlicht. In Berlin wurden für den 12monatigen Zeitraum von Anfang Mai 1915 bis Ende April 1916 nach den bei den Standesämtern erbrachten Meldungen, die durch etwaige Nachträge aus den letzten Monaten vielleicht noch um einige Dutzend vermehrt werden, nur 27 891 Geburten (einschließlich 1139 Totgeburten) gemeldet. Da für die Zeit von Anfang Mai 1914 bis Ende April 1915 noch 38 587 Geburten (einschließlich 1496 Totgeburten) gemeldet worden waren, so hat der außerordentliche Geburtenrückgang für Berlin in diesem Jahr ein Weniger von 10 696 Geburten gebracht. Dieser aus 1915-1916 sich ergebende Ausfall an Geburten bedeutet gegenüber den Geburten aus 1914-1915 einen

Rückgang um etwa 28 %. Zerlegt man den 12monatigen Zeitraum 1915-1916 in 2 Teile, so hat gegenüber dem Vorjahr die erste Hälfte eine geringere, die zweite Hälfte eine stärkere Rückgangsziffer. Die Geburtenzahl war 1914-1915 für die Monate Mai bis Oktober 19 384, für November bis April 19 203, 1915-1916 für Mai bis Oktober 14 785, für November bis April 13 106. Von 1914-1915 zu 1915-1916 verminderte sich die Geburtenzahl für die erste Jahreshälfte um 4599, etwa 24 %, für die zweite Jahreshälfte um 6097, etwa 32 %. Ein weiteres Ansteigen dieser Prozentziffer ist wahrscheinlich. Es bleibt abzuwarten, ob andere deutsche Großstädte und vor allem ob das flache Land einen gleichen oder ähnlichen Geburtenrückgang aufweisen. Da die größte Wahrscheinlichkeit für die Bejahung dieser Frage besteht, so werden die einschlägigen Feststellungen die Dringlichkeit einer sachgemäß vorbereiteten Bevölkerungspolitik des Reichs und einer entsprechenden Initiative des Reichstags voraussichtlich stark unterstreichen.

× Arbeitsnachweis ×
 Dem Ausbau der Arbeitsvermittlung für die Zeit nach dem Krieg, in der für den Rückfluß und die Einordnung so zahlreicher Arbeitskräfte in die Friedenswirtschaft zu sorgen ist, soll eine Bundesratsverordnung dienen, die unter dem 14. Juni dieses Jahres ergangen ist und den Landeszentralbehörden eine neue Befugnis überträgt. Diese sollen Gemeinden oder Gemeindeverbände verpflichten können öffentliche und unparteiische Arbeitsnachweise zu errichten und auszubauen sowie zu den Kosten solcher Arbeitsnachweise beizutragen. Sie können auch Anordnungen für den Betrieb solcher Arbeitsnachweise treffen. Das ist eine Abschlagszahlung auf weitergehende Forderungen, die im April dieses Jahres in ausführlich begründeten Eingaben sowohl vom Zentralverband der Handlungsgehilfen wie vom Bund der technisch-industriellen Beamten für seine Berufangehörigen und von den Gewerkschaften aller Richtungen für die Arbeiter unterm 15. April 1916 bei dem Reichstag erhoben wurden. Die Petitionskommission des Reichstags hat diese Eingaben Mitte Mai ausführlich behandelt und nur die gemeinsame Eingabe aller gewerkschaftlichen Richtungen der Regierung zur Berücksichtigung empfohlen. Zu einer Stellungnahme

für öffentlichrechtliche Maßnahmen zugunsten der Handlungsgehilfen und der Privatangestellten konnten sich die bürgerlichen Parteien nicht entschließen. Sie überwiesen die betreffenden Eingaben der Regierung lediglich als Material und bekundeten damit ihre alte Abneigung dagegen öffentlichrechtliche Arbeitsnachweiseinrichtungen für den sogenannten neuen Mittelstand zu schaffen; sie fürchten immer noch ihn damit den Arbeitern zu sehr zu nähern oder gar gleichzustellen. Das Reichstagsplenium hat sich infolge des raschen Schlusses der Session auch mit diesen Beschlüssen der Petitionskommission nicht beschäftigen können. Die Regierung aber versucht mit der obenerwähnten Bekanntmachung vom 14. Juni zwischen den vorhandenen Gegensätzen hindurchzusteuern. In der wenig inhaltreichen Bekanntmachung wird keinerlei Bestimmung über die Unterstellung der Angestellten und Handlungsgehilfen unter die öffentlichen Arbeitsnachweise getroffen, so daß der Privatinitiative sehr zum Schaden der Betroffenen vollkommen freie Hand gelassen ist. Man kann aber schon heute voraussagen, daß die Privatinitiative bei der ungeheuren Umordnung und Verschiebung auf dem Arbeitsmarkt, die nach dem Krieg eintreten muß, versagen wird. Wenn auch nicht alle, so wären doch einige Vorschläge der Denkschrift des Bundes der technisch-industriellen Beamten und des Zentralverbands der Handlungsgehilfen der Beachtung und Wertschätzung sehr wert gewesen. Allerdings bewegen sich die Vorschläge der Gehilfen und Angestellten nur zum kleinsten Teil auf dem Gebiet der öffentlichen Arbeitsvermittlung, nehmen aber dort entschieden für den öffentlichen Nachweis Stellung. Ihre Anträge: den zivilen Anstellungsvertrag für die Zeit des Übergangs vom Krieg in den Frieden durch weitgehende öffentlichrechtliche Eingriffe zugunsten der Angestellten zu regeln, verdienen dringend besondere Beratung durch den Reichstag. Was die neue Bekanntmachung bringt, ist lediglich ein schwacher Versuch durch einsichtige Landeszentralbehörden einen gewissen Druck zur Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise auf widerspenstige oder einsichtslose Gemeindeverwaltungen üben zu können. Ob er geübt werden wird, hängt wiederum von dem Verständnis der einzelnen 26 deutschen Bundesstaaten ab. Die Buntscheckigkeit und Unvollständig-

keit des Netzes öffentlicher Arbeitsnachweise bleibt also bestehen, wenn nur ein Teil der Bundesstaaten, aber nicht alle von der neuen Befugnis Gebrauch machen, was der wahrscheinliche Fall ist. Allein eine Reichsvorschrift bindender Art hätte die Ungleichmäßigkeit beseitigen und den Apparat der Arbeitsvermittlung so vervollständigen können, daß er seiner Aufgabe nach Friedensschluß gewachsen ist.

×
Norwegen

Das Königreich Norwegen hat zwei einschneidende soziale Gesetze geschaffen. Das erste über die Maximalarbeitszeit in der Industrie bestimmt, daß die Beschäftigung 10 Stunden am Tag oder 54 Stunden in der Woche nicht übersteigen darf. Sie muß auf die 6 Wochentage verteilt werden und zwischen 6 Uhr morgens und 9 Uhr abends liegen. Zwei 8stündige Tageschichten können in die Zeit von 6 Uhr morgens und 12 Uhr nachts gelegt werden. Frist bis zur allmählichen Einführung ist bis 1920 vorgesehen. Ausgenommen sind Papier- und Zellstofffabriken, Dampfschiff- und Lagerebetriebe sowie Handwerksbetriebe, die nicht Motoren mit mehr als 1 Pferdekraft verwenden. In Schmelzhütten und Gräben gilt der Achtstundentag für alle Arbeiten unter Tage, ebenso für Buch- und Zeitungsdruckereien, wo er sofort in Kraft tritt.

Durch Kammerbeschlüsse vom 6. Juni wurde ferner ein staatliches Zwangsschiedsgericht für Arbeitsstreitigkeiten geschaffen, zu dem Unternehmer und Arbeiter je 1 Mitglied ernennen; im Weigerungsfall ernennt sie die Regierung. Das Gericht hat die Befugnis die Auszahlung von Streikunterstützungen aus den Gewerkschaftskassen zu verbieten. Die organisierten norwegischen Arbeiter protestierten gegen das Gesetz durch einen kurzen Generalstreik und verweigerten die Ernennung eines Vertreters.

×
Kurze Chronik In einer seiner letzten Junisitzungen hat der Reichstag eine von allen Parteien unterstützte Resolution angenommen die Reichsregierung zu ersuchen die arbeitslos gewordenen Heim-, Haus- und Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen der Puppen- und Spielwarenindustrie sowie die in ihr beschäftigten Hausgewerbetreibenden, falls ihnen anderweit geeignete Arbeit

nicht beschafft werden kann, aus den für Zwecke der Kriegswohlfahrtspflege bestimmten Reichsmitteln ausreichend zu unterstützen, nachdem bundesrätliche Anordnungen eine starke Beschränkung des Rohstoffbezugs herbeigeführt haben. × Eine ähnliche Aktion für die Schweiz und die dortige Stickereiindustrie wurde in Bern Ende Mai von den Regierungen der Kantone Zürich, Sankt Gallen, Appenzell und Thurgau sowie von Vertretern der beteiligten Unternehmer und Arbeiter beraten. Die Beschlüsse gingen im wesentlichen darauf hinaus die Arbeitgeber jener Industrie nach Maßgabe ihres durchschnittlichen Umsatzes von 1913 bis 1915 zu einer Abgabe zu veranlassen, deren Ertrag zur Unterstützung ihres Personals und der einzelnen Sticker bestimmt wäre, wenn diese Personen infolge Stockens der Industrie in Not geraten.

Staatssozialismus / Edmund Fischer

Kriegswirtschaft

In der Sitzung des Reichstags vom 7. Juni 1916

sagte der sozialdemokratische Abgeordnete Hoffmann (Kaiserslautern): »Nun sind aber nicht wenig Menschen der Auffassung, daß wir jetzt mitten in der sozialistischen Wirtschaft wären. Meine Herren, das ist Unsinn. Kriegswirtschaft und sozialistische Wirtschaft haben mit einander nichts gemein als ein paar Formen und Äußerlichkeiten. Ihrem Wesen nach stehen sie in schärfstem Gegensatz zu einander. Denn die Kriegswirtschaft ist nichts anderes als die kapitalistische Friedenswirtschaft in vermehrter und verschlechterter Ausgabe.«

Dr. Hermann Deite (Berlin) dagegen schreibt am 26. Mai 1916 in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik, in einem Aufsatz betitelt Der Ersatz des Handels durch gemeinwirtschaftliche Organisationen des Krieges: wir erlebten »einen Kriegskommunismus, wie ihn sich kein Staatssozialist, ja, ich glaube, in Wirklichkeit kein echter Sozialist jemals hätte träumen lassen.«

Les extrêmes se touchent. Und so finden sich beide, der radikale Sozialist und der manchesterliche Liberale, zusammen, jeder von einer andern Seite kommend, in der Verurteilung und Ablehnung der Kriegswirtschaft, die nach Hoffmann nur eine verschlechterte Ausgabe der kapitalistischen Friedenswirt-

schaft sein soll, nach Deite aber die höchste Ausbildung des Kommunismus, der den Erzeugern wie den Händlern und Verbrauchern nichts anderes bringe als ständig »neuen Zwang und neue Hemmung«, weshalb die berufenen Stellen den Handel »vor Auswüchsen und Mißständen der jetzigen Ordnung schützen« sollen, die »ihm das Durchhalten übermäßig erschweren und vielfach geradezu seinen Bestand gefährden«. Eine objektive Würdigung der Tatsachen wird indes zu einem andern Urteil kommen müssen.

Kein Mensch hat bisher bestritten, daß die organisatorischen Maßnahmen zur Regelung des Verkehrs mit Lebensmitteln, Bedarfsartikeln, Rohprodukten usw. notwendig waren. Dann waren sie aber auch gut, und sie sprechen für den Sozialismus, wenn man sie als Einrichtungen bezeichnet, in denen ein sozialistischer Gedanke zum Ausdruck komme. Mehr ist von Sozialisten nie behauptet worden. Niemand hat geleugnet, daß Fehler gemacht worden sind, und es ist noch keinem Sozialisten eingefallen zu sagen, wir seien bereits »mitten in der sozialistischen Wirtschaft«, oder die Kriegswirtschaft sei die sozialistische Wirtschaft, oder alle Kriegsmaßnahmen seien sozialistischen Geistes. Was sich nur in Jahrzehnten und Generationen in langer, mühevoller Arbeit organisieren und entwickeln läßt, kann in der Zeit der größten Not nicht über Nacht aus dem Boden gestampft werden. Auch der Sozialismus tritt nicht auf einmal fix und fertig in die Erscheinung, er muß sich aus ersten kleinen Anfängen, mit allen Mängeln und Kinderkrankheiten behaftet, von denen das Neue anfänglich nie frei ist, herausbilden. Soweit die vorhandenen Kriegsmaßnahmen die Verwirklichung des sozialistischen Gedankens bedeuten, sind sie auch nur erste Anfänge, die auch nicht wesentlich anders hätten ausfallen können, wenn sie von Sozialdemokraten ins Leben gerufen worden wären. Und diese Einrichtungen haben sich auch trefflich bewährt. Der Wucher konnte nur da auftreten, wo eine sozialistische Regelung nicht möglich war oder unterlassen worden ist.

Daß der Vertrieb des Getreides, Mehls und Brotes heute in einer Weise erfolgt, die der sozialistischen Gedankenrichtung entspricht, sollte kein Sozialdemokrat leugnen. Getreide, Mehl und Brot sind zurzeit nicht Ware im Sinn der marxistischen Theorie, sie werden nicht

für den Markt sondern für die Gemeinschaft zum Verbrauch produziert und gleichmäßig verteilt. Der Preis ist vom Staat festgesetzt und auch immer der gleiche geblieben. Wären die Sozialdemokraten plötzlich zur Macht gelangt, hätten sie auch nichts anderes tun können, als so anzufangen und dann weiterzubauen. Mehr Mehl und Brot als sie hat könnte auch die Sozialdemokratie nicht zur Verteilung bringen. Und den Preis könnte sie auch nicht anders gestalten, als daß er den Produktionskosten entspricht. Die Regelung des Verkehrs mit Mehl und Brot ist also doch etwas anderes als die »kapitalistische Friedenswirtschaft in vermehrter und verschlechterter Ausgabe«, sie bewegt sich vielmehr auf der Richtlinie zum Sozialismus und bedeutet eine Weiterbildung der sozialistischen Entwicklungskeime, die bereits vor dem Krieg in die Erscheinung getreten sind. Inwieweit die Kriegsmaßnahmen sozialistische Gedanken verwirklichen, ist hier schon mehrfach gezeigt worden (siehe diese Rundschau, 1914, 2. Band, pag. 1263 ff., 1915, 1. Band, pag. 140 ff., und 3. Band, pag. 1256 f., 1916, 1. Band, pag. 167 f. und 342 f.). Diese Einrichtungen werden auch nicht wieder verschwinden, weil sie nichts künstlich Geschaffenes darstellen sondern Entwicklungstendenzen, die die Kriegsnot nur vorzeitig zum Leben erweckt hat. Jedenfalls aber haben die Sozialisten alles Interesse daran, daß diese Einrichtungen erhalten bleiben und ausgebaut werden. Dann dürfen sie sie aber auch nicht verleugnen, sie müssen vielmehr dahin streben die Mängel zu beseitigen, was in der Friedenszeit nicht schwer fallen wird.

×
Warenprüfung Das Öffentliche Warenprüfungsamt für Wolle, Baumwolle, Seide und deren Garne und Gewebe in Berlin besteht am 10. Juli 1916 nunmehr 25 Jahre. Aus diesem Anlaß hat dessen Direktor Dr. Georg Loewenberg die Bedeutung dieses Amtes in einer 103 Seiten starken, hochinteressanten Schrift gewürdigt, die bei Krayn in Berlin herauskam und besondere Aufmerksamkeit verdient. Denn sie gibt, wenn auch unbeabsichtigt, die Anregung zu einer neuen Aufgabe des Staates, deren Inangriffnahme gerade jetzt sehr zeitgemäß ist: zur Verstaatlichung des gesamten Konditionierwesens und dessen Ausdehnung auf andere Industriezweige.

Die Geschichte des Konditionierwesens, worunter man die von unparteiischer Seite vorzunehmende Gewichtskontrolle im Handel befindlicher Textilrohstoffe zu verstehen hat, reicht bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts zurück. Den Konditionieranstalten (so wurden die Warenprüfungsanstalten früher genannt) liegt die Feststellung des Feuchtigkeitsgehalts der in Frage kommenden Stoffe ob. Das eigentliche Wesen der Konditionieranstalt ist am deutlichsten gekennzeichnet in einem Bericht, der seinerzeit die Berliner Handelskammer veröffentlicht hat. Es heißt da: »Die Konditionieranstalt erhält eine Partie Seide, Wolle oder Garn und hat nunmehr aus Nettogewicht und Feuchtigkeitsgehalt das Handelsgewicht dieser überaus empfindlichen und veränderlichen Ware festzustellen. Mag jetzt der Ballen von Kaufmann zu Kaufmann gehen, im Sommer oder Winter und durch Länder verschiedensten Klimas versandt werden, mag sich sein Gesamtgewicht und sein Feuchtigkeitsgehalt noch so oft durch Austrocknung oder Wasseranziehung, durch verschiedenartige Behandlung verändern: der Konditionierschein begleitet ihn und gibt in jedem Augenblicke das wirkliche Handelsgewicht an. Dieser Schein soll für den Ballen Seide oder Wolle das selbe sein, was der Eichstrich für ein Gefäß oder der Stempel der Physikalisch-technischen Reichsanstalt für das von derselben beglaubigte Instrument ist.« Die Ausfertigung dieses Konditionierschein genannten Dokuments ist also die Hauptaufgabe des Instituts.

Um den Bezirk dieser Tätigkeit aber hat sich noch eine Fülle anderer Aufgaben gruppiert, über die Dr. Loewenberg in seiner Schrift ausführlich berichtet. Die Berliner Anstalt hat den Kreis ihrer Obliegenheiten auf das ganze Gebiet physikalischer und chemischer Untersuchungen der Rohstoffe und Fabrikate innerhalb der Textilindustrie ausgedehnt. Dieses Warenprüfungsamt ist aber merkwürdigerweise noch keine rein staatliche Einrichtung sondern hat nur einen halbamtlichen Charakter. Es ist ein privates Unternehmen, das unter der Aufsicht des Berliner Polizeipräsidenten und der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft steht. Aus Dr. Loewenbergs Darlegungen geht sehr deutlich hervor, daß die Errichtung solcher Ämter Aufgabe des Staates ist, daß diese Anstalten ohne behördlichen Charakter keine Bedeutung erlangen: »Eine pri-

vate Anstalt ohne amtliche Autorität wäre unzweckmäßig gewesen, weil das hohe Vertrauen, auf das ein solches Unternehmen Anspruch erheben muß, ohne den behördlichen Charakter niemals zu erzielen gewesen wäre. Maß und Gewicht sind eben heikle Dinge; sie stellen die empfindliche Sphäre des geschäftlichen Lebens dar, und mit Recht hat man immer gefordert, daß hier der Staat zum mindesten als Aufsichtsbehörde seine Hand im Spiele haben müsse.«

Das Warenprüfungsamt hat aber auch Gutachten abzugeben. Während des Krieges hatte es für die Militärverwaltung die Stoffe auf ihre Wasserdichtigkeit zu untersuchen, es wirkte mit bei der Bestandserhebung und Beschlagnahme der Militärtuche. Und nach dem Krieg werden ihm bei der Beschaffung von Rohstoffen für die Textilindustrie gewaltige Aufgaben erwachsen. Aus diesen und auch noch aus anderen Gründen kann gesagt werden, die Zeit sei nun gekommen, daß der Staat die Warenprüfung selbst in die Hand nimmt, Warenprüfungsämter über das ganze Reich organisiert und auf das vollkommenste ausgestaltet. Und zwar nicht nur für die Textilindustrie. Denn nach dem Krieg wird sich eine staatliche Regulierung der Preise für viele Rohprodukte und vor allem für die Lebensmittel nicht mehr umgehen lassen, und auch hierbei wird eine Mitwirkung von Warenprüfungsämtern notwendig sein.

England:
Alkoholregie

Nach einer Mitteilung der Daily Chronicle hat die englische Regierung beschlossen durch Vermittlung des Liquor Traffic Control Board alle Brauereien und Schanklokale, etwa 300 an der Zahl, in der Stadt Carlisle (Cumberland) und deren unmittelbarer Umgebung anzukaufen. Zunächst sollen ungefähr 100 Schanklokale geschlossen und dafür 2 oder 3 vorbildliche Schankhäuser errichtet werden, in denen Erfrischungen zu erhalten sind, während die Schanklokale, die vorläufig noch geöffnet bleiben, unter die Aufsicht des genannten Amtes gestellt werden. Mit dieser Maßregel wird eine vollständige Umwälzung im Schankwesen eingeleitet: Herstellung und Vertrieb des Bieres werden Sache des Staates. Das Regierungsbier soll unter gewissen Beschränkungen in den dem Staat gehörenden Lokalen ausgeschrieben werden. Die Maßnahme verfolgt also keine finanziellen Ziele sondern

bezweckt die Einschränkung des Alkoholgenusses und eine Reform des Wirtschaftswesens im allgemeinen. Die Verstaatlichung der Brauereien und der Schanklokale wurde von der Regierung bald nach Beginn des Krieges in Aussicht genommen. Mit der Maßnahme in Carlisle ist nun der Anfang gemacht worden. Selbstverständlich wird auch der Vertrieb von Wein und Branntwein nun vom Staat übernommen werden müssen.

×

Kurze Chronik Einen wichtigen Abschnitt in der Weiterentwicklung der sozialistischen Kriegswirtschaft bildet die Einrichtung eines Kriegsernährungsamts, die im Mai vor sich ging (siehe die Rundschau Politik, in diesem Band, pag. 584). Die Regellosigkeit der durch die Not erzwungenen Maßnahmen soll nun ein Ende finden. Das Amt ist berufen ein System der Kriegsernährung zu schaffen, das, mag das meiste später im Frieden auch wieder abgebaut werden, in seinen Grundgedanken zur Sozialisierung der Volksernährung überhaupt hinüberleiten kann. × Die Tätigkeit der Ansiedlungskommission hat im Jahr 1915, wie der dem preußischen Landtag vorgelegten Denkschrift zu entnehmen ist, stark unter der Einwirkung des Krieges gestanden. Der Landerwerb betrug 364 Hektar und umfaßt nur 4 Grundstücke. Von 834 Ansiedlerstellen, die ausgelegt waren, wurden 31 Stellen vergeben, so daß noch 803 Stellen un vergeben in das Jahr 1916 übernommen worden sind. Bis Ende 1915 waren im ganzen 19 544 Renten und 2172 Pachtstellen, zusammen 21 714 Ansiedlerstellen, vergeben. Ende 1915 betrug der Landvorrat der Ansiedlungskommission alles in allem 57 082 Hektar und an reinem Stellenland 27 000 Hektar. Daraus können ungefähr 2250 Ansiedlerstellen gebildet werden. × Ein vom preußischen Landtag beschlossenes Gesetz vom 8. Mai 1916 zur Förderung der Ansiedlung ermächtigt die Staatsregierung der Seehandlung zum Zweck der Gewährung von Zwischenkredit bei der Errichtung von Rentengütern einen Betrag von 100 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. × Das preußische Gesetz vom 8. Mai 1916 betreffend den Ausbau von Wasserkraften des Mains ermächtigt die Staatsregierung zum Ausbau der in Folge der Mainkanalisierung bis Aschaffenburg entstehenden Staustufen bei Mainkur, Kesselstadt und Groß

Krotzenburg für die Gewinnung elektrischer Energie und zur Herstellung einer Verbindungsleitung mit den staatlichen Kraftwerken im obern Quellgebiet der Weser einen Betrag von 6,2 Millionen Mark zu verwenden. × Zur Förderung des Baus von Kleinbahnen hat der preußische Staat bis zum Schluß des Jahres 1915 insgesamt 128 718 272 Mark bewilligt. An Rückeinnahmen auf diese Staatsbeihilfen sind bis zum Schluß des Etatsjahrs 1914 insgesamt 15 493 998 Mark auf gekommen. Die Streckenlänge der genehmigten Kleinbahnen in Preußen betrug am 31. März 1915, bei 329 Unternehmen, 11 023,11 Kilometer. × Die bayrische Verkehrsverwaltung bereitet einen Gesetzentwurf vor, mit dem sie eine Kinderzulagenzwangsversicherung für alle Staatsbeamten einzuführen gedenkt und dabei als finanzielle Grundlage die jährliche Kriegsteuerungsbeihilfe von insgesamt 5 Millionen Mark benutzen will. Gegenwärtig nimmt sie statistische Erhebungen für diesen Zweck vor. ×

Literatur Eine inhaltreiche Abhandlung über den Saarkohlenbergbau in Lothringen hat Dr. Friedrich A. Schmidt geschrieben /Berlin, Krahnmann/. Der Verfasser bewegt sich freilich ganz und gar in den individualistischen Anschauungen, die Graf Bégouen anlässlich der Beratung des in Frankreich jetzt noch geltenden Bergrechts in der Sitzung des Staatsrats vom 3. Februar 1810 zum Ausdruck brachte, mit den Worten: »L'intérêt de l'Etat n'est pas de tirer un grand produit de l'impôt sur le charbon, mais d'encourager l'industrie qui le produit et qui vivifie et augmente la fabrication.« Gleichwohl ergibt sich aus seinen Darlegungen die Notwendigkeit einer Verstaatlichung des Bergbaus. Denn er hält eine Kartellierung der gesamten Kohlenproduktion für dringend geboten, und das bedeutet ja schon an und für sich das Ende des wirtschaftlichen Individualismus, an dessen Stelle der Sozialismus, zuerst der selbstgebildeten Organisation, später des Staates, tritt.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Raphael Seilmann

Positivismus »Die grundlegende Umwälzung, die die Mannbarkeit unserer Intelligenz kennzeichnet, besteht im wesentlichen darin

überall an Stelle der unzugänglichen Bestimmung der eigentlichen Ursachen die bloße Forschung nach den Gesetzen, das heißt den konstanten Beziehungen, zu setzen, die zwischen den beobachteten Erscheinungen existieren. Mag es sich nun handeln um die geringsten oder höchsten Tatsachen, um Stoß und Schwerkraft wie um Denken und Sittlichkeit, wir können hier nur die verschiedenen wechselseitigen, ihrem Geschehen eigenen Verbindungen wirklich erkennen, ohne jemals das Geheimnis ihrer Erzeugung zu durchdringen.« Diese Sätze sind Auguste Comtes Abhandlung über den Geist des Positivismus entnommen, die jetzt als der 155. Band der von Kirchmann begründeten Philosophischen Bibliothek /Leipzig, Meiner/ in der Übersetzung Dr. Seebrechts erschienen ist. In schlichten Worten hat uns hier der hervorragende französische Denker jenes philosophische Programm gegeben, dem es seit her beschieden war einer ganzen Generation den Stempel aufzudrücken und die Denkrichtung einer ganzen Reihe wissenschaftlicher und philosophischer Forscher zu bestimmen. Wie aus der angeführten Stelle zu ersehen ist, hat der Urheber des Positivismus diesen mehr als Methode der Forschung, denn als ein eigentliches philosophisches System gedacht. Ihm, der in den breiteren Schichten des lesenden Publikums als der entschiedenste Leugner aller Transzendenz gilt, fällt es ganz und gar nicht ein die Behauptung aufzustellen, daß die Welt der immanenten Erscheinungen die einzig mögliche sei, und daß ihr weiter nichts zugrunde liege. Er spricht im Gegenteil von dem »Geheimnis der Erzeugung«, der »Verbindung von Tatsachen« und von der »unzugänglichen Bestimmung der eigentlichen Ursachen«; nur möchte er empfehlen von diesem Geheimnis und dieser ohnehin »unzugänglichen« Bestimmung möglichst abzusehen, um das Augenmerk lediglich auf die erforschbaren Beziehungen innerhalb des Gegebenen zu richten.

Bei unseren im Geist der Wissenschaftlichkeit großgezogenen Anschauungen verfügen wir nicht mehr über die Distanz, die erforderlich ist, um die ganze Großartigkeit dieser Gedankentat richtig einschätzen zu können. Die weise Beschränkung auf das tatsächlich Gegebene war zu einer Zeit, wo von willkürlichen und unverantwortlichen Hypothesen ein mitunter verhängnisvoller

Gebrauch gemacht wurde, eine gewaltige Umwälzung auf dem Gebiet des Geistes und klang beinahe wie eine Offenbarung. Gewiß steckt in dieser Enthaltbarkeit eine starke Dosis Skepsis, aber es ist dies die Skepsis eines reifen und geprüften Geistes, der vor dem Jenseitigen des Gegebenen vielleicht so etwas wie Ehrfurcht hat und sich nicht getraut unnötigerweise darin zu wühlen, und der sich endlich gesagt hat, man müsse zu unserm natürlichen Verstand Vertrauen fassen, um nicht an sich und der Welt irre zu werden. Daß Comte jedenfalls nicht zu jener Sorte Positivisten gehört, für die außer dem Greifbar-Empirischen nichts existiert, zeigt folgende Stelle aus seinem Buch: »Seitdem die dauernde Unterordnung der Einbildungskraft unter die Beobachtung einhellig als die erste Grundbedingung jeder gesunden wissenschaftlichen Spekulation erkannt worden ist, hat eine falsche Auslegung oft dazu geführt jenes große logische Prinzip stark zu mißbrauchen, um die tatsächliche Wissenschaft entarten zu lassen zu einer Art unfruchtbarer Anhäufung zusammenhangloser Tatsachen, die kein anderes wesentliches Verdienst bieten könnte als das der Genauigkeit im einzelnen. Es ist also von Wichtigkeit es recht zu bemerken, daß der wahre Geist des Positivismus im Grunde nicht weniger von dem Empirismus wie dem Mystizismus entfernt ist.« Manche Ausführungen Comtes scheinen auf moderne Zustände gemünzt zu sein: »Allerdings hat das übermäßige Übergewicht, das jetzt den materiellen Interessen gewährt worden ist, allzu oft dazu geführt jene notwendige Verbindung derart aufzufassen, daß man die wissenschaftliche Zukunft in schwerwiegender Weise aufs Spiel setzt, indem man danach strebt die positiven Spekulationen auf die bloßen Forschungen einer unmittelbaren Nützlichkeit zu beschränken. Indessen, diese blinde Neigung geht nur aus einer falschen und beschränkten Art hervor die große Beziehung der theoretischen Wissenschaft zum praktischen Wissen aufzufassen, weil man nicht hinreichend tief die eine und die andere beurteilt hat.« Es finden sich in diesem Buch die ersten, wenn auch noch tastenden Versuche den Zusammenhang der philosophischen Forschung mit der wirtschaftlichen Entwicklung aufzuweisen. So äußert unser Denker die Ansicht, daß die positivistische Denkweise nur in einer industriellen Epoche ihr Wesen

vollkommen entfalten konnte, wohingegen das theologische Studium in dem Entwicklungsgang des menschlichen Geistes sich einer derartigen Denkweise wenig günstig erwies. Es soll aber nicht sowohl die, infolge der industriellen Tätigkeit mehr und mehr übernehmende Einstellung auf das Tatsächliche und Konkrete gewesen sein, die auch die philosophische Spekulation beeinflussen und in Mitleidenschaft ziehen mußte, als vielmehr der Umstand, daß der Industrialismus die Erforschung der natürlichen Gesetzmäßigkeit zur Voraussetzung habe, während das theologische Denken die Welt von willkürlichen und unberechenbaren Willensäußerungen in Abhängigkeit stelle. Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß das theologische Denken in seiner monotheistischen Gestalt sich die Welt keineswegs als ein wüstes Durcheinander von willkürlichen Akten vorstellt; sondern sie vielmehr von ewigen, unabänderlichen, allerdings göttlichen Gesetzen leiten läßt. Das offensichtlich Unrichtige in dieser Anschauung Comtes hängt bei ihm damit zusammen, daß er unter den Begriff der theologischen Phase in der Entwicklung des menschlichen Geistes eine ganze Reihe sich von einander radikal unterscheidender theologischer Konzeptionen wahllos zusammenfaßt. Im übrigen aber ist seine Charakterisierung des industriellen Geistes in dessen Beziehung zu der positivistischen Denkweise sehr zutreffend. Es ist sehr zu begrüßen, daß diese Abhandlung jetzt neu herausgegeben wurde. Die Übersetzung scheint sehr wortgetreu und äußerst korrekt zu sein, aber leider auf Kosten der Klarheit und Eindeutigkeit. Die an sich schlichten und klaren Gedankengänge des französischen Philosophen sind mitunter derartig wiedergegeben, daß man sich ziemlich abmühen muß, um den Sinn der Sätze herauszubekommen. Eine etwas freiere Übertragung entspräche meines Erachtens mehr dem hohen Ziel, das sich die Philosophische Bibliothek gesteckt hat.

× ×
Kurze Chronik Im Würzburger Lazarett starb der Leipziger Privatdozent für Philosophie Dr.

Wilhelm Metzger, der als Landsturmann im Feld erkrankte. Er war 37 Jahre alt. Seine Habilitationsschrift gab eine Untersuchung zur Sitten- und Rechtslehre Kants und Fichtes, dazu Prolegomena zu einer Theorie der Geschichte der sozialen Werke. × Der Be-

ginn der Veröffentlichung der großen Leibnizausgabe der europäischen Akademien mußte infolge des Krieges verschoben werden. Die Arbeit selber nimmt natürlich ihren Fortgang. In Göttingen, Wolfenbüttel und Wernigerode sind wertvolle Handschriftenergänzungen und Briefe aufgefunden worden. X Von den Schülern des verstorbenen Philosophen und Psychologen Anton Marty werden seine Schriften gesammelt und herausgegeben werden; aus dem Nachlaß kommen dann unter anderm noch Untersuchungen über Zeit und Raum dazu. X Zum Nachfolger Külpes auf dem Lehrstuhl für Philosophie an der Universität München ist Professor Dr. Erich Becher von der Universität Münster ernannt worden. Seine wichtigsten Arbeiten sind Naturphilosophie /1914/ und Weltgebäude, Weltgesetzte, Weltentwicklung /1915/; sie wollen eine Theorie der Naturwissenschaften vom Standpunkt eines kritischen Realismus geben, wobei auch die moderne mathematisch-physikalische Relativitätstheorie berücksichtigt wird. X Der Professor für Mathematik an der Universität Czernowitz (deren Betrieb jetzt vor dem Einrücken der Russen eingestellt wurde) Dr. Hans Hahn ist als Nachfolger J. Schurs nach Bonn berufen worden.

Sozialwissenschaften /Conrad Schmidt

Gesellschaftslehre Bereits in den achtziger und neunziger Jahren trat Paul Weisengrün mit einer Reihe kritisch gegen den Marxismus gerichteter Schriften hervor (Entwicklungsgesetze der Menschheit /1888/, Verschiedene Geschichtsauffassungen /1890/, Das Ende des Marxismus /1899/). Neuerdings hat er unter dem pompösen Titel Die Erlösung vom Individualismus und Sozialismus /München, Reinhardt/ einen dickleibigen Band erscheinen lassen, der sich in der Präntation ein System der Soziologie zu entwerfen und in der Ergebnislosigkeit seiner Bemühungen dem in dieser Rundschau (1914, 2. Band, pag. 1144 ff.) besprochenen Spannschen System der Gesellschaftslehre zur Seite stellt. Nur daß Weisengrün im Gegensatz zu Spann, der bei diesem Unternehmen an Betrachtungsweisen der deutschen idealistischen Philosophie anzuknüpfen sucht, einen positivistischen Standpunkt hervorkehrt und seine Auseinandersetzungen um die Darstel-

lung und Kritik dessen, was er die Marxsche Geschichtsauffassung nennt, herumgruppiert.

Die Marxsche Soziologie, wie sie im allgemeinsten Umriß in der berühmten Formulierung des Vorworts zur Kritik der politischen Ökonomie und in den Untersuchungen des Kapitals vorliegt, sei, so behauptet er, unhaltbar, doch immerhin System. Man habe wohl die unbewiesenen Voraussetzungen, die Lücken und Widersprüche darin nachweisen, indessen kein anderes System an deren Stelle setzen können. »Es fehlt der eine großzügige, . . . methodische Königsgedanke, der von den obersten soziologischen Grundsätzen bis zu den letzten rein politischen Konsequenzen geradeaus führt, die Verbindungsbrücke zwischen Soziologie und Wirtschaftspolitik fehlt. Der Mangel an Systematik ist die letzte Ursache jener großen sozialwissenschaftlichen Krisis, in der wir uns befinden. Die Sozialwissenschaft braucht eben ein System. Sie kann ohne soziologische Leitmotive für die Wirtschaftspolitik, ohne synthetische Brücke zwischen Wirtschaftspolitik und Praxis nicht auskommen.« Eine programmatische Erklärung, die, so hoch man immer den Wert systematischen Denkens im Rahmen soziologischer Forschung einschätzen mag, von allem andern abgesehen schon durch das unkritische Zusammenwerfen theoretischer und praktischer Gesichtspunkte in hohem Maß befremden muß. Soziologie, die Bau und Leben der sozialen Körper und typische Entwicklungsweisen dieses Baus und Lebens zum Gegenstand ihrer Forschung macht, will damit selbstverständlich faktisch kausalen Zusammenhängen und Bedingtheiten der gesellschaftlichen Struktur und Bewegung nachspüren. Also Aufschluß über Phänomene gewinnen, die, bis zu welchem Grad der Klarheit immer aufgehellt, zu der Frage, welche volkswirtschaftlichen und politischen Zielsetzungen bestimmte gesellschaftliche Klassen bei dem jeweils gegebenen Entwicklungsstand der Gesellschaft, ihrem Klasseninteresse gemäß, rationellerweise sich zu stellen haben würden, wenn überhaupt, so jedenfalls nur in höchst entfernter Beziehung stehen. Und ebenso bedarf es offenbar keiner weitschichtigen, die Vergangenheit umfassenden soziologischen Untersuchung, um die Richtlinien zu bestimmen, die unter den heute gegebenen sozialen Verhältnissen

und den in deren Rahmen mit einander ringenden Tendenzen eine dem »Gesamtinteresse der Gesellschaft«, das heißt dem Lebensinteresse der übergroßen Majorität ihrer Mitglieder dienende Volkswirtschaftspolitik zu verfolgen haben würde. Das Maß sozialer Einsicht, das hierzu erforderlich wäre, ist ganz gewiß nicht von dem Apparat soziologischer Systeme abhängig.

Ähnliche prinzipielle Unklarheiten, die jeder schärfern Formulierung der in einem System der Soziologie aufzuwerfenden Fragen (von der Beantwortung noch ganz zu schweigen) im Weg stehen, ziehen sich durch das ganze Buch. Die Gegner, wider die er mit großer Vehemenz zu Felde zieht, sind größtenteils von seiner eigenen Phantasie erschaffen. So spielt bei der im Titel verheißenen Erlösung vom Sozialismus die wunderliche Unterstellung eine Hauptrolle: daß der Sozialismus, insbesondere Marx, über der gesellschaftlichen Milieubedingtheit die Individualität der einzelnen Gesellschaftsglieder und die Bedeutung, die individuelle Anlagen für Tun und Handeln der einzelnen in der Gesellschaft und damit weiter für die gesellschaftliche Entwicklung selber haben, prinzipiell übersähe. Das sei »sozialistische Methodek«, die schließlich ihren letzten Ausdruck darin finde, daß Marx mit einem »Begriff der Gesellschaft« operiert, in dem alle näheren, konkreteren Bestimmungen (so vor allem, daß die vergesellschafteten Menschen in verschiedenen Staaten vergesellschaftet sind, daß diese wiederum eine unübersehbar vielgestaltige Menge artverschiedener Vereinigungen umfassen) ausgelöscht sind. An Stelle der wirklichen, so gegliederten Gesellschaften setze er unter dem Namen der Gesellschaft ein unbestimmtes metaphysisches Gebilde und leite dann aus einem solchen wesenlosen Popanz seine sozialen Gesetze ab. Bei so haarsträubend karikierender Verzerrung Marxschen Denkens (die anscheinend auf Leser, denen das Marxsche Kapital mit der Fülle seiner historischen Exkurse in die englisch-nationale Volkswirtschaftsgeschichte noch niemals zu Gesicht gekommen ist, rechnet) läßt sich in einem Scheinkampf dann ein leichter Sieg erringen, und schließlich wird dann die, weiß Gott, bescheidene Einsicht, daß die Gesellschaften Gruppen lebendiger, in ihrem Gruppensein zugleich ihre eigene Natur und individuelle Besonderheit betätigende

Menschen sind, als Befreiung von der sozialistischen Methode gefeiert. Damit soll dann auch bereits der Standpunkt eines neuen Systems der Soziologie gewonnen sein, das nach Überwindung der Marxschen Metaphysik durchgängig »anschauliche« und »metaphysikfreie« Erkenntnis der sozialen Entwicklung verheißt. Weisengrün denkt nicht daran von einer prinzipiellen Analyse der Momente auszugehen, durch die der gesellschaftliche Lebensprozeß in den verschiedenen Stämmen, später in den verschiedenen Staaten, in denen die Menschengattung existiert, notwendigerweise grundlegend charakterisiert ist, und dann weiter zu fragen: wie sich in den ganz einfachen Gebilden primitiver Stämme die Organisation geschlechtlicher Fortpflanzung und verwandtschaftlicher Beziehungen mit der wirtschaftlichen Organisation der Lebensunterhaltsgewinnung verschlingt; wie Hand in Hand damit ein primitives Recht entsteht; wie andererseits im feindlichen Zusammenstoß der Stämme Ansätze einer politischen kriegerischen Organisation heranwachsen, die zur Eroberung und auf erobertem Boden zur Ausbildung von Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnissen und zur Gründung ganzer Staaten führen. Und noch viel weniger untersucht er, wie diese Klassenschichtung bei fortschreitender Entwicklung der Warenproduktion und Geldwirtschaft neue, von den durch die politische Gewalt geschaffenen Eigentumsverhältnissen sich loslösende, Tendenzen erhält, die ihrerseits auf die weitere politische und Rechtsentwicklung zurückwirken. Er begnügt sich einfach damit durch einen allgemeinen Machtanspruch die Existenz von 4 »gleichwertigen Sphären des sozialen Lebens« zu dekretieren, deren Gleichwertigkeit dadurch bezeugt wird, daß der Verfasser gleicherweise jede nähere Erforschung ihres gegenseitigen Zusammenhangs sich erspart. Er nennt sie einfach: die ökonomische, die staatlich-nationale, die geschlechtliche und die individualistisch-kulturelle Sphäre und versichert, daß mit der Aufstellung dieser 4 Leitpunkte eine »anschauliche« richtunggebende Methode zur Verfolgung der verschiedenen sozialen Entwicklungsreihen gefunden sei. Als ob nicht Engels, Marx' berufenster Interpret, schon lange in seinem Schriftchen über den Ursprung der Familie im Anschluß an Morgan auf die Bedeutung der geschlechtlich-verwandtschaftlichen

Organisation für das Verständnis der primären Stammesorganisationen und hier wie anderswo mit allem Nachdruck auf den Komplex verschiedenartiger, samt und sonders eine gewisse relative Eigenbewegung zeigender sozialer Sphären selber hingewiesen hätte. Gewiß, sofern Engels in den bekannten, oft zitierten Briefstellen, die in solchem Sinn die materialistische Geschichtsauffassung erläutern, jenem Hinweis die Behauptung hinzufügt, »in letzter Instanz« hingen alle diese Eigenbewegungen doch wieder von der ökonomischen ab, fällt er damit wieder in einen dogmatischen Monismus der Geschichtserklärung zurück. Die simple Reflexion, daß jeder Vorgang der Natur- und Menschenwelt letztlich an das Zusammenreffen einer unübersehbar weiten Reihe artverschiedener Bedingungen geknüpft ist, reicht bereits hin die These, daß nur die Ökonomie das die sozialen Bedingungen in letzter Instanz allgemein bedingende Moment sei, in ihrer Übertreibung zu erkennen. Es lohnt sich nicht darüber noch viele Worte zu verlieren. Wer Geschmack daran findet sich an derartige offenkundige Dogmatismen zu klammern und diese für das Wesen der materialistischen Geschichtsauffassung zu erklären, um in der Widerlegung dann zu triumphieren, den braucht man bei solchem Treiben nicht zu stören. Verständige Marxleser werden in jenen allzu weit getriebenen und beweislosen Generalisationen nichts anderes als psychologische Begleitreflexe sehen, die ein wirklich Neues und Großes, einen alles Frühere gewaltig überflügelnden Einblick in verborgene reale Zusammenhänge des sozialen Lebens zufällig umspielen.

Die prinzipielle Hervorkehrung der ökonomischen Sphäre, die in Wahrheit das die materialistische Geschichtsauffassung kennzeichnende Moment ist, läßt sich von der dogmatischen Zutat, daß sie das eine im sozialen Leben letztlich bestimmende und bedingende Moment sei, ohne weiteres abschälen. Wie es ja schon jene gleichfalls oft zitierte Wendung Engels andeutet, in der er die materialistische Geschichtsauffassung eine »heuristische Methode« nennt. Was, näher zergliedert, offenbar nichts anderes heißen kann, als daß diese Geschichtsauffassung, ohne sich im voraus ein Wissen anzumaßen, daß und wie die Bewegung in den anderen Sphären durch die ökonomische Bewegung bestimmt und bedingt sei, die Forderung

aufstellt: es solle, wo die Vermutung für ein solches Bedingen und Bestimmen des ökonomischen oder vice versa für ein Beeinflußtsein der ökonomischen Bewegung durch die Bewegung anderer Sphären vorliegt, dieser Art von Zusammenhängen in systematischer Untersuchung nachgegangen und so von dieser Seite her die ökonomische Entwicklung und das Spiel durchgängiger Wechselwirkung besonders beleuchtet werden. Ein spezieller, aber außerordentlich weittragender Gesichtspunkt, der, ohne die bisherige Art der Geschichts- und Kulturgeschichtsbeschreibung entthronen zu wollen (das wäre chimärisch), sich ihr vielmehr als eine neue Aufgaben erschließende Problemstellung angliedert. Welche Fülle von Einblicken in die Wechselbeziehungen der von der gewöhnlichen Geschichtsbeschreibung sonst ganz zusammenhanglos nebeneinandergestellten Tatsachen von einer solchen Untersuchung zu erwarten ist (namentlich für die geschichtliche Entwicklung des modernen Kapitalismus selber), darauf bietet sich in dem berühmten Abschnitt von der ursprünglichen Akkumulation am Schluß des 1. Bandes des Kapitals ein glänzender Ausblick. Erst unter dem einheitlichen Gesichtspunkt einer solchen Betrachtung kommt da Einheit und Zusammenhang in das anscheinend ganz Beziehungslose, sieht man das Treiben der an dem Werk der sozialen Strukturveränderung wirkenden Kräfte im innern Zusammenhang. Und für dieses Große, dieses Vorwärtsweisende sollte man, wenn es nach Weisengrünge, jene nach Austreibung jedes lebendigen Geistes zurückbleibende unfruchtbare Hülle der 4 mit dem begriffslosen Etikett der »Gleichwertigkeit« versehenen sozialen Sphären eintauschen! Wie er mit Hilfe dieser neuen Entdeckung nun eigentlich sein neues »immanentes soziologisches System« erschaffen will, und wie diese angebliche Basis mit der Prognose sozialer Zukunftsentwicklung, die er am Ende aufstellt, eigentlich zusammenhängt, bleibt einigermaßen geheimnisvoll.

×
Staatsbürgerkunde

Daß die deutschen Schu-
len ihrer selbstverständlichen Verpflichtung für das Verständnis der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten wenigstens ein gewisses Mindestmaß von Kenntnissen den Schülern zu vermitteln früher in keiner Weise gerecht geworden, und daß eine

Abhilfe in diesem Punkt zu den dringendsten Forderungen der Schulreform gehört, darüber dürfte bei der entscheidenden Bedeutung, die einer fortschreitenden Politisierung des deutschen Volkes für jede weitere Entwicklung zukommt, in allen nicht direkt reaktionären Kreisen nur eine Meinung herrschen. Jenes Manko besteht nicht nur für die Volksschule sondern auch für die höheren, den Unterricht bis in ein späteres Jugendalter ausdehnenden Anstalten, die natürlich dementsprechend ihre Ziele auch in dieser Hinsicht weiter stecken könnten. Auch die Regierung hat sich jenen Forderungen nicht verschließen können. Der neueste Ministerialerlaß über den geschichtlichen Unterricht an den höheren Schulen (siehe die Rundschau Geistige Bewegung, 1915, 3. Band, pag. 1373 ff.) verlangt dessen Vertiefung zum Zweck des Verständnisses der Gegenwart, ja er stellt die Forderung auf, daß den Abiturienten bei der Reifeprüfung Gelegenheit gegeben werde »zu zeigen, ob sie sich mit der vergleichenden Geschichtsbetrachtung vertraut gemacht haben, und ob sie in stande sind den innern Zusammenhang größerer Zeitabschnitte zu erkennen«. Es liegt bereits von Schenk-Koch ein auf die planmäßige Behandlung der Verfassungs-, der staatswissenschaftlichen und allgemein kulturellen Fragen näher eingehendes Geschichtslehrbuch vor. Der Oberlehrer am Berliner Friedrichsrealgymnasium Dr. Hans Kania hat in Ergänzung dessen und unter Verweisung auf die bisher vorliegenden Hefte der Quellensammlung für den geschichtlichen Unterricht ein Büchlein Staatsbürgerkunde in vergleichenden Übersichten über die Entwicklung der Grundlagen und Aufgaben des Staates herausgegeben /Leipzig, Teubner/, das die Hauptmomente auf weniger als 80 Seiten, vornehmlich wohl für Lehrer, zusammendrängt, aber auch zu eigener nachträglicher Orientierung der von der Schule in das Leben Tretenden einen guten Leitfaden bietet. Der Inhalt gliedert sich in 9 Hauptabschnitte: Staatsverfassung, Staatsverwaltung, Selbstverwaltung, Heer und Flotte, Rechtswesen, Kirche und Staat und Unterrichtswesen, Wirtschaftsleben und Finanzen, Sozialpolitik, Kolonien und das Deutschum im Auslande, die nach summarisch-kurzem Rückblick die die betreffenden Zustände und Einrichtungen im heutigen Deutschland grundlegend charakterisierenden Haupt-

merkmale vorführen. Wohltuend berührt die konsequent festgehaltene Ausschaltung aller parteipolitischen Tendenzen. Einzelne Ausstellungen (zum Beispiel gegen die in dem Abschnitt über Wirtschaftsstudium gewählte, ganz veraltete Bezeichnung der heutigen Ökonomie als Kreditwirtschaft, wobei das Entscheidende: der kapitalistische Charakter der Warenproduktion, gar nicht zum Ausdruck kommt) fallen bei der Fülle und Klarheit des Instruktiven nicht ins Gewicht.

× Kurze Chronik Von Mitgliedern des Forschungsinstituts für Osten und Orient in Wien werden während des Sommersemesters alle 14 Tage Vorträge gehalten. Nach dem Einleitungsreferat Dr. Erich Pistors wurde die Serie von Professor Dr. Hans Ueberberger eröffnet, der über die russische Duma und ihre Parteien sprach. Professor Dr. Rudolf Geyer behandelte die Zukunftsfrage des Islams. Die gesamte Einrichtung wie die einzelnen Vortragsgegenstände beanspruchen jedenfalls ein allgemeineres Interesse. × Professor Dr. Karl Bücher wurde vom Bundesrat zum Mitglied des Beirats für Auswanderungswesen für den Zeitraum von 1916 bis 1918 gewählt. × An der Handelshochschule Berlin hat sich jetzt als erster Privatdozent Dr. Eugen Kaufmann habilitiert. Seine Habilitationsschrift behandelt das französische Bankwesen. Seine Doktordissertation hatte die Entwicklung der französischen Volkswirtschaft in den letzten Jahrzehnten zum Gegenstand.

KUNST

Musik / Erich Falkmann

d' Albert Bei einer Oper ist der Text der halbe Erfolg und die beste Vorbedingung für eine gute Musik. Eugen d'Albert hatte in Tiefland einen unbekümmerten packenden Stoff gefunden, der seiner Begabung für starke Effekte, für lebendige dramatische Bewegung entgegenkam. Nun hat ihm der aller fremden Kulturen kundige Hanns Heinz Ewers ein durch und durch lyrisches Buch mit neutestamentlichem Gedankeninhalt geschrieben, ein Buch, das ganz in das helle Sonnenlicht des Orients getaucht ist. Eine Weltanschauung der Milde, Güte und Schönheit lebt in dem Stück, alle Handlungen werden ethisch gewer-

tet. Myrtole, die schönheitsdurstige, ihren Gatten schwärmerisch liebende blind geborene Griechin, gewinnt durch ein von Christus selbst vollbrachtes Wunder die Sehkraft. Sie opfert sie am selben Tag wieder, als sie sieht, daß ihr Mann mißgestaltet ist, um wie bisher, blind in ungetrübtem Glück mit ihm zu leben. Voll schöner und edler Erfindung, abgeklärt und verinnerlicht, wie in keiner seiner bisherigen Opern, umkleidet d'Alberts Musik die Handlung. Ganz aus dem lyrischen Element geboren, liegt im Ausdruck des Seelischen ihre schöpferische Stärke, in dem gesanglichen Melodiestrom der Liebeszene, in der musikalischen Ausdeutung des dichterischen und symbolischen Gedankengehalts. Das orientalische Kolorit, der legendäre Ton sind mit harmonisch und instrumentell interessanten Mitteln geschildert. Weniger gelungen sind einige äußerliche Episoden. Ernst und wehevoll klingt das Stück in einem symphonischen Nachspiel mit dem Christusthema aus.

× **Kriegslieder** Eine Reihe neuer Kriegs- und Soldatenlieder veröffentlicht der Verlag von Breitkopf & Härtel. Joh. Valentin Andreäs Kompositionen sind volkstümliche Strophenlieder teils ersten teils heitern Charakters, voller Freude am unbefangenen Musizieren und am festgefügtten Rhythmus, auf Texte von Löns und de Nora. Als Marsch wie als Vortragslied besonders geeignet ist Der Dragoner, frisch und lebendig, leicht zu singen und zu behalten. Die getragene Melodie in Auf Feldwache trifft mit ihrer archaisierenden Harmonik und dem zwischen Dur und Moll schwebenden Schluß gut den halb traurigen, halb leichten Volksliedton. Komplizierter in Aufbau und Harmonik, düsterer, differenzierter und unruhiger in der Stimmung sind zwei Lieder von Karl Bleyle auf Gedichte von Leo Sternberg. Wuchtig, voll Erdschwere, mit dramatischer Steigerung ist das eine (Das Vaterland); in dem andern (Die Mütter, die längst in der Erde ruhn) wechselt eine scharfgezeichnete dunkel melancholische Anfangsstimmung mit hell strahlenden Melodieteilen der österreichischen Nationalhymne. Sehr bemerkenswert sind die Kriegslieder im Volkston von Sigfrid Karg-Elert. Die begeisterte Grundstimmung der Dehmelschen Texte ist in eine eigenartige erfindungsreiche Musik von gro-

ßer Intensität der Wirkung umgesetzt. Die Vorliebe für das nicht Alltägliche im Harmonischen beeinträchtigt gelegentlich die Ursprünglichkeit. Die Begleitung geht häufig ihre eigenen Wege.

× **Jüdisch-orientalische Gesänge** Die Tonsysteme der asiatischen Kulturvölker haben bisher noch wenig wissenschaftliche Beachtung gefunden, und erst die neueren Fortschritte in der Tonphysiologie und Tonpsychologie haben uns dem Verständnis und der akustischen Festlegung exotischer Tonreihen näher gebracht und die Musikforscher zum Studium dieses wenig begangenen Gebietes veranlaßt. So hat sich A. Z. Idelsohn der mühevollen Aufgabe unterzogen die traditionellen Gesänge der orientalischen Juden zu sammeln, die nicht nur musikwissenschaftlich sondern auch für die Geschichte des aus ihnen abgeleiteten Synagogengesangs und des römischen Kirchengesangs von Bedeutung sind, und deren antiker Charakter sich bis jetzt erhalten hat. Idelsohn teilt seinen umfangreichen Stoff nach geographischen Gesichtspunkten, gemäß den Unterschieden in Kultur und Eigenart der verschiedenen Gemeinden, in 6 Abteilungen, deren 1., bisher veröffentlichte den Gesang der südarabischen, im Jemen wohnenden Juden behandelt (Hebräisch - orientalischer Melodien-schatz, 1. Band: Gesänge der jemenischen Juden-/Leipzig, Breitkopf & Härtel/). Allein schon dieser Band gibt einen Begriff von dem ungeheuren Sammelleiß des Verfassers, der in jahrelanger Arbeit und Forschung im Orient an Ort und Stelle die Weisen der Vorbeter der jemenischen Gemeinden aufgeschrieben und auf phonographischen Platten aufgenommen hat. Besondere Sorgfalt galt der Aussprache des Textes, der in genauer Transkription der jemenischen Aussprache den Gesängen unterlegt ist. Der textliche Teil behandelt die Dichtung der in synagogale und außersynagogale Gesänge eingeteilten Weisen, enthält die Resultate der Messungen der Tonstufen und kommentiert die Motive der Melodien.

× **Berliner Singakademie** Auf ein 125jähriges Bestehen konnte am 24. Mai die Berliner Singakademie zurückblicken. Die Bedeutung dieser ältesten und zugleich ersten Berliner Chororganisation besteht darin, daß der deutsche Chorgesang, der zu so hoher Kultur emporgeblüht ist, von hier sei-

nen Ausgang genommen hat, daß hier überhaupt die Wurzel des ganzen heutigen Konzertlebens liegt. Ihre Gründung fällt in eine Zeit, in der die Oper das musikalische Interesse fast vollständig in Anspruch nahm. Karl Friedrich Fasch wurde 1791 Begründer einer Chorgesellschaft, die aus der Zusammenkunft von 11 seiner talentvollsten Schüler hervorging, und die zunächst in Privathäusern ihre Übungen abhielt und 1792 mit ihrem Einzug in die Akademie der Künste den Namen Singakademie annahm. Unter der Führung Faschs, eines bescheidenen, nur auf Vermittlung der höchsten musikalischen Geisteskräfte bedachten Mannes (ließ er doch an seinem Todestag durch Zelter seine sämtlichen Kompositionen verbrennen), konnte der junge Verein bald seine Ziele höher stecken. 1794 wagte er sich an Bachs Kantaten. Im selben Jahr gab er zum erstenmal einem kleineren Teil des Berliner Publikums Gelegenheit sich in einer Aufführung mit Orchester von seinen Fortschritten in der Kultur des Gesangs zu überzeugen. 1796 erschien Beethoven in der Singakademie und rührte durch sein Spiel die atemlos lauschenden Berliner bis zu Tränen. Unter Faschs Nachfolgern: Zelter, Rungenhagen, Grell und Blumner, wurde die Tradition sorgsamer, ernster Pflege des Chorgesangs fortgesetzt, und die Singakademie stand immer an der Spitze aller Gesangsvereine, die seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts in Fülle entstehen. Zelter begründete eine Orchesterschule und erschloß dem Chor damit in größtem Maßstab das Gebiet des begleiteten Chorgesangs. Die bedeutendste Leistung auf diesem Feld war die denkwürdige, von dem jungen Felix Mendelssohn geleitete Aufführung der Matthäuspassion /1829/, die dies Werk nach mehr als 100jährigem Ruhen zu neuem Leben erweckte und das Geburtsdatum der Bachbewegung wurde. 1827 wurde das neue, noch jetzt bestehende Gebäude im Kastanienwäldchen eingeweiht, das in der Folge das musikalische Zentrum Berlins wurde, der Konzertsaal, in dem alle wichtigen Chor- und Orchesterkonzerte stattfanden und in dem Künstler wie Bülow und Liszt ihre Triumphe feierten. Der jetzige Leiter der Singakademie, Georg Schumann, verbindet mit der Pietät, die in erster sachlicher Pflege der klassischen Musik ihre Hauptaufgabe findet, Verständnis für zeitgenössisches Musikempfinden. Er sucht Fühlung mit der

Kunst der Gegenwart und öffnet der modernen Musik die Pforten der Singakademie, ohne der subjektiven Interpretation, die in Siegfried Ochs ihren Hauptvertreter hat, zu viel Raum zu gönnen. Mustergültig sind seine Aufführungen Bachscher Werke, besonders der Matthäuspassion, deren 100. Aufführung er 1914 dirigieren konnte.

Die Singakademie beging ihr Jubiläum mit einer 2tägigen Feier. Das Programm des ersten Abends brachte eine Übersicht über die Chorkomposition von Johann Sebastian Bach und Johann Christoph Bach bis Brahms, der zweite Georg Schumanns Oratorium Ruth. Der Chor bewies an beiden Abenden, über welche Stimmkultur er verfüge, welchen beseelten Ausdrucks und welcher Hingabe er fähig sei. In einer Ansprache wies Schumann auf die Bedeutung der Singakademie für die Musikgeschichte Berlins hin und stellte als wichtigsten Programmpunkt die tatkräftige Förderung moderner Musik auf.

×

Kurze Chronik Der angesehene amerikanische Komponist und Pianist Dr. William L. Blumenschein ist im Alter von 67 Jahren gestorben. Er hat im Leipziger Konservatorium bei Richter, Reinicke und David studiert und war viele Jahre hindurch Dirigent der New Yorker Philharmonic Society. × In Wiesbaden starb am 12. Mai die Musikpädagogin Anna Morsch, 74 Jahre alt. Sie war Vorsitzende des Vereins der Musiklehrerinnen und Vorstandsmitglied des Musikpädagogischen Verbandes und redigierte den Berliner Klavierlehrer (der seit kurzem die Bezeichnung Musikpädagogische Blätter trägt); auch hat sie unter anderm eine Schrift Deutschlands Tonkünstlerinnen verfaßt und eine Auswahl von Theodor Kirchners Klavierwerken besorgt. × Zum Gedächtnis Max Regers fand am 18. Juni in der Berliner Singakademie ein Konzert mit Regerschen Kompositionen aus älterer und neuerer Zeit statt, dessen interessantester Teil in der erstmaligen Berliner Aufführung des wundervoll ausgereiften Klavierquartetts Opus 133 bestand. Die Gedenkrede hielt Georg Stern, dessen Aufsatz über Reger (in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 551 ff.) die Leser kennen; sie brachte in ernster Sachlichkeit das Wesentliche dieses ganz Großen dem Hörer nahe. Ausschließlich Regersche Werke trug auch Professor Egidi in einem Orgelkonzert

vor, wo besonders die Choralvorspiele Opus 67 gewaltige, ausdrucksvolle Wiedergabe fanden. Mit der Herausgabe eines thematischen Verzeichnisses des gesamten Regerschen Lebenswerkes, das auch die ungedruckten Jugendkompositionen umfaßt, ist Professor Dr. Fritz Stein, der langjährige Freund des Verstorbenen, betraut worden. × Eine Festvorstellung des Weimarer Hoftheaters bei Gelegenheit der Tagung der Goethesellschaft brachte eine Aufführung des alten Duodramas Ariadne auf Naxos von Brandes mit der Musik von Benda, eines Melodramas, das 1775 erschien, und dem damals ein großer Erfolg beschieden war. Besonders Mozart war sehr begeistert davon. × Der noch unveröffentlichte handschriftliche Nachlaß Joachim Raffs ist von seiner Tochter, der Schriftstellerin Helene Raff, der Musikabteilung der Berliner Königlichen Bibliothek zum Geschenk gemacht worden. Darunter befinden sich die Partituren einiger musikalisch wertvollen Opern, wie König Alfred, Die Eifersüchtigen, Benedetto Marcello, deren Dichtung zum Teil von Raff selber stammt. × Der Berliner Volksschor kann in seinem 12. Jahresbericht die erfreuliche Tatsache mitteilen, daß trotz allen wirtschaftlichen Beeinträchtigungen, trotz dem Zusammenschmelzen der männlichen Mitglieder durch Einberufung auf ein Sechstel, der Chor auch im 2. Kriegswinter seine regelmäßigen Proben und seinen Konzertbetrieb uneingeschränkt aufrechterhalten konnte. Daß alle Konzerte fast völlig ausverkauft waren, ist ein schönes Zeichen für das geistige Bedürfnis des Berliner Arbeiters. × Die Geraer Hofkapelle gastierte unter ihrem Dirigenten Laber in Sofia und Konstantinopel in mehreren Symphoniekonzerten mit klassischem deutschen Programm. Die Veranstaltungen hatten außerordentlichen Erfolg. Sie nahmen den Charakter einer großen Kundgebung der Freundschaft zwischen den Nationen an. × Eine Berufsvereinigung für Lehrer der deutschen Gesangs- und Opernkunst ist ins Leben getreten; zu ihrem Vorsitzenden wurde Kapellmeister Eduard Moerike gewählt. × Über die physikalischen Grundlagen der musikalischen Reproduktionsapparate hielt der Direktor des Physikalischen Instituts in Breslau Professor Dr. Lummer einen Vortrag. Er führte dabei einen neuen Apparat zur Übertragung von Tönen und

Klängen, Plantor, vor, der die Reproduktionsapparate, an denen er angebracht ist, in eine Aufnahme- und Wiedergabemaschine umwandelt. Die Platten waren sehr scharf und genau.

× Literatur In einer Studie über Gustav Mahler /Wien, Universaledition/ versucht Guido Adler uns das Bild dieses auch heute noch vielumstrittenen Komponisten nahezubringen. Seine Eigenart, die Beziehungen zwischen dem Persönlichen und dem Künstlerischen zu beleuchten war das Ziel seiner Darstellung, die auf reichen Kenntnissen aus intimer persönlicher Bekanntheit beruht. Er vermeidet Werturteile, analysiert nicht; er läßt vielmehr den Charakter Mahlers vor unserm Blick entstehen, indem er die Faktoren, die auf seine psychische und geistige Entwicklung Einfluß hatten, anführt, alle Unannehmlichkeiten und Hemmungen, mit denen er zu kämpfen hatte, schildert. Lauter kleine Einzelzüge über den Menschen und den Musiker folgen sich kaleidoskopartig und fügen sich zu einem einheitlichen Bild synthetisch zusammen. Die Schrift regt zur Beschäftigung mit der großen Biographie von Richard Specht oder am besten mit seinen Werken an.

KULTUR

Kolonisation / Ludwig Quessel

Deutsche Kolonialzukunft Aus dem dichten Nebel der Erörterungen über unsere Zukunft nach dem Krieg hebt sich als festes Gebilde immer klarer die Überzeugung hervor, daß es eine wirtschaftliche Notwendigkeit für uns ist beim Friedensschluß dem Deutschen Reich ein seinen früheren Kolonialbesitzungen wenigstens entsprechendes Kolonialreich zu sichern. In einer vom Aktionsausschuß der Deutschen Kolonialgesellschaft veranstalteten Kundgebung aller Parteien des Reichstags, die am 7. Juni in der Philharmonie zu Berlin stattfand, fand diese Überzeugung einen tiefen und lebhaften Ausdruck. Für die deutsche Sozialdemokratie sprach in diesem Sinn der Abgeordnete Dr. Lensch. Wenn es auch richtig ist, daß Genosse Lensch ohne Auftrag der Reichstagsfraktion und des Parteivorstands sprach, so ist es doch grundfalsch zu sagen, daß er nur für seine Person gesprochen hätte; man kann vielmehr auf Grund der Erfah-

rungen dieses Krieges mit Sicherheit sagen, daß die große Mehrheit der sozialdemokratischen Wähler hinter ihm steht.

Sowenig Genosse Lensch nur für seine Person gesprochen, ebenso wenig hat Genosse Carl Severing nur für seine Person geschrieben, als er dem Aktionsausschuß der Deutschen Kolonialgesellschaft die Genehmigung erteilte seinen in den Sozialistischen Monatsheften (1916, 1. Band, pag. 137 ff.) veröffentlichten Aufsatz über Rohstoffversorgung und Kolonialwirtschaft im 1. Heft der Kolonialen Zeitfragen /Berlin, D. Reimer/ abzdrukken. Wie in jener Versammlung in der Philharmonie, so erheben in dieser Propagandaschrift Anhänger der verschiedensten politischen Richtungen ihre Stimme für die koloniale Zukunft Deutschlands. Genosse Severing legt in seinem Aufsatz die große volkswirtschaftliche Bedeutung der kolonialen Eigenproduktion dar, die zu fördern im ureigenen Interesse aller organisierten Arbeiter liegt. Wer kann aufstehen und sagen, daß Severing mit dieser Auffassung in den Gewerkschaften allein steht? Als Beweis dafür, daß die deutsche Sozialdemokratie die koloniale Arbeit als eine ökonomische Notwendigkeit für das Proletariat erkannt hat, kann sich Severing auf die Tatsache berufen, daß die sozialdemokratische Fraktion vor dem Krieg sowohl die Mittel zur Förderung der Baumwollkultur in unseren Kolonien wie auch eine halbe Million Mark zur Erforschung und Erschließung der Petroleumgebiete in Deutsch Neuguinea bewilligt hat. Es ist weiter auch kein Geheimnis, daß, wenn unsere Reichstagsfraktion in den letzten Friedensjahren den kolonialen Problemen mehr Verständnis entgegenbrachte, dies wesentlich auf den Einfluß unserer Gewerkschaftsführer zurückzuführen ist, die sich auf Grund ihrer praktischen Erfahrung der Einsicht von der Notwendigkeit eigener kolonialer Betätigung gar nicht mehr verschließen konnten (siehe auch die Artikel der Gewerkschafter Winnig und Jansson, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 1. Band, pag. 219 ff., und in diesem Band, pag. 629 ff.).

Neben Severings Aufsatz über Rohstoffversorgung und Kolonialwirtschaft, der die gewerkschaftlichen Gesichtspunkte bei der Kolonialpolitik hervorhebt, verdienen auch die übrigen Arbeiten der Kolonialen Zeitfragen ernste Beachtung.

M. von Hagen (Der koloniale Gedanke in Deutschland) schildert das Erwachen dieses Gedankens in der Zeit der deutschen Revolution und feiert Bismarck, der zwar den Kolonialgedanken nicht entdeckt, aber das eigentlich »Entscheidende und Große« geleistet habe, indem er ihn in rechter Weise und zur richtigen Zeit aufgriff, meisterte und durchsetzte. Die weltgeschichtliche Seite des Kolonialproblems beleuchtet Professor Hans Delbrück, indem er hervorhebt, daß England im Besitz eines Reiches von Kairo bis Calcutta zu einer Machtsteigerung gelangen würde, die den anderen Staaten eine selbständige Politik nicht mehr übrigließe. Denjenigen, die aus dem Umstand, daß England in diesem Krieg 2 Millionen Quadratkilometer deutschen Kolonialbodens in die Hand bekommen hat, voreilig zu folgern versuchen, daß es für Deutschland wohl am besten sei alle Kolonisation den Angelsachsen zu überlassen, tritt in temperamentvoller Weise Dr. Oskar Karstedt entgegen, indem er zeigt, daß die Überlassung der deutschen Kolonien an England auf die Preisgabe des Kampfes um die Freiheit der Meere hinauslaufen würde: »Wohin auch immer England seine Hand legte, ob auf Südafrika oder Indien, die Falklandinseln oder Canada, da schuf es ein Stück England, das zum Bollwerk seiner Macht da wurde, wo des Heimatlandes Wirkungen durch die Entfernungen beeinträchtigt wurden. Die Freiheit der Meere ist eben deshalb nicht alleine nur in der Nordsee sondern allenthalben zu erringen, wo eine englische Machtbasis England die Mittel an die Hand gibt seine Fühler weithin auszustrecken. England zum Beispiel ganz Ostafrika überlassen, hieße die Freiheit der Meere für den Bereich des ganzen Indischen Ozeans illusorisch, aus ihm ein mare clausum anglicum machen. Und ähnlich auf der atlantischen Seite Afrikas. Der Rückzug Deutschlands . . . hieße England als Herrn der Welt anerkennen.« Die deutsche Kolonialpolitik als Kulturproblem behandelt Dr. Josef Froberger. Deutschland müsse England gegenüber seinen Rang als Kolonialmacht mit aller Entschiedenheit behaupten und verstärken, und zwar nicht nur in seinem eigenen Interesse sondern noch weit mehr im Interesse der Menschheit und ihrer kulturellen Entwicklung, während die britische Weltmachtpolitik das größte Friedenshindernis sei.

Was man im einzelnen auch immer gegen die vorstehend charakterisierten Gedankengänge der in den Kolonialen Zeitfragen vereinigten Aufsätze vom sozialdemokratischen Standpunkt aus wird einwenden können, ihrem Grundgedanken, daß wir auf ein unserer Bevölkerungszahl einigermaßen entsprechendes Kolonialreich nicht mehr verzichten können, ohne die Zukunft unseres Volkes in Frage zu stellen, wird jeder einsichtige Sozialdemokrat zustimmen müssen.

× ×
 Deutsche Kolonialwirtschaftliche Komitee veröffentlichte in seinem Verhandlungsbericht vom 1. April 1916 Berichte über die wirtschaftliche Lage in unseren Kolonien.

Wir erfahren da, daß in Deutsch Ostafrika im ersten Kriegsjahr in den Pflanzungsbetrieben noch geerntet werden konnte, jetzt aber das Ernten eingestellt werden mußte, weil die zum Ernten erforderlichen Materialien, wie Maschinenöl, Maschinenersatzteile, Koagulationsmittel für Kautschukgewinnung, die von hier nach drüben gesandt werden müssen, aufgebraucht worden sind. Der Bericht spricht die Hoffnung aus, daß die von Norden und Süden bedrohte Kolonie bis zum Ende des Krieges wird durchhalten können. In Deutsch Südwestafrika sind nach Beendigung des Feldzugs Bergbaubetrieb wie Diamantenförderung wieder aufgenommen worden. Die Verschiffung von Kupfererzen soll zugelassen worden sein. Dagegen werden die geförderten Diamanten von der Unionsregierung bis zum Friedensschluß in Verwahrung genommen. Die Staats- und Privatbahnen des Schutzgebiets werden von der Unionsregierung verwaltet und betrieben; alle früheren Angestellten sollen entlassen worden sein. Durch verschiedene Bahnbauten ist das südwestafrikanische Bahnnetz mit den Eisenbahnen der südafrikanischen Union verbunden worden, was darauf hindeutet, daß die britische Kolonialrepublik in Südafrika die Annexion unseres Schutzgebiets schon als vollendete Tatsache anzusehen scheint. Was Kamerun betrifft, so sind hier die Engländer vom Beginn der Besetzung an in rücksichtsloser Form gegen das private Eigentum und das private Erwerbsleben vorgegangen. Die einzelnen Etappen der Besetzung des Landes sind durch die Wegführung der deutschen Privat-

personen in englische Kriegsgefangenschaft gekennzeichnet. Unter diesen Umständen hörte das Erwerbsleben in Kamerun fast ganz auf. In letzter Zeit scheinen die Engländer Versuche gemacht zu haben das wirtschaftliche Leben wiederzuerwecken. Wie und in welchem Umfang dies geschehen, ist jedoch unbekannt. In Togo haben sich Engländer und Franzosen in die Verwaltung der Kolonie in der Weise geteilt, daß die Engländer den westlichen, kleinern, aber wirtschaftlich wichtigerem Teil in Verwaltung nahmen, die Franzosen dagegen die nördlichen und östlichen Teile der Kolonie besetzten, die wirtschaftlich bei weitem nicht an die Bedeutung des von den Engländern besetzten Gebiets heranreichen. In dem von den Engländern besetzten Teil von Togo durfte eine Anzahl Deutscher ihr Gewerbe fortsetzen. Handel und Pflanzungen gingen also, wenn auch in wesentlich beschränktem Umfang, weiter. Dies geschah wohl deshalb, weil eine vollständige Lahmlegung jedes Handelsbetriebs Unruhen unter den Eingeborenen hätte herbeiführen können. Aus diesem Grund sahen sich auch die Franzosen genötigt die in ihrem Gebiet verfügte Schließung aller deutschen Handelsunternehmungen wieder aufzuheben und den Fortbetrieb, wenn auch unter schwarzer Leitung, zu gestatten. Was unsere Südpazifikbesitzungen anlangt, so ist hier zu beachten, daß von dem ganzen Gebiet, das etwa der Größe des Deutschen Reichs östlich der Elbe entspricht (245 000 Quadratkilometer) nur ein winziger Bruchteil (2500 Quadratkilometer) von den Japanern besetzt ist. Es sind dies die kleinen weit zerstreuten pazifischen Inselgruppen der Marianen-, Palau-, Karolinen- und Marschallinseln. Deutsch Neuguinea und die Inseln des Bismarckarchipels, ein Gebiet fast 4mal so groß wie das Königreich Bayern, sind die Beute der Australier geworden. Dazu kommen dann noch die von den Neuseeländern okkupierten deutschen Salomoninseln (Upolu und Sawai), die zusammen etwa so groß wie Elsaß-Lothringen sind. Die Nachricht, daß die Japaner das von ihnen besetzte Inselgebiet wegen seines geringfügigen Wertes und der hohen Kosten der Verwaltung an die australische Regierung freiwillig abgetreten hätten, hat sich nicht bestätigt. Wenn auch die wirtschaftliche Betätigung der deutschen Ansiedler auf den von Japan besetzten Inselgruppen fast vollständig

durch den Kriegszustand lahmgelegt wurde, so muß doch hervorgehoben werden, daß sie es im übrigen bei den Japanern nicht schlecht haben. Ausdrücklich wird mitgeteilt, daß die deutschen Missionare von den Japanern »gut behandelt« wurden, desgleichen die Eingeborenen, »von denen sogar eine Anzahl Häuptlinge zum Besuch nach Japan eingeladen und dort großartig gefeiert wurden«. Im Gegensatz zu den Japanern haben sich die Kolonialbriten auf Deutsch Neuguinea und den benachbarten Inseln des Bismarckarchipels wenig ritterlich aufgeführt. Einige Deutsche wurden ohne Gerichtsverfahren öffentlich ausgepeitscht, während man den deutschen Pflanzern gleichzeitig das Recht der väterlichen Züchtigung ihrer jugendlichen Dienstboten (Farbigen) entzog. Man darf deshalb hier wohl von einer Moral mit doppeltem Boden sprechen. Im allgemeinen konnten die Pflanzungen unter kolonial-britischer Herrschaft ihren Betrieb aufrechterhalten, wenn auch nur mit erheblichen Einschränkungen. Da unsere Südseebesitzungen bis auf den winzigen Bruchteil, den die Japaner besetzen durften, sich in den Händen der Australier befinden, so ist es nicht verwunderlich, daß die Versorgung der Schutzgebiete mit Waren aller Art und Proviant ausschließlich von Australien aus erfolgt. Den japanischen Handel scheint man vom Wettbewerb ganz ausgeschlossen zu haben.

Im allgemeinen wird man also sagen können, daß die von unseren Feinden in Afrika und in der Südsee besetzten deutschen Kolonien, nachdem sie durch den Kriegszustand im ersten Jahr des Krieges gleichsam in wirtschaftliche Todesstarre versetzt worden waren, jetzt im zweiten Kriegsjahr unter feindlicher Verwaltung wieder langsam zum wirtschaftlichen Leben zu erwachen beginnen.

× ×
 Eingeborenen- In der Europäischen
 Behandlung Staats- und Wirtschafts-
 und Wehrkraft zeitung vom 10. Juni 1916
 veröffentlicht der Berliner National-
 ökonom Professor Dr. C. Ballod einen
 Artikel über die Bedeutung der Tropen-
 kolonien für Deutschland, der als
 temperamentvolle Meinungsäußerung
 hohe und ernste Beachtung verdient,
 zugleich aber auch ernsthaften Wider-
 spruch herausfordert. Vollkommen einig
 wird man mit Ballod sein, wenn er die
 Teilnahmslosigkeit der deutschen Be-

völkerung gegenüber der feindlichen Besetzung unserer Kolonien geißelt und die Anschauung vertritt, daß der Zukunftswert unserer afrikanischen Kolonien unvergleichlich größer ist als alles das, was wir an Bodenfläche durch Grenzberichtigungen in Europa gewinnen könnten. Zustimmung wird man Ballod auch müssen, wenn er bestreitet, »daß das Schicksal der Kolonien ganz und gar auf europäischen Kriegsschauplätzen entschieden würde«, und mit Nachdruck hervorhebt, daß die kolonialen Kriegsschauplätze »ebenso wichtig« seien. Doch wird man Ballods Spekulationen darüber, wie wir in Zukunft unsere Kolonien wehrfähiger machen könnten, durchaus zurückweisen müssen. Wenn Ballod behauptet, daß unsere Kolonien nur durch deutsche Kleinsiedler verteidigt werden könnten, so fehlt ihm hierfür jeder Beweis. Vor allem wissen wir von dem, was sich auf den kolonialen Kriegsschauplätzen abgespielt hat, noch viel zu wenig, um schon jetzt mit Vorschlägen über die Hebung unserer kolonialen Wehrkraft auftreten zu können. Selbst ein Militär, der in der kolonialen Kriegführung erfahren ist, wird sich hüten schon jetzt ein abschließendes Urteil über die Wehrfähigkeit unserer Kolonien abzugeben. Insbesondere scheint jedes Urteil über die Leistungen unserer farbigen Schutztruppen einstweilen verfrüht. Das, was wir über den Kolonialkrieg in Afrika sicher wissen, spricht nicht dafür, daß die farbigen Truppen ihre Aufgabe nicht erfüllt hätten. Soweit militärische Sachkenner sich über den Wert farbiger Truppen für den Krieg in Afrika geäußert haben, geschah dies übrigens stets mit Worten der Anerkennung. Von unseren farbigen Schutztruppen wissen wir mit Bestimmtheit, daß sie sich überall tapfer geschlagen haben. Alle Berichte stimmen darin überein, daß nicht die Unzuverlässigkeit und geringe Tapferkeit unserer farbigen Streitkräfte die Ursache der kriegerischen Erfolge unserer Feinde war sondern Mangel an Munition und Nahrungsmitteln. Daß ein solcher Munitions- und Proviantmangel ein zweites Mal eintreten könnte, ist doch wohl aber ausgeschlossen. Es gibt übrigens auch zu denken, daß Deutsch Südwestafrika mit seinen für afrikanische Verhältnisse immerhin recht ansehnlichen weißen Streitkräften (2171 Mann) und weiteren 6000 zumeist wehrfähigen weißen Männern wegen

Nahrungs- und Munitionsmangel sich auch dem Zugriff des Feindes nicht entziehen konnte.

Nun weiß Ballod freilich, daß man durch eine »Herrenkolonisation«, wie sie seiner Meinung nach in Deutsch Südwestafrika betrieben wurde, Kolonien nicht wehrfähig machen kann. Dagegen glaubt er dies Ziel durch Bauernkolonisation erreichen zu können. Er will, daß die zumeist sehr dichte eingeborene Bevölkerung der Hochebenen und Gebirgsgegenden von dort fortgeschafft werde, um Raum für deutsche Kleinsiedler zu gewinnen. Zur Rechtfertigung dieses Vorschlags führt er an, daß die produktive Kraft der weißen Rasse das 10-, ja 100fache der der farbigen Rasse betrage. Diese Behauptung entbehrt aber jeder Grundlage. Wenn Ballod, um seine These zu stützen, Portorico mit Westafrika vergleicht, so ist dagegen zu sagen, daß in diesen Gebieten die Natur als Produktionsfaktor von so enorm verschiedener Bedeutung ist, daß man fast von inkommensurablen Größen sprechen könnte. So laienhaft wie Ballods Betrachtungen über die produktive Kraft der farbigen Rassen erscheint uns auch sein Vorschlag die Farbigen zu einem »2jährigen Arbeitsdienst« zu zwingen. Wozu das? Glaubt Ballod, daß uns diese unfreie Arbeit billiger käme als freie? Und wie denkt er sich eigentlich die Zwangsrekrutierung und die Verhütung der Desertionen in Gebieten, die zusammen 6mal so groß wie Deutschland sind und dabei nur 13 Millionen Einwohner haben? Erheiternd wird für unsere Kenner der tropischen Landwirtschaft sicherlich sein Glaube an die wundertätige Kraft des Dampfpflugs in den Tropen wirken. Wenn die tropische Agrikultur mit Dampfpflügen und Arbeitsrekruten auszubreiten wäre, gäbe es in Afrika ganz gewiß schon lange keine unbebaute Scholle mehr. Die Hindernisse der organischen Hervorbringung in den Tropen lassen sich aber weder mit Dampf noch mit farbigen Rekruten so einfach aus dem Weg räumen. Vor allem erfordert ihre Überwindung eine liebevolle Anpassung an die stark wechselnden natürlichen Verhältnisse der einzelnen Landschaften und einen Fonds von Erfahrung, der nur von freien Menschen in Generationen erworben werden kann. Die notwendige Folge der von Ballod propagierten Rekrutierung zum 2jährigen Arbeitsdienst könnte doch nur sein die

farbige Bevölkerung unserer Kolonien in die Besitzungen der feindlichen Staaten zu treiben, wo man sie natürlich mit offenen Armen aufnehmen würde.

Ballod scheint wirklich zu glauben, daß man mit den Eingeborenen in Afrika nach Gutdünken schalten und walten könnte, ohne auf ihre Wünsche und Gefühle Rücksicht zu nehmen. Wer versucht hat sich einen Einblick in die von uns im letzten Jahrzehnt in den Kolonien geleistete mühsame Kulturarbeit zu schaffen, durch die wir uns, wie der Krieg gezeigt hat, die farbige Bevölkerung zu Freunden gemacht haben, wird sagen müssen, daß das, was Ballod verlangt, einen Rückfall in die größten Fehler der Flegeljahre unserer Kolonialpolitik bedeuten würde. Auf solchem Weg würden wir unsere Kolonien nicht entwickeln können.

×

Kurze Chronik Der Kolonialpolitiker und Theosoph Dr. Wilhelm Hübbe-Schleiden ist, 70 Jahre alt, Ende Mai in Göttingen gestorben. Er war während des Krieges 1870-1871 beim deutschen Generalkonsulat in London, ging dann nach Westafrika und trat später in Deutschland mit Energie für eine deutsche Kolonialpolitik ein. Er war auch in Indien und hat ein Werk über Indien und die Indier verfaßt. Seine Kenntnis des Orients führte ihn zur Religionsphilosophie. Viele Jahre hindurch gab er die Monatsschrift Sphinx heraus, die einen Mittelpunkt der theosophischen Bestrebungen bildete. × Die Beobachtungen E. Zimmermanns, der wegen des Kriegsausbruchs seine wirtschaftlichen Forschungen in Kamerun abbrechen mußte, haben ergeben, daß das Kameruner Hinterland, namentlich das Gebiet zwischen Benue und Lagone, viel wertvoller ist als bisher angenommen wurde. An Rindvieh sind jetzt dort etwa 500 000 Stück vorhanden. Auch hat man im Norden bis nach Buor fast überall wilde Baumwolle. × Die Engländer suchen die 9000 in Deutsch Ostafrika lebenden Inder für sich zu gewinnen, indem sie ihren Stammesgenossen Deutsch Ostafrika als Siedlungsland in Aussicht stellen. Während für die überschüssige Arbeiterbevölkerung Indiens die von England zu erwerbende deutsche Kolonie eine Abflussmöglichkeit schaffe, böten Pflanzungen von Dattelpalmen, Bananen, Zuckerrohr, Baumwolle und Gummi gute Aus-

sichten für indische Kapitalisten. × T. Yamagami beschwert sich im *Japanese Magazine* (Tokio) darüber, daß England den Japanern in Indien so großes Mißtrauen entgegenbringe. Er tadelt die japanische Regierung, daß sie sich auf Englands Geheiß hat dazu bereit finden lassen indische Flüchtlinge aus Japan auszuweisen. Japan sei gewohnt die Inder als Verwandte anzusehen. × In der Kolonialen Rundschau findet sich ein interessanter Aufsatz Dr. Ernst Schulzes über die Amerikaner und Japaner auf Hawaii. Wir erfahren da, daß die Washingtoner Demokratie den Japanern und Chinesen, die die Mehrzahl der Bevölkerung bilden, das Stimmrecht ausdrücklich verweigert hat. Die Elite der farbigen Bevölkerung bilden die Japaner. Das Ehrgefühl der japanischen Arbeiter ist derart entwickelt, daß sie geringfügiger Beleidigungen wegen sofort die Arbeit niederlegen. Durch Fleiß und Geschicklichkeit steigen viele zur Stellung von Handwerkern auf. Im Kaffee-, Ananas- und Bananenbau haben sie sich fast zu Herren gemacht. × Der *Economist* vom 6. Juni berechnet das englische Kapital, das in den letzten Friedensjahren Anlage im britischen Kolonialreich fand, auf 1,5 bis 1,8 Milliarden Mark jährlich. Am größten sei der englische Kapitalzufluß für die Eisenbahnen und Gummipflanzungen Asiens gewesen. × In einem Artikel, den Davis Trietsch in der *Levantezeitung* veröffentlicht hat, findet sich eine eingehende Statistik der deutschsprachigen Juden. Danach beträgt ihre Zahl in allen Ländern der Welt zusammen 13 095 000. Die Koloniale Rundschau bemerkt hierzu: so erstaunlich auch diese Zahl manchem vorkommen möge, so richtig sei sie doch, und so unerschütterter habe diese runde Ziffer der Kritik standgehalten. In der Tat können die jiddischsprechenden Juden wohl fast durchgängig das Deutsche verstehen, wie auch umgekehrt nach kurzer Gewöhnung, guten Willen auf beiden Seiten vorausgesetzt, die Deutschen des Jiddischen bald mächtig werden könnten.

Kunstgewerbe / Ernst Jaffé

Werkbund Nach längerer Pause hat der Deutsche Werkbund wieder einmal eine Tagung abgehalten. Nach Bamberg, der

alten Kaiserstadt und der Stadt der selbstherrlichen Bischöfe der Barockzeit, hat er seine Mitglieder zusammengerufen, und verhältnismäßig viele waren seiner Einladung gefolgt.

Der Geschäftsbericht bewies, daß der Deutsche Werkbund trotz dem Krieg nicht müßig gewesen ist. Er hat sich bemüht an Stelle der schlechten Nagelungsfiguren für die Nationalgabe Entwürfe für mustergültige Nagelungszeichen zu schaffen. Leider wurde das Ergebnis des von ihm zu diesem Zweck veranstalteten Wettbewerbs von den Leitern der Nationalgabe nicht benutzt, so daß der Werkbund diese Entwürfe auf eigene Faust herausgeben mußte. Für den Verband deutscher Granitwerke hat er einen andern Wettbewerb für Kriegergräber aus Granit ausgeschrieben, der so gute Entwürfe brachte, daß nicht alle der Auszeichnung würdigen Arbeiten preisgekrönt werden konnten. Den Bestrebungen die deutsche Mode von Paris unabhängig zu machen steht der Werkbund zwar sympathisch gegenüber (was davon zu halten ist, ist hier mehrfach (in dieser Rundschau, 1915, 1. Band, pag. 216, und 3. Band, pag. 1148 f., und in der Rundschau Frauenbewegung, in diesem Band, pag. 662 ff.) ausgeführt worden), immerhin konnte er sich an den verschiedenen im überhasteten Tempo veranstalteten Saisonvorführungen nicht beteiligen. Er hat dem Modebund in Frankfurt Skizzen für die Innendekoration seiner Modenausstellung verschafft. Eine wichtige Arbeit des Werkbunds war das auch in dieser Rundschau (1915, 3. Band, pag. 1149, und 1916, 1. Band, pag. 304) besprochene deutsche Warenbuch, das allen Angriffen zum Trotz sich durchzusetzen scheint, da die 1. Auflage von 10 000 Exemplaren fast vergriffen ist. Es ist nicht uninteressant zu hören, daß türkische Kreise auf ihre Kosten eine türkische Ausgabe dieses Warenbuchs veranstalten werden, das trotz der nicht allzu großen Aufnahmefähigkeit der Türkei für solche Waren doch wohl der deutschen Kunstindustrie wichtige Pionierdienste leisten wird. Der Jahresbericht weist auch auf das englische Konkurrenzunternehmen hin, das ebenfalls für die Bedeutung des Deutschen Werkbunds spreche.

Von den Arbeiten, die der Werkbund für die Zukunft plant, scheint mir die wichtigste die der geschmacklichen Verbesserung der deutschen Wertzeichen,

des Papiergelds und der Münzen, zu sein. Der Werkbund hat sich hier nicht mit Eingaben begnügt, sondern er ist gleich an die Arbeit herangegangen und hofft, daß es ihm endlich gelingen wird an Stelle unserer, mit sehr wenigen Ausnahmen völlig unbefriedigenden Arbeiten auf diesem Gebiet etwas zu schaffen, was den übrigen künstlerischen Leistungen des neuen Deutschlands ebenbürtig ist.

Leider wurde ein zu großer Teil der Zeit, die für die Verhandlungen zur Verfügung stand, durch einen Vortrag des Geschäftsführers des Werkbunds Jäckh ausgefüllt, der sich im Auftrag des Vorstands über das Thema Werkbund und Mitteleuropa ausließ. Von Interesse war aus diesem Vortrag die Mitteilung, daß in Konstantinopel ein Haus der Freundschaft erbaut werden soll, für das der Deutsche Werkbund den Baumeister stellen wird. Da für dieses Gebäude von der türkischen Regierung ein Platz von ungefähr 5000 Quadratmeter im Mittelpunkt des alten Stambul zur Verfügung gestellt ist und die Deutsch-Türkische Vereinigung eine Bausumme von 1½ Millionen Mark aufbringen will, so darf man wohl auf einen Monumentalbau rechnen, der seiner Aufgabe: für Ausstellungen, Vorträge, gesellschaftliche Veranstaltungen usw. die nötigen Räume zu bieten, gerecht werden wird. Wichtiger für die eigentlichen Arbeiten des Werkbunds war der Vortrag Wilhelm Ostwalds, der mitteilen konnte, daß es ihm gelungen sei die nötigen wissenschaftlichen Vorarbeiten für den vom Werkbund beabsichtigten Farbenatlas auszuführen. Nach seinen Mitteilungen, die er durch Demonstrationen deutlicher machte, wird es dann möglich sein alle in der Praxis notwendigen Farben sowohl analytisch wie synthetisch festzulegen. Es wird dann also keine Schwierigkeit mehr bieten jede in der Natur oder in einem Kunstwerk oder in der Industrie vorkommende Farbe durch Zahlen zu bezeichnen, so daß jeder, der diese Zahlen erfährt, imstande sein wird die betreffenden Farben wieder in ihrem genauen Tonwert herzustellen (über Farbmessung und den von Arons hierzu konstruierten Apparat, der seinerzeit dem Werkbund vorgeführt wurde, siehe die Rundschau Naturwissenschaften, 1911, 1. Band, pag. 75 ff., und diese Rundschau, 1911, 2. Band, pag. 1064 f.). Für eine bessere Belehrung der heranwachsenden Jugend über Waren-

stoffe und Arbeitsmethoden setzte sich Kraus (Tübingen) ein. Pazaurek (Stuttgart) befürwortete, daß für die Folge alle guten Arbeiten mit Marken und möglichst auch mit dem Namen des entwerfenden Künstlers bezeichnet werden mögen.

Von den Personalien sei notiert, daß Muthesius sein Amt als 2. Vorsitzender aus Gesundheitsrücksichten niederlegt. An seine Stelle tritt Poelzig. In seinem einleitenden Bericht gab der Vorsitzende Peter Bruckmann (Heilbronn) zu, daß es ein Fehler gewesen sei die Kölner Ausstellung in einem so großen Rahmen zu veranstalten. Der Werkbund habe sich leider die Leitung aus der Hand nehmen lassen und dadurch nicht den Einfluß auf die Sichtung der Ausstellungsgegenstände gehabt, wie sie eigentlich notwendig gewesen sei. Er gab auch ferner offen zu, daß der Titel des Jahrbuchs, der auch an dieser Stelle gerügt worden ist (siehe diese Rundschau, 1915, 3. Band, pag. 1391, und die Zeitschrift Endells, 1916, 1. Band, pag. 248), sich nicht mit dem Inhalt decke. Nach seiner Mitteilung scheint es ja wirklich so, daß August Endell mit seiner Annahme recht hat, daß die Fassung des Titels nicht vom Verleger sondern vom Vorstand des Werkbunds ausgegangen ist. Übrigens wurde Endell auch in den Vorstand des Werkbunds hineingewählt, und er wird hier die Möglichkeit haben der von ihm verurteilten Schlagwortfreudigkeit entgegenzuarbeiten.

Die Schriftstücke, die sich auf die in England begründete, vom englischen Handelsministerium angeregte Organisation beziehen, sind vom Werkbund herausgegeben worden. Mit Recht macht der Werkbund darauf aufmerksam, daß diese Aufrufe und Aufsätze englischer Künstler eine Wandlung in der Anschauung gegenüber der alten eines Ruskin und Morris bedeuten. Während diese die Rückkehr zum Handwerk predigten, wollen die Engländer jetzt die Maschinenarbeit veredeln. Die Erörterung dieser Schriftstücke in der deutschen Presse hat gezeigt, daß man auch jetzt noch vielfach nicht einsehen will, daß wir die Maschinenarbeit nicht wieder werden ausschalten können. Selbstverständlich verlangt niemand, daß Leute, die über das hierzu notwendige Geld verfügen, auf Einzelstücke verzichten sollen. Dagegen muß doch unbedingt angestrebt werden, daß auch Leute mit geringerm Einkommen, vor

allen Dingen die weiten Kreise der Arbeiter, nicht mehr auf den billigsten und häßlichsten mit der Maschine hergestellten Schund angewiesen sind, sondern daß auch sie gute und schöne Gebrauchsgegenstände zu erschwinglichen Preisen erstehen können.

×
Kleidermode In der Rundschau Frauenbewegung, (in diesem Band, pag. 663) ist bereits auf Dr. Norbert Sterns Buch *Mode und Kultur* /Dresden, Klemm & Weiß/ hingewiesen worden und zwar auf den 2. Band, der die wirtschaftlich-politischen Zusammenhänge behandelt. Hier interessiert mehr der psychologisch-ästhetische Teil, der den 1. Band füllt. Der Verfasser versenkt sich tiefer in diese gar nicht einfachen Probleme als es üblich war. Bisher haben wir solch eine systematische Behandlung des für die Menschheitsentwicklung recht wichtigen Themas noch nicht gehabt sondern nur hier und da Bemerkungen, die zwar zum Teil recht treffend waren, aber doch immer nur kleine Teile des großen Gebietes erhellten. Schon als erster Versuch einer systematischen Behandlung muß also dieses Werk begrüßt werden. Aber es bietet auch genug des Positiven, um es zu loben. Wenn der Verfasser ausführlicher Darlegungen bedarf, um nachzuweisen, daß »die Bekleidungskunst in der gleichen Weise, nach den selben Kunstregeln, nur lebendiger, persönlicher arbeitet als die Kunst des Malers und des Architekten«, so bringt er damit freilich nichts Neues; denn niemand, der sich mit der Geschichte der Kunst beschäftigt hat, zweifelt daran, daß sich der Geist der Zeit bei jeder Formgebung offenbaren muß. Aber andere Gesetze, die der Verfasser aufgefunden oder doch klar dargestellt hat, bereichern unsere Erkenntnis. So der Nachweis, daß das Gesetz des Gegensatzes die Mode beherrscht. Die Hypothese, daß dekadente Zeiten sich durch die Verweiblichung der Männerkleidung und eine Vermännlichung der Frauenkleidung kennzeichnen, wird man freilich nur in ihrem ersten Teil anerkennen; die Tendenz die Frauen in der Kleidung die Wege der Männer gehen zu lassen wird man aber nicht als Verfallszeichen deuten, vielmehr als Zeichen steigender Berufsnotwendigkeit und damit verbundener Persönlichkeitsbildung der Frau. Andere Zusammenhänge sind vorher noch nicht in so systematischer

Weise klargelegt worden. Dazu rechne ich die Ausführung über die Kokotten als Bahnbrecherinnen neuer Moden oder den in der Menschheit lebenden uralten Drang nach Maskierung und seine Bedeutung für die Kleidung. Etwas zu weit geht Stern aber wohl, wenn er einen Zusammenhang zwischen Kleid und Geburtenzahl zu konstruieren sucht. Gewiß ist bei den unbedeckten Naturvölkern die Geburtenzahl geringer als bei den bekleideten Kulturvölkern, aber da dürften doch andere Gründe weit stärker mitsprechen als das Fehlen der »kleidlichen Reizbetonung«, zum Beispiel die Unsicherheit der Nahrungsbeschaffung, die Überlastung der Frauen mit schwerer Arbeit usw. Zu loben ist, daß Stern sein reiches Material restlos verarbeitet hat und seine Darstellung weder die von ihm geleistete große Arbeit merken läßt noch mit philosophischen Fachwörtern arbeitet; nur scheint er mir zu oft einer gewissen Lust an Wortspielen nachzugeben.

×
Kriegspublikationen Unter den Veröffentlichungen, die an den Krieg anknüpfen, verdient das Heft *Kriegergräber*, das Bestelmeyer, Paul, Seeck und Tuailon in behördlichem Auftrag herausgegeben haben, den ersten Platz. Ihre in dieser Publikation abgedruckten Leitsätze haben in zwischen allgemeine Billigung gefunden. Sie werden nicht ohne gute Wirkung bleiben, aber noch stärker werden die Beispiele wirken, die zeigen, wie provisorische Anlagen mit geringen Mitteln in dauernde verwandelt wurden. Dem Thema *Kriegerheimstätten*, dessen große Bedeutung immer klarer wird, hat der Verlag Baurundschau von Konrad Hanf in Hamburg eine Sonderausgabe gewidmet. Das 1. Heft bringt die Planung für die Siedlung Steenkamp des Gemeinnützigen Bauvereins Altona-Ottensen. Diese Siedlung bietet ein Beispiel dafür, wie solche Heimstätten selbst für bescheidene Verhältnisse auszuführen sind. Es handelt sich hier um Reihenhäuser mit Gärten. Im Verlag von Callwey in München gibt der Deutsche Bund Heimatschutz seine *Kriegsveröffentlichungen* heraus, deren erste Ostpreußen gewidmet ist. Der sehr inhaltreiche, mit vielen Abbildungen geschmückte Band unterrichtet über Geschichte, Land und Kunst der Grenzprovinz, beschäftigt sich aber in erster Linie mit dem Wiederaufbau,

wobei natürlich an die vorhandenen Zeugen alter guter Baukunst angeknüpft wird. Hier interessiert besonders das Kapitel Das Hausgerät in Ostpreußen. Nach meiner Kenntnis der Verhältnisse wird es freilich nicht leicht sein die Möbelhändler, die vom Geist unserer Zeit noch völlig unberührt geblieben sind, auszuschalten. Es wäre mit dem Verfasser dieses Aufsatzes, Erhard Altmann, dringend zu wünschen, daß der Staat seine Macht als Geldgeber ausnutzen möge, um den guten Erzeugnissen der Maschinenarbeit wie den ehrlichen Arbeiten der selten gewordenen ansässigen tüchtigen Handwerker den ihnen gebührenden Vorrang zu verschaffen. Auch die wohl von Muthesius zuerst klar ausgesprochene Forderung der Einheitsform für Wohnungen, insbesondere Kleinwohnungen, die in Ostpreußen ja in unerhörter Zahl auf einmal gebaut werden müssen, wird von Gustav Wolf mit Recht wieder geltend gemacht.

Zuverlässige Mitteilungen über den Zustand der Kunstdenkmäler in Belgien enthält das Buch des Schweizers Eugen Probst Belgien, Eindrücke eines Neutralen /Zürich, Orell Füßli/. Nach ihm sind die Verluste an altem und kostbarem Kunstbestand nicht so groß, wie man nach den heftigen Artilleriekämpfen um einige Städte und den deutschen Repressalien gegen Überfälle durch Freischärler annehmen mußte. Ein nicht wieder gutzumachender Schaden ist durch die Vernichtung der Universitätsbibliothek in Löwen angerichtet worden. Er wäre aber nicht in dem Maß eingetreten, wenn nicht die einfachsten Sicherheitsmaßregeln gefehlt hätten und die belgischen Beamten der Bibliothek auf ihrem Posten gewesen wären. Von den übrigen Kunstdenkmälern hat wohl die spätgotische Gömmaniskirche in Lier, eine der schönsten Kirchen Belgiens, bei dem Kampf um Antwerpen durch Artilleriegeschosse, insbesondere belgische, am schwersten gelitten. Im übrigen steht Probst den Verschönerungsabsichten der belgischen Stadtverwaltungen beim Wiederaufbau mißtrauisch gegenüber; er scheint von ihnen schlimmere Verheerungen zu befürchten als der vernichtende Krieg sie den belgischen Kunstdenkmälern zugefügt hat.

Kurze Chronik Der Kunsthistoriker und Architekt Gustav Ebe, der in Berlin in den achtziger Jahren eine bedeutende Rolle gespielt hat, ist dort am 15. Mai, 82 Jahre alt, gestorben. Von den Bauten, die er in Berlin, gemeinsam mit Julius Bender, errichtet hat, ist das im Barockstil ausgeführte Palais Pringsheim zu nennen, ferner das im Stil der deutschen Renaissance gehaltene Palais von Thiele-Winkler in der Regentenstraße und das Haus Mosse auf dem Leipziger Platz. Ebe hat auch ein 2bändiges Werk über die Spätrenaissance und eine architektonische Raumlehre herausgegeben. × In Frankfurt am Main starb im Alter von 66 Jahren der Architekt Baurat Ludwig Neher, der Schöpfer des Frankfurter Rathausbaus und der Universitätsbauten. × Die Ausführung der Inschrift »Dem deutschen Volke« auf dem Reichstagsgebäude ist Peter Behrens übertragen worden. Sie wird in Unziallettern entworfen werden. Mit diesem Kompromiß wollte man der Entscheidung der Frage »Fraktur oder Antiqua?« aus dem Weg gehen. × Avenarius tritt im Kunstwart wieder einmal dafür ein die Johannis- und Rochusfriedhöfe in Nürnberg zu Nationaldenkmälern zu erklären, also vor allem sie nicht mehr zu Beerdigungen zu benutzen. Es berührt sehr merkwürdig, daß Nürnberg, um nicht eine neue Friedhofsanlage herstellen zu müssen, die ehrwürdigen, an Denkmälern und Erinnerungen so reichen Stätten weiter verschandeln läßt.

×
Literatur Daß es sich bei dem oben, in dem Bericht über die Werkbundtagung, erwähnten, auf Anregung des englischen Handelsministeriums gegründeten neuen Verein um eine fast mechanische Nachahmung des Deutschen Werkbunds handelt, beweist die von diesem herausgegebene kleine Schrift Englands Kunstindustrie und der Deutsche Werkbund /München, F. Bruckmann/ Unser Kunstgewerbe hat immer vorurteilslos seine neue Bewegung von den englischen Bestrebungen unter Morris' Führung abgeleitet. Es ist ganz interessant, daß jetzt der ursprünglich deutsche Gedanke der künstlerischen Durchdringung der Maschinenarbeit auch in England Boden gewinnt.